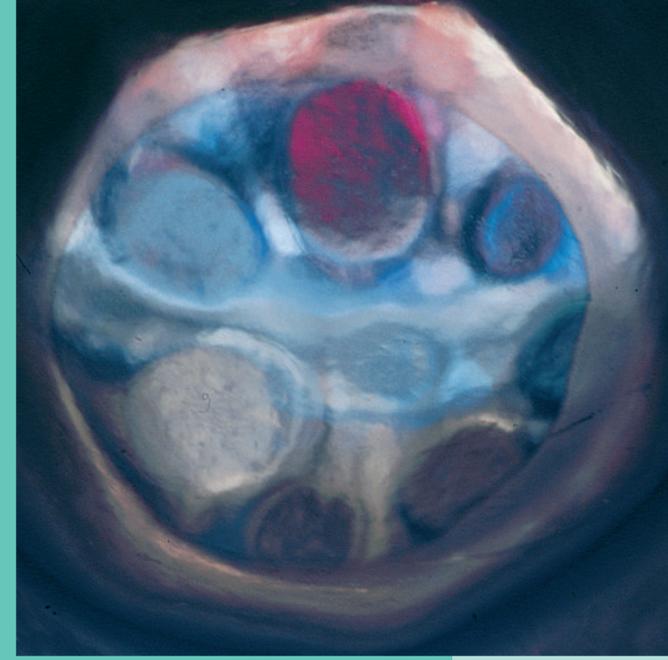


Heft 96 enthält u.a. folgende Beiträge:

- Michael Langhanky: Diagnostik – eine Kunst des Regierens
- Manfred Kappeler: Vom Sozialstaat zum Präventionsstaat – Mit besonderer Berücksichtigung des Präventionsdenkens in der Sozialen Arbeit
- Michael May: Was ist Soziale Arbeit? Ansatz einer alternativen Begriffsbestimmung
- Jan Kruse: Reflektierte Subjektivität als Programm einer professionellen Kultur Sozialer Arbeit
- Peter Szyuka: Professionalität und die Kriterien für gute Arbeit bei Saul D. Alinsky
- Peter Pantucek: Pseudoprofessionalisierung und Ambivalenz. Ein Lamento, eine Polemik und eine Reflexion
- Werner Brayer: Übersetzungsdienst Schnelsen – Mittler zwischen den Welten
- Reinhart Wolff: 1970–1975: In den Fängen totalitärer Traditionen – oder über den schwierigen Versuch, der Vergangenheit zu entkommen



Kleine Verlag



Jenseits von Status und Expertise: Soziale Arbeit als professionelle Kultur

WIDERSPRÜCHE



Widersprüche

Herausgegeben vom Sozialistischen Büro

Redaktion: Michael May (Bad Homburg); Christof Beckmann, Fabian Kessl, Holger Ziegler (Bielefeld); Henning Schmidt-Semisch (Bremen); Uwe Hirschfeld (Dresden); Friedel Schütte (Essen); Karl August Chassé, Helga Cremer-Schäfer (Frankfurt); Margret Bülow-Schramm, Frank Düchting, Timm Kunstreich, Michael Lindenberg, Tilman Lutz, Barbara Rose, Wolfgang Völker, Heiner Zillmer (Hamburg); Dietlinde Gipser (Hannover); Kirsten Huckenbeck (Offenbach); Maria Bitzan, Eberhard Bolay (Reutlingen); Günter Pabst (Schwalbach/Ts.); Gertrud Oelerich, Andreas Schaarschuch, Heinz Sünker (Wuppertal).

Redaktionsadresse: Sozialistisches Büro, „Widersprüche“, Holger Adam, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach, Telefon (0 69) 88 50 06, Fax (0 69) 82 11 16, e-mail: widersprueche@gmx.de

Verlag: Kleine Verlag GmbH, Postfach 10 16 68, 33516 Bielefeld, Telefon (05 21) 1 58 11, Fax (05 21) 14 00 43, e-mail: KV@Kleine-Verlag.de, *Widersprüche* im Internet: <http://www.widersprueche-zeitschrift.de>

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift *Widersprüche* erscheint viermal jährlich. Die *Widersprüche* können als Einzelhefte oder im Abonnement bezogen werden. Bestellungen über den Buchhandel oder direkt an den Verlag. Jahresabonnement € 36,00, SFr 62,10; StudentInnenabonnement (Studienbescheinigung belegen) € 23,50, SFr 41,20; Einzelhefte € 11,00, SFr 19,80, jeweils zuzügl. Zustellgebühren. Abbestellungen müssen spätestens acht Wochen vor Ablauf des Jahresabonnements erfolgen, anderenfalls verlängert sich das Abonnement jeweils um ein Jahr.

Anzeigenannahme, Verwaltung,

Herstellung und Auslieferung: Kleine Verlag GmbH, Postfach 10 16 68, 33516 Bielefeld

© **Kleine Verlag GmbH:** Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages. Auch jede weitere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der Verlages unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Von einzelnen Beiträgen oder Teilen von ihnen dürfen nur einzelne Kopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch hergestellt werden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Manuskripte zur Veröffentlichung nimmt die Redaktion gerne entgegen. Für unverlangt eingesandtes Material wird keine Gewähr übernommen.

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Widersprüche

Gesellschaft als „Diskurs der Wünsche“ meint das Verfertigen des Sozialen im Prozess des sozialen Diskurses, nicht Unterwerfung unter vorgefertigte Normierungen.

Niko Diemer (1952–1992)

Wir über uns

1981/82 gründeten Mitglieder der Arbeitsfelder Gesundheit, Sozialarbeit und Schule des Sozialistischen Büros die Zeitschrift „Widersprüche“. In dieser Zeit des grünen Aufbruchs und der radikalisierten konservativen Wende versuchten wir eine erste Standortbestimmung als Redaktionskollektiv: „Verteidigen, kritisieren, überwinden zugleich“. Unter dieser Programmatik wollten wir als Opposition dazu beitragen, die materiellen Errungenschaften des Bildungs- und Sozialbereichs zu verteidigen, dessen hegemoniale Funktion zu kritisieren und Konzepte zu ihrer Überwindung zu konkretisieren. Zur Überzeugung gelangt, dass eine alternative Sozialpolitik weder politisch noch theoretisch ausreichend für eine sozialistische Perspektive im Bildungs- und Sozialbereich ist, formulierten wir unseren ersten Versuch einer Alternative zur Sozialpolitik als Überlegungen zu einer „Politik des Sozialen“. An der Präzisierung dieses Begriffes, an seiner theoretischen und politischen Vertiefung arbeiteten wir, als die Frage nach der „Zukunft des Sozialismus nach dem Verschwinden des realen“ 1989 auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Das Kenntlichmachen der „sozialen Marktwirtschaft“ als modernisiertem Kapitalismus im Westen und Kapitalismus „pur“ im Osten erleichtert uns zwar die Analyse, gibt aber immer noch keine Antwort auf die Frage nach den Subjekten und Akteuren einer Politik des Sozialen, nach Kooperationen und Assoziationen, in denen „die Bedingung der Freiheit des einzelnen die Bedingung der Freiheit aller ist“ (Kommunistisches Manifest). Wer in diesem Diskurs der Redaktion mitstreiten will, ist herzlich eingeladen.

Widersprüche

25. Jahrgang, Juni 2005

*Knochenbrüche
Z'ammenbrüche
Bibelsprüche
Lehrerflüche
Mutters Küche
sind 'ne Menge
Widersprüche
(Volksmund)*

Inhalt

Zu diesem Heft 3

Schwerpunktthema

Jenseits von Status und Expertise:

Soziale Arbeit als professionelle Kultur 3

Michael Langhanky

Diagnostik – eine Kunst des Regierens 7

Manfred Kappeler

Vom Sozialstaat zum Präventionsstaat –

Mit besonderer Berücksichtigung des Präventionsdenkens

in der Sozialen Arbeit 23

Michael May

Was ist Soziale Arbeit?

Ansatz einer alternativen Begriffsbestimmung 35

Jan Kruse

Reflektierte Subjektivität als Programm einer

professionellen Kultur Sozialer Arbeit 49

Peter Szynka

Professionalität und die Kriterien für gute Arbeit bei Saul D. Alinsky ... 61

Peter Pantucek

Pseudoprofessionalisierung und Ambivalenz.

Ein Lamento, eine Polemik und eine Reflexion 75

Werner Brayer

Übersetzungsdienst Schnelsen – Mittler zwischen den Welten 87

Forum

Reinhart Wolff

1970–1975: In den Fängen totalitärer Traditionen –

oder über den schwierigen Versuch, der Vergangenheit zu entkommen 93

Magazin

Rezensionen

Matthias Nauerth

über *Maja Heiner (Hrsg.): Diagnostik und Diagnosen
in der Sozialen Arbeit. Ein Handbuch.*

*Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge,
Berlin 2004* 107

Margret Bülow-Schramm

über *Andreas Glaeser, Divided in Unity. Identity, Germany, and*

the Berlin Police. The University of Chicago Press 2000 112

Barbara Rose

über *Elisabeth Badinter: Elisabeth Badinter:*

Die Wiederentdeckung der Gleichheit. Aus dem Französischen von

Petra Willim. Ullstein Verlag, Berlin 2004 117

Gerd Stecklina

über *Lenz, Karl; Schefold, Werner; Schröer, Wolfgang:*

Entgrenzte Lebensbewältigung. Jugend, Geschlecht und Jugendhilfe.

Juventa Verlag, Weinheim München 2004 121

Informationen, Materialien, Termine 125

Bildnachweise

Titelfoto sowie Fotos im Innenteil: © Walburga Freitag, Bielefeld

Zu diesem Heft

„Professionalität in der Sozialen Arbeit“ überschreibt Maja Heiner ihre interessante empirische Untersuchung über „theoretische Konzepte, Modelle und empirische Perspektiven in der alltäglichen Arbeit von sozialpädagogischen Fachkräften“ (2004). Zu Beginn ihrer Untersuchung gibt sie einen informativen Überblick über die bisherige Diskussion zum Thema Profession und Professionalität. Dabei arbeitet sie zwei Zugänge heraus: den berufsstrukturellen, den sie vor allem auf Oevermann bezieht, und den handlungs- oder wirkungsorientierten Ansatz, für den Fritz Schütze steht. Nach dem auf Parsons zurückgehenden Kriterienkatalog einer „richtigen Profession“ (Autonomie, hoher wissenschaftlicher Status, eigenständige Kontrolle der beruflichen Ethik) kann die Soziale Arbeit nie über den Status einer Semi-Profession hinauswachsen. Anders in den handlungs- bzw. wirkungsorientierten Ansätzen: Hier liegt der Schwerpunkt auf der Frage, wie Professionalität durch die Akteure selbst hervorgebracht wird. Mit diesem Zugang wird also nicht der ökonomische, ideologische oder wissenschaftliche Status einer Berufsgruppe in den Mittelpunkt gestellt, sondern die Kompetenz zur wissenschaftlichen „Expertise“ wird zum zentralen Bezugspunkt und damit die Standards, die eine Expertise als praktizierte Professionalität ausmachen. Ein derartig handlungstheoretisch ausgerichtetes Rahmenmodell professionellen Selbstverständnisses und Handelns stellt nach Heiner als Aufgabe der Sozialen Arbeit die „Vermittlung zwischen Individuum und Gesellschaft“ (42) in den Mittelpunkt, die das Ziel hat, die „Autonomie der Lebenspraxis“ (ebd.) zu stützen und zu stärken, wobei zwei Typen von Aufgabe zu bewältigen sind: die Optimierung der Lebensweise und die Optimierung der Lebensbedingungen. Die dazu erforderliche methodische Herangehensweise ist „(a) ressourcenorientiert, (b) mehrdimensional, (c) mehrperspektivisch, (d) vernetzend, (e) alltagsorientiert, (f) umweltbezogen und (g) partizipativ“ (42). Auf der Basis von 20 ausführlichen Interviews arbeitet Maja Heiner den „Entwurf eines Modells beruflichen Handelns auf empirischer Basis“ (155) heraus und belegt diesen als empirischen gehaltvollen Weg zum Professionsverständnis.

Auch wenn damit die Profession immer noch auf dem Weg zu einer „eigentlichen“ ist (schon eine der ersten Arbeiten zu diesem Thema: „Sozialarbeit als Beruf“, 1971 herausgegeben von Hans-Uwe Otto und Kurt Utermann, fragte im Untertitel: „Auf dem Weg zur Professionalisierung?“), so ist Hans Thiersch zuzustimmen, der im Vorwort zu Heiners Untersuchung die dort entwickelten „Professionsstandards ... wichtig und weiterführend für die Diskussion in der Sozia-

len Arbeit“ hält (10). Mit der Betonung der Handlungsmöglichkeiten und Bewältigungsstrategien im Kontext professionellen Handelns liegt allerdings – so Thiersch abschließend – auch die Aufforderung, die gesellschaftlichen Kontexte, d.h. Widersprüche, Herrschaftsstrukturen und Machtverteilung in die Professionsdiskussion wieder stärker einzubeziehen, insgesamt also den Anschluss an eine kritische Gesellschaftstheorie zu finden. Diese Kritik lässt sich mit Antonio Gramsci zuspitzen:

„Gibt es ein einheitliches Kriterium, um gleichermaßen die verschiedenen und spezifischen Tätigkeiten Sozialer Arbeit zu erfassen und sie gleichzeitig und wesentlich von den Tätigkeiten der anderen gesellschaftlichen Gruppierungen abzugrenzen? Der verbreitetste methodische Fehler scheint mir zu sein, dass dieses Unterscheidungsmerkmal in der Spezifik der Tätigkeiten Sozialer Arbeit gesucht wird und nicht im ganzen System der Beziehungen, in dem sie, und damit die Gruppen, die sie repräsentieren, als Teil des Gesamtkomplexes der gesellschaftlichen Beziehungen ihren Platz finden ... Alle Menschen sind SozialarbeiterInnen oder SozialpädagogInnen, könnte man sagen: Aber nicht alle Menschen haben in der Gesellschaft die Funktion von Professionellen der Sozialen Arbeit“ (GRAMSCI 1967, S. 408/409 – Textvariante von der Redaktion, im Original steht „Intellektuelle“ statt „Soziale Arbeit“ u.Ä.).

Was hier mit Gramsci angemahnt wird, ist eine dritte Gruppe von Arbeiten, die sich gesellschaftskritisch und zugleich kulturalistisch verstehen lassen. In ihnen wird das Feld professionellen Handelns als einen Raum kultureller Praxen und deren Interpretation verstanden, in dem historisch unterschiedliche Typen sich sowohl entsprechend ihrer jeweiligen Entstehungsbedingungen aufeinander beziehen als auch im Konflikt zueinander stehen (vgl. z.B. die Professionstypologie in Kunstreich 1975). Der Sinn dieser Praktiken kann nur aus dem Kontext heraus verstanden werden und nicht mit extern angelegten normativen Maßstäben, wie Stephan Wolff in der weiterhin aktuellen Untersuchung zur gesellschaftlichen Produktion von Fürsorglichkeit (1984) herausarbeitet. Und nicht zuletzt steht Thomas Klatetzki für ein derartiges kulturalistisches Verständnis, wenn er den Aspekt der Gleichwertigkeit unterschiedlicher Wissensdomänen in einer Gesellschaft hervorhebt – also von „Klient“ und „Professionellem“ – , deren unterschiedliche Deutungsmacht allerdings hegemonial verteilt ist (1993).

Dieser „dritte Ansatz“ soll – durchaus mit Bezug oder in Verschränkung mit den anderen beiden – in diesem Heft verfolgt werden. Dabei hat uns ein Verständnis von Kultur als „Landkarte der Bedeutung“ inspiriert, wie es John Clarke ebenfalls in Anschluss an Gramsci formuliert:

„Diese ‚Landkarten der Bedeutung‘ trägt man nicht einfach im Kopf mit sich herum: sie sind in den Formen der gesellschaftlichen Organisation und Beziehungen objektiviert, durch die das Individuum zu einem ‚gesellschaftlichen Individuum‘ wird. Kultur ist die Art, wie die sozialen Beziehungen einer Gruppe strukturiert und geformt sind; aber sie ist auch die Art, wie diese Formen erfahren, verstanden und interpretiert werden“ (CLARKE u.a. 1979, S. 41).

Zu den Beiträgen im Einzelnen

Die ersten beiden Beiträge markieren zwei zentrale „Vermessungspunkte“, die den aktuellen „Landkarten der Bedeutung“ sozialpädagogischer Profession ihr charakteristisches Aussehen geben. *Michael Langhanky* führt die in Heft 88 begonnene Diskussion über Neo-Diagnostik fort und stellt die damit verbundenen Praktiken in fünf Spannungsfelder des Regierens und des Nicht-So-Regiert-Werdens. Mit Bezug auf Michel Foucault und Hannah Arendt arbeitet er die Unterschiede zwischen Macht und Herrschaft heraus und fragt nach den Möglichkeiten einer „mächtigen“ Profession jenseits herrschaftlicher Diagnostik.

Beginnt *Michael Langhanky* seine Überlegungen im professionellen Alltag, so vorortet *Manfred Kappeler* diesen in seinen historischen Dimensionen. Der Weg vom „Sozialstaat“ zum „Präventionsstaat“ ist nicht nur mit unendlichem Leid und einer Unzahl von Toten gepflastert, sondern auch immer wieder von Versuchen mittels rationaler Herrschaftstechniken Gesellschaft zu „konstruieren“. *Manfred Kappeler* zeichnet die unterschiedlichen, sich überlagernden Wellen von Präventionsentwürfen nach und arbeitet die zentrale Bedeutung des „gefährlichen“ Individuums für die Soziale Arbeit heraus. Nachdem die „gefährlichen Klassen“ zur Raison gebracht wurden, ist so gut wie kein Feld der Sozialen Arbeit unbeteiligt, wenn es darum geht, in Präventionskampagnen als Moralunternehmer die eigenen Claims zu sichern – die großen Wohlfahrtsverbände publizieren auf der einen Seite Armutsberichte und beschäftigen auf der anderen Seite demnächst Hunderttausende zu „Hartz IV – Bedingungen“.

Michael May – quasi wie ein Landvermesser sowohl „Diagnostik“ als auch „Prävention“ im Blick habend – konturiert eine andere „Landkarte der Bedeutung“: Er fragt nach dem Verhältnis von toter zu lebendiger Arbeit, vom Verhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen in der Hervorbringung des Sozialen. Mit diesem „alternativ-hegemonialen“ Vorschlag führt *Michael May* die in den WIDERSPRÜCHEN wiederholte diskutierte Frage nach einer solidarischen Professionalität weiter und konturiert sie als Ferment gesellschaftlicher Befreiung.

Dass Reflexion und Subjektivität zentrale Bezugspunkte in der professionellen Selbstdeutung und in den kulturellen Landkarten der Profession sind, ist so unbestritten, dass eine kritische Auseinandersetzung mit der Verwendung der beiden Begriffe auf der Tagesordnung steht. *Jan Kruse* nimmt sich dieser Aufgabe unter zwei Aspekten an. Zum einen untersucht er die Missachtung reflektierter Subjektivität, zum anderen deren Missbrauch. Die Konsequenz einer reflektierten Subjektivität als Programm einer professionellen Kultur Sozialer Arbeit deutet *Jan Kruse* an – *Peter Szyńska* nimmt diesen Faden in exemplarischer Weise auf, in dem er nach dem Verständnis von Professionalität bei *Saul D.*

Alinsky fragt und bei diesem radikalen Demokraten interessante Kriterien für „gute Arbeit“ im Community Organizing findet. Dieser historisch-biografische Zugang macht zum einen deutlich, in welcher Tradition kritische Soziale Arbeit steht. Dass dieser Ansatz sich – auf der anderen Seite – deutlich gegen institutionelle Selbstreferenz und Individualisierung als Ausdruck von Spezialisierung wendet, dafür nimmt *Peter Pantucek* die Kritik des vorherrschenden Professionalismus noch einmal auf und macht deutlich, dass Kritisches über Profession nur gesagt werden kann, wenn die Kritik sich mit einer Kritik der vorfindbaren Institutionalisierung Sozialer Arbeit verbindet.

Da es auch hier Alternativen in der Praxis gibt, zeigt Werner Brayer in dem abschließenden Bericht über das Projekt der „Quartiers-DolmetscherInnen“. Dass mehrsprachig kompetente Menschen zu besonderer „Expertise“ (siehe oben Maja Heiner) befähigt sind, gerade wenn sie in ihrem alltagsweltlichen Kontext eingebunden bleiben, unterstreicht noch einmal Gramscis These, dass wir alle „Dolmetscher“ sind, aber eben längst nicht alle die Funktion von Dolmetschern in dieser Gesellschaft inne haben.

Die Redaktion

Literatur

- Clarke, J. u.a., Jugendkultur als Widerstand. Milieus, Rituale, Provokationen, Frankfurt/M. 1979
- Gramsci, A., Philosophie der Praxis, Frankfurt/M. 1967; Gefängnishefte, Band 1–10, Hamburg 1991 ff.
- Heiner, M., Professionalität in der Sozialen Arbeit. Theoretische Konzepte, Modelle und empirische Perspektiven, Stuttgart 2004
- Klatetzki, T., Wissen, was man tut. Professionalität als organisationskulturelles System, Bielefeld 1993
- Kunstreich, T., Der institutionalisierte Konflikt, Offenbach 1975
- Wolff, S., Produktion von Fürsorglichkeit, Bielefeld 1981

Michael Langhanky

Diagnostik – eine Kunst des Regierens

Der folgende Text ist als Vortrag am 28. Sozialpädagogik-Tag des Fachbereichs Erziehungswissenschaft der Universität Tübingen am 27. November 2004 gehalten worden. Mit Bezug auf die aktuelle diagnostische Diskussion (vgl. WIDERSPRÜCHE Heft 88, 2003) werden fünf Spannungsfelder des „Regierens“ und des „Nicht-So-Regiert-Werdens“ entfaltet: Klassifizieren oder Betrachten, Verstehen oder Verständigen, Erklären oder Klarheit gewinnen, Steuern oder Entfallen, Macht oder Herrschaft. Mit Bezug auf den in der Bundesrepublik eher unbekannteren französischen Sozialwissenschaftler Jullien und den sehr viel bekannteren Foucault wird eine paradigmatische Unterscheidung zwischen Macht und Herrschaft in der Nachfolge von Hannah Arendt entfaltet. Wen darüber hinaus interessiert, wie eine in diesem Rahmen praktizierte Soziale Arbeit möglich ist, lese die Untersuchung „Erfolgreich sozialräumlich handeln“, die Michael Langhanky zusammen mit Cornelia Frieß, Marcus Hußmann und Timm Kunstreich als Bericht über die Evaluation der Hamburger Kinder- und Familihilfezentren durchgeführt hat (Bielefeld 2004).

Dieser Abstract wurde nicht wie sonst üblich vom Autor selbst verfasst, sondern von der Redaktion. Michael Langhanky ist plötzlich so schwer erkrankt, dass er dazu nicht in der Lage war.

Lieber Michael, wir wünschen Dir eine schnelle und vollständige Genesung!

Die Redaktion

Einleitung

„Dass Diagnosen notwendig sind, scheint unbestritten“, so steht es in der Einladung zur Tagung „Diagnostik in der Sozialen Arbeit“ des 28. Tübinger Sozialpädagogiktages. Seit Klaus Mollenhauers und Uwe Uhlendorffs inzwischen schon fast zum Klassiker gewordenem Buch „Sozialpädagogische Diagnostik“ (1992) und Burkhard Müllers Verwendung des Begriffs Diagnostik im Zuge seiner sozialpädagogischen Kasuistik des Falles ‚von‘, ‚für‘ und ‚mit‘ in seinem ausgezeichneten Buch „Sozialpädagogisches Können“ (1993) ist der Begriff wieder salonfähig geworden – war er doch nach den Erkenntnissen des Labeling

Approach, der Entstigmatisierungsdebatte in der Jugendhilfe und der sozialpsychiatrischen Wende aus dem fachlichen Spracharsenal der Sozialen Arbeit zwischen 1970 und 1990 verschwunden. Dass er aber derzeit überall, fast ohne Rekurs auf diese wichtigen theoretischen und praktischen Paradigmenwechsel zwischen 1970 und 1990 wieder aufgegriffen wird und *en vogue* ist, liegt nicht an der hier behaupteten Notwendigkeit der Diagnosen, sondern daran, dass im Zuge der Steuerungsdebatten und der New Policy dreierlei notwendig wurde, was nun mit Diagnostik erbracht werden soll. Unbestritten, so die erste These, ist also nicht die Notwendigkeit der Diagnosen, sondern vielmehr sind sich alle, Kritiker wie Befürworter, einig darin, dass Soziale Arbeit drei Aspekte berücksichtigen sollte, die ihr als Defizit vorgehalten werden:

- ▷ zu wissen was man tut, um diese Formulierung eines wunderbaren Buches von Klatetzki (1993) aufzunehmen, und diese professionelle Selbstvergewisserung nicht nur zu betreiben, sondern auch mittels der Reflexion als Erkenntnisgewinn in die Handlungswissenschaft aufzunehmen (professionelle Selbstvergewisserung und Akkumulation von Wissen),
- ▷ begründet Aussagen machen zu können, warum man was wann tut und diese Aussagen sprachfähig auch außerhalb der eigenen Profession darlegen zu können um das eigene Handeln gegenüber Kostenträgern, Aufsichtsbehörden, Angehörigen zu begründen (Begründung fachlichen Handelns sach- und ressourcenbezogen),
- ▷ zu belegen, warum die Mittel benötigt werden, um professionelles Handeln gegenüber Regressen abzusichern (Legitimation und Absicherung).

Dass Soziale Arbeit sich um professionelle Selbstvergewisserung, Legitimation nach außen und Absicherung ihres Handelns intensiv kümmern muss, ist in Zeiten der verstärkten Steuerung, der medialen Eskalation von individuellen Krisen und der finanziellen Einschnitte eher unbestritten. Dass aber Diagnostik diesen Anforderungen tatsächlich adäquat diene, wird hier bestritten. Diagnostik, so meine zweite These, kann diese Anforderungen nicht erfüllen, sie gibt allenfalls den Schein es zu tun, dient aber eher zu drei anderen Zwecken:

- ▷ Derzeit werden in Organisationen der Jugendhilfe, in den Administrationen und in den Akten der AdressatInnen Berge von Qualitätsbögen, Beschreibungen, Evaluationsbögen und diagnostischen Aussagen produziert. Die Papierflut ist, losgelöst von jenen kritischen Debatten um Aktenführung, die eine ganze Generation von SozialarbeiterInnen nachhaltig beeinflusst hat, angeschwollen. Sie wird aber nicht ansatzweise ausgewertet. Bestenfalls also wird für den Papierkorb diagnostiziert. Die produzierten Bögen haben einen eher marginalen Erkenntnisgewinn für das professionelle Handeln, beeinflussen aber das Handeln mit dem Adressaten: sie rauben Zeit und lassen die strukturelle Asymmetrie zwischen Professionellen und AdressatInnen größer werden.

- ▷ Diagnosen fügen jedoch schlechtesten Falles den AdressatInnen nachhaltigen Schaden zu, indem sie Handlungen der Subjekte von der Situation abgelöst in Etikettierungen verdichten, die als persönliche Merkmale zugeschrieben die Handlungssituation bestimmen. Wir wissen, dass Diagnosen zu professioneller Spezialisierung, zu Verweisungszusammenhängen und -handeln und zur Hierarchisierung führen. Alles systemische Probleme der Jugendhilfe, die im 8. Jugendbericht angegangen wurden und bis heute nicht getilgt sind.
- ▷ Was Diagnosen auf jeden Fall aber darstellen, und damit komme ich zu meiner dritten These, ist eine Reetablierung einer Kunst des Regierens. Das Wiederherstellen der Kunst die Subjekte zu regieren. Sie sind der Wiedereinzug einer verschärften Form des Regierens in die Profession und des Regierens mittels dieser Profession.

Dieser These soll im Folgenden etwas ausführlicher mit Hilfe zweier feinsinniger Beobachter der Künste des Regierens nachgegangen werden. Michel Foucault, der den Dispositiven der Macht in den europäischen Regierungsformen nachspürte und dessen Begriff der *Gouvernementalität* hier benutzt werden soll und Francois Jullien, der als Philosoph und Sinologe der Regierungskunst in der chinesischen Tradition nachging und überraschende Erkenntnisse beispielsweise im Vergleich der Kriegskunst Chinas mit Clausewitz' „Vom Kriege“ herausarbeitet. Bei dem Versuch mit ihrer Hilfe aufzuzeigen inwiefern Diagnostik eine spezifische Kunst modernen Steuerns ist, werde ich mich angelehnt an eine dritte Theoretikerin des Regierens, Hannah Arendt, polarer Setzungen von Begriffen bedienen, was nicht als plumper Dualismus gemeint ist, sondern vielmehr jeweils ein Spannungsfeld andeuten soll, das die Ambivalenzen der Profession verdeutlichen mag.

Vier Spannungsfelder des Regierens und Nicht-Regiert-Werdens

In seiner 1977 am College de France gehaltenen Vorlesung zur „*Gouvernementalität*“ greift Foucault die Metapher des Steuerns, des Lenkens auf, um eine Verschiebung von jener Regierungsform eines Souveräns hin zu diversifizierten Technologien des Regierens in der Moderne zu beschreiben, eine Verschiebung, die sich durch ein Lenken der Zusammenhänge anstelle des Lenkens der Person charakterisieren lässt: Ein Schiff zu lenken (*gouverner*), „bedeutet einen Zusammenhang herzustellen zwischen den Seeleuten, die man am Leben erhalten, dem Schiff, das man bewahren und der Ladung, die man in den Hafen bringen muss“, und deren Beziehung zu Wind, Klippen etc., „dieser hergestellte Zusammenhang charakterisiert die Lenkung (*gouvernement*) eines Schiffes“ (Foucault 2000: 51). Diese Metapher der Steuerung, des *Gouvernements*, dient Foucault dazu, eine neue Begrifflichkeit der Kunst des Regierens zu definieren:

„Unter Gouvernamentalität verstehe ich die Gesamtheit, gebildet aus den Institutionen, den Verfahren, Analysen und Reflexionen, den Berechnungen und den Taktiken, die es gestatten diese recht spezifische und doch hoch komplexe Form der Macht auszuüben, die als Hauptzielscheibe die Bevölkerung, als Hauptwissensform die politische Ökonomie und als wesentliches technisches Instrument die Sicherheitsdispositive hat. Zweitens verstehe ich unter Gouvernamentalität die Tendenz oder die Kraftlinie, die ... zur Vorrangstellung dieses Machtypus ... geführt ... hat“ (ebd.: 65).

Diagnostik, so die im Folgenden unterlegte Behauptung, ist ein Aspekt jener „Gouvernamentalität“ genannten Gesamtheit, die als Hauptzielscheibe einen spezifischen Teil der Bevölkerung hat, die sich aus der Ökonomisierung der Neuen Steuerung begründet und die Teil eines Instruments sein will, das ein Sicherheitsdispositiv darstellen kann. Sie ist ein Verfahren der Analyse und Reflexion, das zur Disziplinierung der Profession eingesetzt werden soll, Disziplinierung verstanden im Sinne Foucaults als „Zusammenstellung von Kräften zur Herstellung eines leistungsfähigen Apparates“ (Foucault 1976: 212). Diagnostik unterstützt jene Tendenz oder Kraftlinie, die zur Vorrangstellung eines Machtypus führt, der durch eine spezifische Sicht auf den Menschen gekennzeichnet ist.

Vier Verschiebungen in dieser Sicht auf den Menschen, die für diese komplexe Kunst des Regierens aus der Distanz wesentlich sind, sollen im folgenden kurz dargestellt werden, wobei jeweils der Tribut den die Neodiagnostik diesen Verschiebungen zollt, in dem sie sie zur dominanten Perspektive erhebt, sichtbar werden soll:

1 Klassifizieren oder Betrachten

Von Befürwortern der Diagnostik wird Kritikern häufig vorgehalten, dass es sich doch nur um den griechischen Ausdruck für Beobachten handle und somit also mit dem Terminus auch die Kasuistik meine, es also nur um eine genauere Betrachtung des Falles gehe. Dem soll entgegen gehalten werden, dass Diagnostik einer spezifischen Form der Beobachtung entspricht, die die Klassifizierung, die Standardisierung und die Rubrizierung zum Ziel hat. Der Kern der Diagnostik ist es, zu einer Ordnung durch Systematisierung zu kommen. Sie folgt im Grundschemata dem Gedanken der Linné'schen Klassifizierung, die eine andere Form der Betrachtung, eine andere Form des Durch(gr. dia)-blicks an die Stelle der einfachen Beobachtung setzt.

Der Streit um den Nutzen der Diagnostik, so die These, ist auch ein Streit um die richtige Form des Beobachtens, der seit der Auseinandersetzung zwischen Linné und Buffon anhält:

„Es geht um die Möglichkeit, Lebewesen zu klassifizieren, wobei die einen, etwa Linné, der Auffassung waren, dass die ganze Natur in einer Taxinomie erfasst werden kann und die anderen, so Buffon, der Meinung waren, dass sie zu unterschiedlich und zu reich ist, um sich einem so strengen Rahmen anzupassen“ (Foucault 1974: 166).

Foucault macht die Grundlinien dieses Streits am Beispiel des Pferdes in den Beobachtungen Jonstons und Aldrovandis deutlich: Während der eine, Jonston, eine saubere Klassifizierung vornimmt, Vorkommen, Alter, Stimme, Anatomie etc., beschreibt der andere, Aldrovandi, das Pferd über Geschichten, Gebräuche, Gerichte und vieles mehr. Das Spezifische an der Klassifizierung ist das Fehlen der komplexen Semantik um das Pferd. Sie entfällt und an ihre Stelle tritt eine knappe Klassifikation der Zeichen, der Repräsentationen. Foucault macht auf dieses Fehlen, diese Verschiebung aufmerksam:

„Die Geschichte eines Lebewesens war dieses Wesen selbst innerhalb des ganzen semantischen Rasters, der es mit der Welt verband. Die für uns so evidente Trennung zwischen dem, was wir sehen, und dem, was die anderen beobachtet und überliefert haben, was schließlich andere denken oder naiv glauben, die große Dreiteilung, die so einfach und so unmittelbar erscheint, zwischen der Beobachtung, dem Dokument und der Fabel, existierte nicht. Nicht etwa, weil die Wissenschaft zwischen einer rationalen Bestimmung und einem ganzen Gewicht naiver Tradition zögerte, sondern aus einem viel präziseren Grund, der viel zwingender war. Die Zeichen waren Teile der Dinge, während sie im siebzehnten Jahrhundert zu Repräsentationsweisen wurden“ (Foucault 1974: 170).

Grundlage der Verschiebung zwischen Wahrnehmung, als komplexer Verbindung von Sehen und Eintauchen in das Dokument und die Fabel, und der Klassifikation und Diagnose sind drei Veränderungen:

- ▷ Die Betrachtungen werden bereinigt von der Fabel, der Zeit und der Person und begrifflich in klare Räume gestellt, oder wie Foucault es ausdrückt: in ein „zeitloses Rechteck, in dem die Wesen, jeden Kommentars und jeder sie umgebenden Sprache bar, sich nebeneinander mit ihren sichtbaren Oberflächen darstellen, gemäß ihren gemeinsamen Zügen aneinandergerückt und dadurch bereits virtuell analysiert und Träger allein ihres Namens“, (ebd.: 172) – im Falle der Diagnose als Klassifizierung – Träger allein ihrer Diagnose.
- ▷ Mit diesem Blick entsteht eine neue Struktur der Wahrnehmung, „ein neues Gesichtsfeld, das sich in seiner ganzen Mächtigkeit ausgebildet hat“ (ebd. 173), das durch eine drastische Einengung dessen was beobachtet wird und dessen womit beobachtet wird gekennzeichnet ist. In dieser Verschiebung wird, „das Hörensagen ausgeschlossen, aber auch der Geschmack und der Geruch ausgeschlossen, weil sie mit ihrer Ungewissheit, ihrer Variabilität keine Analyse in getrennte Elemente gestatten, die allgemein akzeptabel wäre. Es handelt sich um eine sehr enge Begrenzung des Tastsinns ... es hat ein fast exklusives Privileg der Sehkraft gegeben ... trotzdem ist nicht alles nutzbar, was sich dem Blick anbietet.“ (ebd. : 174). Vieles von dem was Foucault hier für die Klassifikation benennt, gilt für die Diagnostik: jene Sinneswahrnehmungen, Ahnungen und impliziten Formen des Wissens die im professionellen Handeln täglich in Unschärfe dieses Handeln strukturieren und

in die Betrachtung substantiell mit einfließen, werden tendenziell als nicht validierbar eliminiert.

- ▷ Während die Betrachtung bescheiden auftritt, weil sie sich der subjektiven und damit selektiven Struktur bewusst und in voller Kenntnis ihrer Unschärfe und unsicher ihrer Validität ist, tritt die Diagnostik unbescheiden auf und gibt Beobachtung als Erkenntnis aus. Sie ist auf eine andere Art bescheiden; sie bescheidet sich auf wenige Dinge. Auf das, „was im konfusen Reichtum der Repräsentationen sich analysieren lässt, von allen erkannt und so einen Namen erhalten kann, den jeder verstehen wird“ (ebd.: 175).

2 Verstehen oder Verständigen

Diagnostik enthält zwar ethymologisch ein dia, das auch den Dia-log kennzeichnet. Es handelt sich jedoch nicht um das lateinische „zwischen zweien“, das einer Verständigung über die Erkenntnis zugrunde liegt, sondern um das griechische „durch“, das ein singuläres Erkennen meint. Der Unterschied zwischen einer dialogischen Verständigung und einer professionell herrschaftlich gefällten Diagnose muss hier nicht weiter erörtert werden (vgl. Kunstreich/Langhanky/Lindenberg/May 2004). Dieser Unterschied wurde in den Verstehensdebatten in der Philosophie wie auch in den Debatten der lebensweltorientierten Sozialen Arbeit um Verstehen und Kolonialisieren diskutiert (Müller/Otto 1984), die beide deutlich die Probleme einer nicht-dialogischen Verständigung herausarbeiteten aber auch auf Probleme des Dialogs in der Sozialen Arbeit hinwiesen. Hier soll nur auf einen zusätzlichen Aspekt eingegangen werden, der die Verschiebung von der Verständigung hin zum Verstehen unter dem Aspekt der Zeit als eine Form des Regierens durch zeitlich dauerhafte Begriffe aufzeigen will:

Francois Jullien macht in seinen Überlegungen „Über die ‚Zeit‘“ eine interessante und vielleicht hilfreiche Unterscheidung zwischen Okkurrenz und Okkasion. Was wir, auch in der Diagnostik, beobachten, sehen und erkennen können, was wir in der Verständigung und im Verstehen zum Gegenstand erheben können, ist immer dem Moment verhaftet, den wir in zweierlei Form auffassen können: „Als Fall, als Okkurrenz ... ist er das Ergebnis eines einmaligen Verlaufs, der gerade aufgrund seiner Immanenz immer neuartig ist: in ihm läuft das Leben nicht ab, sondern bleibt zu entdecken und lässt sich nicht vorwegnehmen.“ (Jullien 2004: 136). Als Okkasion hingegen, wird seine Immanenz ergriffen, als ein bei bestimmten Gelegenheiten gebildetes Wort und strategisch ausgebeutet. Im Falle der Verständigung also läuft einem, im Bewusstsein der Wandelbarkeit der Situation und des *kairos*, ein bestimmtes Geschehen entgegen (*occurrere*) und wird in einer Einheit im Sprechakt als solch wandelbares, immanentes Geschehen betrachtet, wobei das weitere Geschehen zwar antizipiert wird, immer aber

offen bleibt. Im Falle des Verstehens, oder besser der Verstanden-Habens, wird durch ein begriffliches Konstrukt das Geschehen abgebildet und aus seiner Immanenz gerissen. Jullien meint in seinen Überlegungen zum *kairos*, „wenn man die beiden unterscheiden will, dann wäre die Okkurrenz so beschaffen, dass die Weisheit sie zu empfangen versteht, die Okkasion hingegen so, dass die Strategie sie ausnutzen kann“ (ebd.). Die Okkurrenz ist also durch die gemeinsame Erfahrung des Moments strukturiert, die Okkasion wird davon gelöst, verliert die Opportunität die dem Moment innewohnt und gewinnt durch die Konstituierung einer Permanenz vortäuschenden Wahrheit strategische Bedeutung. Sie transformiert die Okkurrenz zu einer Idee, die sich von der Verständigung ablöst (vgl. Jullien 2001: 185ff.).

Diagnostik ist ein bei einer bestimmten Gelegenheit gebildetes Wort, was exakt die Definition von Okkasion ist. Sie ist ein strategisches Element, das der Unschärfe einer auf Begegnung und momentanem Geschehen aufbauenden situationsgebundenen Profession, zu mehr Validität und zu begründbarem Handeln verhelfen soll. Das Bilden einer sprachlichen Einheit im Sprechakt der Verständigung, die Immanenz des Moments und die Öffnung durch die Opportunität des Moments wird reduziert.

3 Erklären oder Klarheit gewinnen

Die legitime Frage, die sich hier anschließt, ist, ob es in dieser ausgeführten Dichotomie zwischen Okkurrenz und Okkasion, zwischen Verständigung und Verstehen denn eine Chance gibt, der Unschärfe der je einzelnen Situation in ihrer jeweiligen Offenheit zu entrinnen und damit einen dritten Weg einzuschlagen, der einer Profession einen gesicherten Boden als Handlungswissenschaft verleihen kann, der nicht als Strategie, nicht als bloße Kunst des Regierens sich wendet. Meines Erachtens liegt sie im Unterschied zwischen Erklären und Klarheit gewinnen.

In jeder Diagnostik wird über die Symptomatik ein sprachlich plausibles und Handeln legitimierendes Klassifizierungsraster entwickelt. Die Diagnostik verfolgt also zweierlei Formen der Erklärung zugleich: sie erklärt das Handeln des Subjektes auch losgelöst von der Person und dem Moment, in dem sie es verdinglicht und sie erklärt die professionelle Handlung als entsprechend angemessen.

Klarheit gewinnen würde einen anderen Weg der professionellen Absicherung und einen anderen Weg der Einschätzungen über die Handlungen des Subjekts bedeuten: Klarheit gewinnen, ist an die Situation gebunden, ist an den Dialog gebunden und ist an ein Inventar von Erfahrungen gebunden, dem eine gründ-

liche Empirie des eigenen Handelns zugrunde liegt. Oder wie es Jullien in seiner Abhandlung „Über die Wirksamkeit“ am Beispiel des antiken chinesischen Denkens beschreibt:

„Wenn man den Konflikt nicht zum Modell machen kann, da er sich ständig verändert, bleibt keine andere ‚Aussage‘ möglich als die der Variablen. Anstatt eine Theorie der Formen zu konstruieren, schafft das chinesische Denken ein System von Differenzen. Das heißt, anstatt gemeinsame Züge zu extrahieren, die mehr oder weniger fest, mehr oder weniger stabil wären, erforscht es, wie weit die Möglichkeiten der Veränderungen gehen. Es handelt sich nicht darum, auf der Suche nach Wesenheiten zu identifizieren ..., sondern eher zu inventarisieren“ (Jullien 1999: 238).

Klarheit gewinnen würde demnach bedeuten, sich aus der strategischen Position des Regierens über Klassifizieren, Festlegen von Begriffen und Erklären des Handelns abzuwenden und sich einer Empirie des eigenen Handelns zuzuwenden. Klarheit gewinnen würde bedeuten, ein Inventar der Handlungsweisen anzulegen, Handlungsmethoden zu evaluieren und die offenen Fragen nach der Relevanz des impliziten Wissens konstruktiv und empirisch anzugehen. Inventarisierung und Empirie also, anstelle durch eine Neodiagnostik Herrschaftsbegriffe und diesen Begriffen entsprechendes Herrschaftshandeln strategisch zu setzen, um sich neben den Regierungskünsten der Medizin und der Psychologie als gleichrangig behaupten zu können.

4 Herrschaft oder Macht

Sucht man nun unter den Befürwortern der Diagnostik im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe nach solchen, die ihre Fürsprache aus einem empirischen Befund ableiten, so fällt die Jugendhilfe-Effektstudie ins Auge, die zwischen 1995 und 2000 in 77 Einrichtungen 233 Hilfeprozesse untersuchte (vgl. Schmidt 2001 und BmFSFJ 2002). Hier wird bei fast jeder untersuchten Hilfeart der Ruf nach einer verbesserten Prognose und davon abgeleitet nach einer besseren Diagnostik laut. Zusammenfassend wird dies unter dem Aspekt ‚Indikationsstellung‘ gefordert: „es muss besser gelingen, Auffälligkeiten von Kindern mittels einer differenzierteren Diagnostik zu erfassen und bezüglich Art, Zeitpunkt ihres Auftretens, Bestehensdauer, Schweregrad und der Beeinträchtigung bei der Erfüllung alterstypischer Entwicklungsaufgaben zu beurteilen, damit Folgestörungen in der Familie, in der Schule und unter Gleichaltrigen vorgebeugt werden kann. Dazu bedarf es auch der Befähigung zur Einschätzung des Interventionsbedarfes“ (BmFSFJ 2002: 542). Noch deutlicher wird dieser Griff in die defizitorientierte Skalierung, wenn es um die Tauglichkeit der Hilfen geht: „Offensichtlich könnte eine differenzierte Diagnostik bei Hilfebeginn hier Vorschub leisten. Diese beinhaltet, wenn man die unter Problematik Kind zusammengefasste

Skala als Richtschnur nimmt, die explizite Beantwortung folgender Fragestellungen:

- ▷ Wann traten die ersten Auffälligkeiten (Verhaltensauffälligkeiten) auf?
- ▷ Wann wurde das Kind zum ersten Mal behandelt? ...
- ▷ Liegt eine psychische Störung gemäß MAS I vor. Wie groß ist der Schweregrad der psychischen Auffälligkeit?
- ▷ Wie ist das Funktionsniveau des Kindes einzustufen ...?
- ▷ Wie ‚funktioniert‘ das Kind in der Familie? ...“ (ebd. 498f.)

Nun hat diese Studie einige Besonderheiten, von denen ich nur drei herausstellen will:

- ▷ Sie geht vom existenten, stark segmentierten und versäulten System der Kinder- und Jugendhilfe aus und fragt im Wesentlichen nach der effizienten Zuordnung der Kinder- und Jugendlichen in fünf unterschiedliche Hilfearten. Den Grundtenor des KJHG und das Desiderat der Entsäulung lässt sie außen vor.
- ▷ Die Frage ob ein Teil-System hoch invasiv, kontrollierend oder stigmatisierend wirkt, wird völlig ausgeblendet, ebenso die Frage nach den Kosten.
- ▷ Die Studie ist bemerkenswert inkonsistent: Es wird beklagt, dass die Ressourcenorientierung an letzter Stelle der erhobenen Indikationen steht (Schmidt 2001: 18), zugleich wird eine defizitorientierte Diagnostik eingefordert. Es wird ein Problem zwischen fachlicher Einschätzung und elterlicher Entscheidung konstruiert (BmfSFJ 2002: 499), zugleich wird festgestellt, dass „Folgen ausreichender Beteiligung nicht überprüft werden können“ (Schmidt 2001: 29).

Diese Besonderheiten zeigen, dass die Studie hinsichtlich ihrer Bewertung systemimmanent vorgeht und gegenüber den fachlichen Forderungen der letzten 25 Jahre (Partizipation, Entsäulung, Lebensweltorientierung, Netzwerksorientierung) im wesentlich blind ist. Die Forderung nach Diagnostik, die hier so beredt und empirisch nicht validiert gestellt wird verkommt zu einer Forderung nach einer verbesserten Feinsteuerung der Zuweisungen in die jeweiligen Systeme, also zur Forderung nach einer besseren Klassifizierung im Vorfeld eines klassifizierenden Systems. Es ist die Forderung nach SozialarbeiterInnen als kompetente Klassifikatoren und der Ruf nach einer besseren Steuerung eines überholten Systems.

Interessant dagegen, dass die AutorInnen des Modellprojektes „Integra-Implementierung und Qualifizierung integrierter, regionalisierter Angebotsstrukturen in der Jugendhilfe“ zu gänzlich anderen Schlüssen kommen. Nicht Diagnostik wird hier gefordert, sondern Mitwirkung und Vernetzung: „Zentrale Kennzeichen einer veränderten Hilfeplanung sind ... (u.a. ML.) die Verankerung des Prozesses während des Hilfebeginns in sozialraumorientierten Gremien ... Das

sollte zu einer Nutzung des gemeinsamen Wissens um sozialräumliche Ressourcen führen“ (IGFH 2003: XIX) und für die Hilfeplanung wird weiter gefordert:

- ▷ „Frühzeitiger Einbezug der MitarbeiterInnen der freien Träger;
- ▷ Verschränkung sozialräumlicher und biographischer Orientierung;
- ▷ Transparenz des Verfahrens, Verhandelbarkeit der Hilfe, Passgenauigkeit von sozialpädagogischen Hilfen sowie die Übereinstimmung der fachlichen Hilfeplanung mit den subjektiven Hilfeplänen der AdressatInnen“ (ebd.: XXVII).

Fordert also die JE-Studie Diagnostik als notwendiges Instrument der Steuerung der Zuordnung zu Hilfesubsystemen ein, so fordert das Modellprojekt „Integra“ eine Entfaltung der Mitwirkung im sozialräumlichen Kontext mit der Option auf die Schaffung passgenauer Hilfen. Die Frage von Steuerung und Entfaltung durch Partizipation, die Frage von fachlicher Diagnostik und partizipativer Entscheidung wird hier zu einer Frage von Herrschaft durch Steuerung (Gouvernementalität) oder von Macht im Sinne Hannah Arendts durch Mitwirkung.

So verstanden wird die Frage nach einer Neodiagnostik in der Sozialen Arbeit zu einer paradigmatischen Entscheidung zwischen Macht und Herrschaft: Es ist die Frage danach, wie Soziale Arbeit jenes räumliche Zwischen, das Hannah Arendt den Erscheinungsraum nennt, konstituiert; jenen Raum, „der dadurch entsteht, dass Menschen voreinander erscheinen, und in dem sie nicht nur vorhanden sind wie andere belebten oder leblosen Dinge, sondern ausdrücklich in Erscheinung treten“ (Arendt 2002: 251). In diesem Raum, „der so sehr auf dem handelnden und sprechenden Miteinander der Menschen beruht“ (ebd.), ist Macht im Sinne der *potentia* das konstituierende Element. Macht, wie Arendt sie versteht „besitzt eigentlich niemand, sie entsteht zwischen den Menschen, wenn sie zusammen handeln, und sie verschwindet wenn sie sich zerstreuen (ebd. 252). Herrschaft ist das Gegenstück.

Wie man Macht in die Verständigung darüber, was der Fall ist, eintreten lassen kann, wie der Erscheinungsraum in dem die Hilfeentscheidung fällt, so gestaltet werden kann, dass Macht und nicht Herrschaft sich entfaltet, zeigen Modelle wie „Integra“ aber auch Methoden wie Subjektorientierung (Arend/Hekele), das peer-assesment und das personal-centered-planing, wie es etwa in der englischen und schwedischen Unterstützung für Menschen mit Lernschwierigkeiten seit längerem erfolgreich praktiziert wird (vgl. www.eu-project.steps.de).

In Carl von Linnés „Botanischer Philosophie“ fand Foucault den bemerkenswerten Satz: „Alle dunklen Ähnlichkeiten sind nur zur Schande der Kunst eingeführt worden“, mit dem sich Linné für die Kunst der Klassifikation und gegen den offenen Blick auf Ähnlichkeiten ausspricht. In Umkehrung dieses Satzes behaupte ich für die Soziale Arbeit: „Alle kristallklaren Klassifizierungen sind nur zur Schande der Kunstlehre eingeführt worden“; einer Kunstlehre Sozialer

Arbeit, die ihren Kern in der prozesshaften und partizipativen Gestaltung sozialer Situationen hat und damit einer anderen Wirksamkeitslogik folgen sollte, als jener, der sie sich mit einer Neodiagnostik nochmals zu unterwerfen scheint.

Zwei Wirksamkeitslogiken

Die Clausewitzsche Kriegsführung mit dem chinesischen Verständnis von Wirksamkeit kontrastierend stellt Jullien die chinesische Alternative zum modernen Wirksamkeitsverständnis vor:

„Daraus ergeben sich zwei Arten von Wirksamkeit, die auf zwei konkurrierende Logiken zurückgehen: neben der Beziehung von Mitteln zum Zweck, die uns am geläufigsten ist, gibt es die Beziehung von Bedingung und Konsequenz ... Da die Strategie darin besteht, die Situation sich so entwickeln zu lassen (indem man sich von ihr tragen lässt), dass aus ihrem angehäuften Potential ganz natürlich die Wirkung hervorgeht, braucht man sich nicht mehr (zwischen den Mitteln) zu entscheiden oder sich abzumühen, um das Ziel zu erreichen. In dem man eine Logik der Modellbildung aufgibt geht man zu einer prozesshaften Logik über ...“ (Jullien 1999: 63).

Die Logik der Modellbildung entspricht der Wirksamkeitslogik des Herstellens. Die Logik der prozesshaften Gestaltung von Situationen der Wirksamkeitslogik kommunikativen Handelns. Die Logik der Modellbildung ist die Strategie der Herrschaft, die Logik des prozesshaften Gestaltens dagegen entspricht jenem, was Hannah Arendt mit Macht meinte: dem gemeinsamen Handeln. Mit einer Neodiagnostik unterwirft sich Soziale Arbeit dem geläufigen Wirksamkeitsmodus des Herstellens, von dem Jullien schreibt:

„Es ist derart geläufig, dass wir es nicht mehr sehen – dass wir uns nicht mehr sehen: Wir entwickeln eine Idealform (eidos), die wir als Ziel (telos) setzen, und dann handeln wir, um sie in die Realität umzusetzen. All das liefe von selbst – Ziel, Ideal und Wille: die Augen auf das Modell gerichtet ... entscheiden wir, in die Welt einzugreifen und der Realität Form zu geben. Und je mehr wir es verstehen, in unserem Handeln dieser Idealform nahe zu bleiben, umso größer ist die Chance, damit Erfolg zu haben“ (Jullien 1999: 13).

Eine Soziale Arbeit, die Partizipation, Lebensweltorientierung und sozial-räumliches Handeln als Entfaltung von Macht in der Gestaltung sozialer Kontexte als wesentlich anerkennt, muss sich einer anderen Form des Wirksamkeitsverständnisses zuwenden und es stark machen, einer Form, die zugegebenermaßen derzeit nicht viel gilt, im Zeichen einer flüchtenden Moderne aber sehr wohl Chancen hat. Sie muss, um es mit Jullien zu sagen „dabei eine mit der Praxis verbundene Form der Intelligenz“ entwickeln, die sich durch „Spürsinn, Scharfsinn, Voraussicht, geistige Geschmeidigkeit, List, Gewieftheit, Wachsamkeit und einen guten Riecher für gute Gelegenheiten“ (ebd.: 20) auszeichnet. Diese Form der Klugheit, die Jullien „metis“ nennt, unterscheidet sich von der „techne“

durch ihr Ausgerichtet-Sein auf die Umwelt und ihre Bedingungen, während die Technik das gesteckte Ziel umsetzt und dabei relativ invariant ist.

Wie wir in der Untersuchung einer erfolgreichen Praxis sozial-räumlichen Handelns herausfanden, entsprechen die Handlungsprinzipien eher diesen Kriterien der „metis“ als jenen der Klassifikation und der Strategie (vgl. Langhanky/Frieß/Hußmann/Kunstreich 2004: 174ff.).

Es scheint, dass Soziale Arbeit mit einer Neodiagnostik dem alten Wirksamkeitsverständnis des Herstellens folgt, an dem sie sich als Profession schon lange die Zähne ausbeißt ohne ihm je genügen zu können. Sie versucht sich als Regierungsform zu reetablieren anstelle konsequent ihren Weg des partizipativen Handelns in der Gestaltung sozialer Situationen als Macht zu verfolgen. Einem Weg, in dem die „metis“, das implizite Wissen und die geistige Geschmeidigkeit wesentlicher sind, als das Modell und die exakte Klassifizierung.

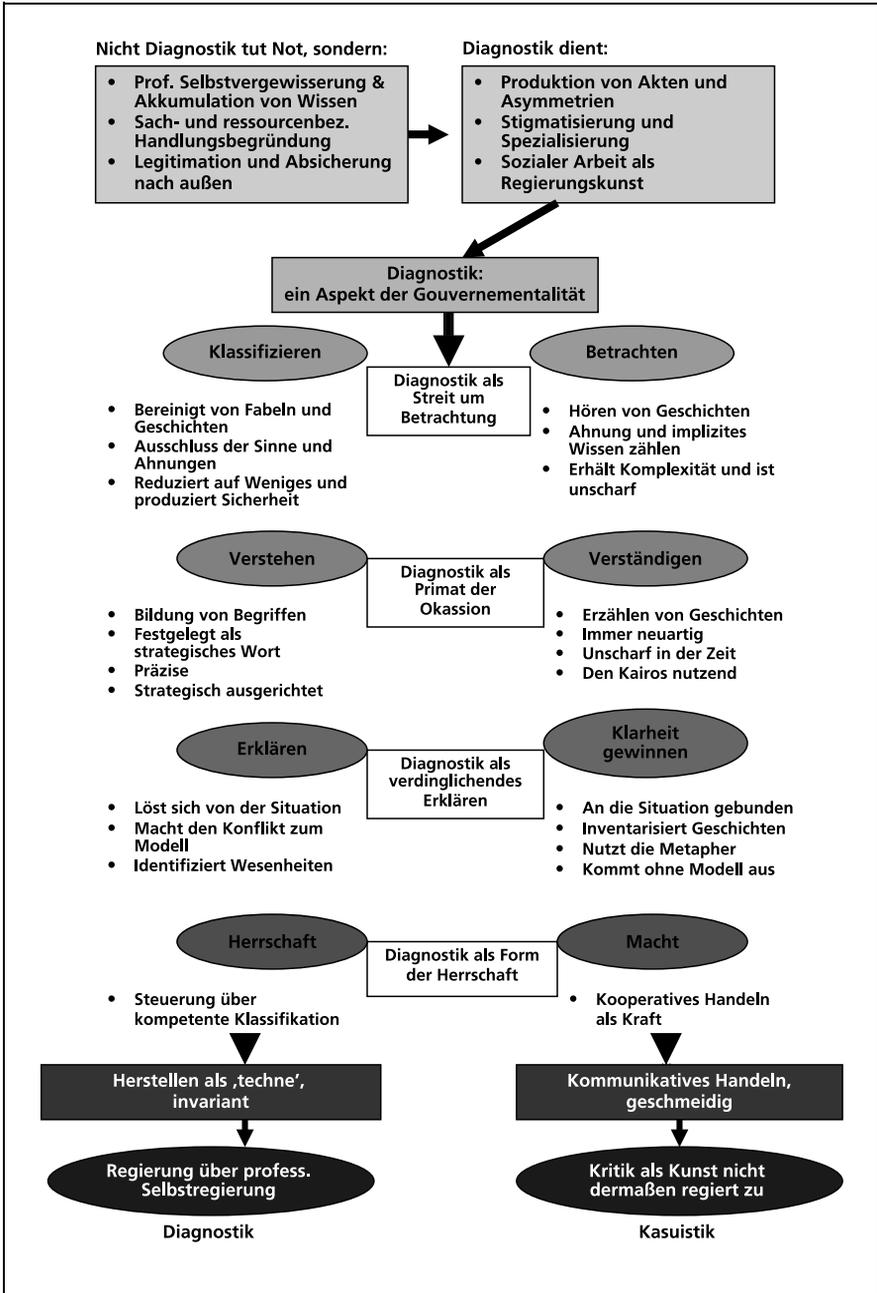
Diagnostik führt zum Regieren über die Subjekte, als eine Form der Selbstregierung der Profession, da sie

- ▷ ein System, einen einschränkenden Rahmen voraussetzt,
- ▷ Raum, Zeit und soziales Umfeld reduziert und teils ausblendet und Geschichten daraus löst.
- ▷ Sie setzt Normierungen in Form willkürlicher Setzungen voraus,
- ▷ sie ignoriert das Andere/Fremde,
- ▷ sie missachtet ihre eigenen Fehler (Fehldiagnosen).

Es gibt klare Alternativen zu dieser Form der professionellen Selbstregierung über Diagnostik. Diese Formen folgen jenem Weg, den Foucault die Kunst nennt, „nicht dermaßen regiert zu werden“. Foucault macht einen überraschenden Vorschlag. Er schlägt vor, der Kunst des Regierens die kritische Haltung zur Seite zu stellen und versucht eine Definition von Kritik. „Als erste Definition der Kritik“, so schreibt er, „schlage ich also die allgemeine Charakterisierung vor: die Kunst nicht dermaßen regiert zu werden“ (Foucault zit. n. Kunstreich 1997: 23). Timm Kunstreich, bei dem dieser Satz Foucaults eine zentrale Stellung einnimmt, schlägt vor, dass eine in diesem Sinne kritische Soziale Arbeit „ihren gedanklichen Ausgangspunkt bei den vielfältigen Gestaltungsformen der Sozialitäten, bei der aktiven Aneignung von Überlebenspraktiken, bei dem gewitzten Widerstand der Subjekte, genauso wie bei deren Leid und ohnmächtigem Rückzug“ (ebd.: 24) nehmen soll.

Das würde bedeuten, dass eine kritische Soziale Arbeit zunächst den Geschichten, den Gewitztheiten und Tragiken folgen soll und sie nicht den Subjekten zu entreißen hat. Sie muss Formen der Kasuistik finden, die dieses Vorgehen absichern helfen, anstelle die Diagnostik zu hofieren.

Maja Heiner kommt zu der Überlegung diese Formen der Kasuistik, bzw. der Kunstlehre des Fallverstehens, die wir bei Regine Gildemeister und Burkhard



Müller u.a. finden, als Metaanalysen zu bezeichnen. Sie beklagt: „Solche Metaanalysen, die eine mehrdimensionale, mehrperspektivische Betrachtung beruflicher Anforderungen und beruflichen Handelns erlauben, sind Mangelware und wären doch für die professionelle Entwicklung einer reflexiven Sozialen Arbeit zentral“ (Heiner 2004). Die genannten Analyseformen wie auch die kasuistische Kompetenz bei Maja Heiner zeichnen sich eben dadurch aus, dass sie der „metis“ einen Platz geben, dass sie geschmeidig sind, auf Verständigung aufbauen müssen und sich nicht als Analysen des Subjekts sondern beruflicher Anforderungen und beruflichen Handelns gerieren. Die Kunstlehre der Kasuistik weiter auszubauen würde der Sozialen Arbeit eine andere Gestalt geben, als den Mangel an Metaanalysen mit Diagnostik zu kompensieren oder zu sprachlichen Verwirrspielen beizutragen in denen Kasuistik und Diagnostik vermengt werden.

Auch in einer solchen Gestalt wäre Soziale Arbeit nicht dem Widerspruch zwischen Hilfe und Kontrolle entkommen. Sie bliebe ein Teil jener Gouvernamentalität Foucaults, sie würde jedoch stärker die Kunst „Nicht derart regiert zu werden“, die Foucault als Kritik benennt, als Dia-logik bewahren.

Literatur

- Arend, D.; Hekele, K.; Rudolph, M. 1995: *Sich am Jugendlichen orientieren*, 4. Auflage. Frankfurt a. M.
- Arendt, H. 2002: *Vita Activa. Oder vom tätigen Leben*. München, Zürich
- BmFSJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) 2002: *Effekte erzieherischer Hilfen und ihre Hintergründe*. Stuttgart
- Foucault, M. 1976: *Überwachen und Strafen*. Frankfurt a.M.
- Foucault, M. 2000: Die „Gouvernamentalität“; in: Bröckling, U.; Krasmann, S.; Lemke, T. (Hg.): *Gouvernamentalität der Gegenwart*. Frankfurt a.M.
- Gildemeister, R. 1995: Kunstlehren des Fallverstehens als Grundlage der Professionalisierung Sozialer Arbeit?; in: Langhanky, M.: *Verständigungsprozesse in der Sozialen Arbeit*. Hamburg
- Heiner, M. 2004: Fallverstehen, Typen der Falldarstellung und kasuistische Kompetenz. In: Hörster, R.; Küster, E.-U.; Wolff, S. (Hg.): *Orte der Verständigung. Beiträge zum sozialpädagogischen Argumentieren*. Freiburg i.Br., S. 91–108
- IGFH (Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen) 2003: *Abschlussbericht; Kurzfassung- zum Modellprojekt „Integra“*. Implementierung und Qualifizierung integriert
- Jullien, F. 2001: *Der Weise hängt an keiner Idee. Das andere der Philosophie*. München 2001
- Jullien, F. 2004: *Über die „Zeit“*. Elemente einer Philosophie des Lebens. Zürich-Berlin
- Jullien, F. 1999: *Über die Wirksamkeit*. Berlin
- Klätzeki, T. 1993: *Wissen, was man tut – Professionalität als organisationskulturelles System*. Bielefeld

- Kunstreich, T. 1997: Grundkurs Soziale Arbeit – Sieben Blicke auf Geschichte und Gegenwart Sozialer Arbeit, Bd. I. Hamburg
- Kunstreich, T.; Langhanky, M.; Lindenberg, M.; May, M. 2004: Dialog statt Diagnose; in: Heiner, M. (Hg.): Diagnostik und Diagnosen – ein Überblick. Berlin
- Langhanky, M.; Frieß, C.; Hußmann, M.; Kunstreich, T. 2004: Erfolgreich sozialräumlich handeln. Bielefeld
- Mollenhauer, K.; Uhlendorff, U. 1992: Sozialpädagogische Diagnosen – Über Jugendliche in schwierigen Lebenslagen. Weinheim/München
- Müller, B. 1993: Sozialpädagogisches Können – Ein Lehrbuch zur multiperspektivischen Fallarbeit. Freiburg
- Müller, S.; Otto, H.-U. 1984: Verstehen oder Kolonialisieren – Grundprobleme Sozialpädagogischen Forschen und Handelns. Bielefeld
- Schmidt, M.H. 2001: Neues für die Jugendhilfe. Ergebnisse der Jugendhilfe Effekte-Studie. Erlangen

*Prof. Dr. Michael Langhanky, Ev. Hochschule für Sozialpädagogik/Diakonie,
Horner Weg 170, 22111 Hamburg
E-mail: mlanghanky@rauheshaus.de*



Manfred Kappeler

Vom Sozialstaat zum Präventionsstaat – Mit besonderer Berücksichtigung des Präventionsdenkens in der Sozialen Arbeit

Seit Beginn der Neuzeit hat sich das Sicherheitsdenken vom Schutz gegen unmittelbar drohende Gefahren durch äußere Gewalten (Naturkatastrophen, Feuersbrunst etc.) zunächst auf den „gefährlichen Menschen“ und schließlich auf das „Gefährliche im Menschen“ verlagert. Während es den gesellschaftskritischen sozialen Bewegungen immer um eine „Prävention der Verhältnisse“ ging, dominierte in der professionellen Sozialen Arbeit seit ihren Anfängen im späten neunzehnten Jahrhundert eine „Prävention des Verhaltens“ von Individuen, in der Form diverser Strategien der Normalisierung. Gegenwärtig ist Prävention in Theorie und Praxis in allen Bereichen der Sozialen Arbeit zum Zentrum des Selbstverständnisses geworden. Mit einigem Recht kann heute von Prävention als einen kulturellen Fokus der Sozialen Arbeit gesprochen werden. Die normative Aufladung der Prävention, ihre Bedeutung als ordnungspolitische Strategie der Anpassung und Kontrolle wird kaum gesehen. Dominant ist die scheinbare Evidenz des Slogans „Vorbeugen ist besser als Heilen“.

1697 verfasste Gottfried Wilhelm Leibniz seine Denkschrift „Über die Errichtung von Versicherungsanstalten gegen alle Zufälle des Lebens oder wenigstens gegen Wasser- und Feuerschäden“, ein philosophisch-politischer Meilenstein in der Genese des Präventionsparadigmas der Neuzeit. Leibniz suchte nach einer praktischen Antwort auf die spezifischen Sicherheitsbedürfnisse des Bürgertums und der Aristokratie seiner Zeit. Von den Schrecken des dreißigjährigen Krieges hatten sich die Menschen kaum erholt, als Leibniz seine Denkschrift verfasste. Aber immerhin waren die verwüsteten Städte wieder aufgebaut, sogar ganz neue als fürstliche Residenzen im Entstehen begriffen, die Bevölkerungsdichte nahm zu, das frühe Bürgertum entwickelte die Gewerbe und den Handel, und die philosophische Aufklärung verbreitete die ersten Strahlen ihres, wie wir heute wissen, auch so trügerischen Lichtes. Die Angst, Hab und Gut und Leben zu verlieren, saß tief im epochalen Bewusstsein, denn nun gab es endlich wieder bescheidenen Wohlstand, fragwürdige Sicherheit und einen offenen Zukunfts-

horizont – es gab wieder etwas zu verlieren. Diese Angst war Ausdruck eines neuartigen Sicherheitsbedürfnisses, das sich von dem früherer Epochen deutlich unterschied.

In der Weltbetrachtung der im Norden Europas in den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung lebenden Völker stand das *Schicksal* im Mittelpunkt. Es war die starke, unbezwingbare und letztlich unentrinnbare Macht, der sich der Einzelne und die Gruppe im trotzigem Kampf entgegenstellen konnten, der aber schließlich selbst die Götter und die außerordentlichsten Helden und Heldinnen erliegen mussten. Das Aufbegehren gegen die Gewalt des Schicksals war legiert mit der Bereitschaft zur Hingabe an das übermächtige Unglück, wenn es nicht gelungen war, den Feind zu besiegen oder der Naturkatastrophe zu entkommen. Freilich hatten auch diese Menschen Gefühle, Wünsche, die wir „Sicherheitsbedürfnis“ nennen können, aber die realisierten sich in unmittelbar einleuchtenden praktischen Antworten auf eindeutig definierte Gefahren: gegen wilde Tiere und menschliche Feinde wurde der Palisadenzaun, der Erd- oder Steinwall, der Wassergraben oder unterwegs die Wagenburg gebaut, oder es wurde ein schwer zugängliches Gelände für eine Siedlung ausgesucht. Was darüber hinaus ging, war Sache der Priester- und SchamanInnen: die Götter und Göttinnen, die Schicksalsmächte der Natur mit Opfern zu besänftigen und mit magischen Praktiken zu bannen.

Im frühen und hohen Mittelalter träumten die Menschen von einem Gottesstaat, in dem die christlichen Werte von Frieden, Gerechtigkeit und göttlicher Standesordnung das Leben sichern sollten und in dem sogar die Ärmsten der Armen, die Bettelnden, ein von Gott gewollter, für die soziale Ordnung unverzichtbarer Stand waren. Die wilde Schicksalsergebenheit der „heidnischen“ Vorfahren hatte sich durch die Christianisierung in eine fromm-gläubige Ergebenheit in den Willen Gottes gewandelt, der dem Einzelnen die Pflicht des demütigen Leidens und der christlichen Liebestätigkeit auferlegte.

Sicherheitsbedürfnisse, resultierend aus Verlustängsten gab es auch hier, vor allem bei den Besitzenden, den Zunftbürgern, Handelsherren, Klosterbrüdern und -schwestern, den Landadeligen und den höfischen Edelleuten. Sie realisierten ihren Schutz vor Gefahren in festen Städten, Schlössern und Burgen, mit Mauern, mit fortgeschriebener Militärtechnik, Handelsabkommen et cetera, aber all das war brüchig, reichte nicht sehr weit in die Zukunft, deren Horizont als permanente Drohung, vor allem im Spätmittelalter, die apokalyptischen Reiter verschlossen. Auf stürmischen Rossen lässt Dürer sie über die Menschheit hereinbrechen. Als Krieger, Tod und Teufel bringen sie Krankheit, Krieg, Not und Tod. Der Tod bestimmt in diesem Triumvirat die Richtung. Präventives Denken, Strategien der Vorbeugung, hatten in diesem Kontext noch keine wirkliche Chance.

Es bedurfte erst der weitreichenden ökonomischen, politischen und kulturellen Veränderung des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts, in denen auf der Basis der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals sich die bürgerliche Ordnung herausbildete, damit Leibniz am Ende dieser sogenannten Frühen Neuzeit mit seinem Vorschlag zu einer *Versicherung als Vorsorge gegen Gefährdungen durch in der Zukunft liegende Ereignisse* einen neuen Punkt in der Geschichte des Präventionsdenkens setzen konnte.

Es ist geradezu verblüffend zu sehen, wie sich bei dem tiefgläubigen Frühaufklärer Leibniz das Präventionsdenken gegen seine Gottergebenheit behauptet. Der Gedanke, dass eine Versicherung einen durch ein zukünftiges Ereignis entstehenden Schaden – nicht verhindern! – ausgleichen beziehungsweise mildern könne, steht neben seinem Satz „dass alles durch ein festgestelltes Verhängnis hervorgebracht werde“ (zitiert nach Huber 1951: 181). Für Leibniz kann es keine vorbeugende Verhinderung eines vorbestimmten schädigenden Ereignisses geben. Nur der eingetretene Schaden kann in seinem materiellen Anteil kompensiert oder reduziert werden. Mit einer Versicherung kann der physischen Bedrohung durch den Verlust der materiellen Existenzgrundlage vorgebeugt werden. Verlust setzt immer das zu Verlierende voraus, das heißt die Versicherungsidee brauchte zu ihrer tatsächlichen Hervorbringung eine neue gesellschaftliche Schicht von Besitzenden, die, anders als der Adel, mögliche Verluste nicht „einfach“ durch Ausplünderung von Untertanen, Raubkriege etc. wieder ausgleichen konnten – das früh-neuzeitliche, früh-kapitalistische Besitzbürgertum.

Von großer Bedeutung ist in Leibniz' Entwurf die Verbindung zwischen dem Wohl des einzelnen Bürgers und dem Vorteil des Gemeinwesens. Diese Argumentationsfigur, dass Prävention der dem Bürger drohenden Unglücksfälle dem Gemeinwesen nutze, bekommt im weiteren Verlauf der Geschichte des Präventionsdenkens immer größeres Gewicht. Prävention für den Einzelnen, so Leibniz, bringt volkswirtschaftlichen Nutzen, indem sie *Folgekosten* von *nicht* verhütetem Unglück verhindere.

„Will man die Leute verderben und ganze Familien zu Bettlern werden lassen, so muss das Land ja auch die Bettler ernähren und kommen sie dem Staate viel teurer zu stehen als die Ersetzung der Unglücksfälle, wodurch ein ehrlicher und arbeitsamer Mann erhalten werden kann.“

Heute kommt kein Projektantrag im präventiven Bereich der Sozialen Arbeit mehr ohne diese volkswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Rechnung aus, obwohl die heutige Prävention, die überprüfbaren ökonomischen Grundlagen der Leibnizschen Versicherung, die gegen alle möglichen „Zufälle“ *materieller* Verelendung gerichtet ist, längst verlassen hat. Leibniz kann, bezogen auf die von ihm in den vorsorgenden und vorbeugenden Blick genommenen Gefahren noch authentisch-ökonomisch argumentieren, denn es geht ihm ausschließlich, wie bei Ver-

sicherungen auch kaum anders denkbar, um materielle Werte beziehungsweise um die Folgen ihres Verlustes für den von solchem Unglück betroffenen Bürger. Armut war übrigens für Leibniz das Ergebnis wirtschaftlichen Unglücks und nicht individuellen schuldhaften Versagens. Die wenigen anders gelagerten Einzelfälle fielen für ihn politisch nicht ins Gewicht. Über unsere aktuelle Missbrauchsdebatte hätte er den Kopf geschüttelt. In jedem Fall, so argumentiert er, sei es „des Landes eigener Nutzen, dass ein jeder bei Nahrung bleibe und nicht verderben möge, denn sonst fällt seine Last auf andere“.

Sicherheit als vorbeugend organisierter Schutz vor Verlusten durch äußere Gewaltanwendung bezog sich aber im Denken des siebzehnten Jahrhunderts schon nicht mehr nur auf die Folgen von Naturkatastrophen allein. Schon der Brand eines Hauses konnte von Neidern oder Marodeuren gelegt worden sein, das Vieh konnte vergiftet werden, die Ernte gestohlen, das Warenlager ausgeraubt werden und die „Franzosen“ (Syphilis) holten sich die Männer bei den Huren. Der Mensch als des Menschen Feind wird nach den die alten Ordnungen auflösenden sogenannten religiösen Bürgerkriegen als ein aus Glaubensbindungen freigesetztes Individuum ohne neuen, das Handeln einigermaßen verlässlich steuernden, Wertekanon zunehmend als Bedrohung wahrgenommen. Mehr und mehr wird *Unsicherheit* neu definiert als Gefährdung des Menschen durch den Menschen. Christian Wolff, die bedeutendste Stimme der Aufklärung in Deutschland vor Kant, prägte die Formel, dass jenes Gemeinwesen am vollkommensten sei, „wo die gemeine Wohlfahrt am besten befördert und die gemeine Sicherheit erhalten wird“. In solcher Gesellschaft könnten „die meisten Menschen glücklich nebeneinander leben“. „Gemeine Wohlfahrt und Sicherheit“, schreibt Makropoulos (1995), ist im achtzehnten Jahrhundert freilich nicht nur philosophische Zielbestimmung, sondern auch das Leitsystem der sozialen Steuerung. Was *Glückseligkeit* bedeutet, wird vom absolutistischen Machtapparat, genauer der „kameralistischen Polizeiwissenschaft“ definiert, die für sich die Lösungskompetenz für die aus der Undurchsichtigkeit des Handelns der Individuen entstehenden sozialen Probleme beansprucht, indem sie sich als „sozial regulierende Verwaltung“ (Makropoulos) für die Reibungslosigkeit des bürgerlichen Verkehrs bzw. für die Einhaltung der bürgerlichen Verkehrsformen im absolutistischen Staat verantwortlich erklärt.

Diese Entwicklung hat zu einer weitreichenden Veränderung im Präventionsdenken geführt: von den bedrohlichen „Zufällen“ des Lebens, die alle wie Naturereignisse verstanden wurden (auch wenn sie, wie Epidemien und Kriege, vom Menschen ausgingen) hin zum Menschen als Hauptbedrohungsfaktor für Sicherheit und Ordnung, von der Behauptung des Menschen gegenüber den Gefahren der übermächtigen Natur hin zum gesellschaftlichen Leben des Menschen. Hauptbezugspunkt des präventiven Denkens wird nun die Ebene der sozialen Beziehungen.

Im neunzehnten Jahrhundert wird als Konsequenz aus den Bedürfnissen der kapitalistischen Entwicklung der Anspruch des absolutistischen Staats für die Wohlfahrt aller Bürger zuständig zu sein, zurückgewiesen. Aufhebung der Leibeigenschaft, Gewerbefreiheit, Niederlassungsrecht etc., der „freie Unternehmer“ und der „freie Lohnarbeiter“, der ungehinderte Verkehr von Menschen und Waren und Menschen als Ware verlangt umfassende Deregulierungen, die in Deutschland durch die Stein-Hardenbergschen Reformen auf den Weg gebracht werden. Diese Entwicklung bringt die ersten Ansätze des bürgerlichen Rechtsstaats hervor, indem die Aufgaben der Polizei „auf reine Gefahrenabwehr zur Herstellung innerer Sicherheit eingeschränkt“ wird (Makropoulos). Prävention erfährt jetzt eine weitere Verschiebung, weg von der Gesamtheit der am bürgerlichen Verkehr als freie, nach eigenen Motiven sich selbst regulierenden Bürgern in der Gestalt von Rechtssubjekten, teilnehmenden hin zu solchen „Individuen“ beziehungsweise „Subjekten“, die diesen Verkehr stören. Im Mittelpunkt der präventiven Aufmerksamkeit steht jetzt das „gefährliche Individuum“ für das in Konkurrenz und Zusammenarbeit Armenpflege, Medizin, Psychiatrie, Kriminaljustiz und nicht zuletzt die frühe Sozialpädagogik/Sozialarbeit die Zuständigkeit erlangen. In der „Morgenröthe“ spottet Friedrich Nietzsche „... die Sicherheit betet man jetzt als die oberste Gottheit an. Es wimmelt von ‚gefährlichen Individuen‘! Und hinter ihnen die Gefahr der Gefahren – das Individuum“ (Nietzsche [1971]: 173).

Zu diesem Zeitpunkt, im letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts, hat das neuzeitliche Präventionsparadigma seine dritte theoretische Grundlage bekommen, die von nun an mit wechselnden Akzentuierungen das ganze zwanzigste Jahrhundert hindurch bis in unsere Tage Bestand haben sollte. Vom „gefährlichen Individuum“ war es nur noch ein kleiner Schritt zum „Gefährlichen *im* Individuum“, das nun zum Ansatzpunkt von medizinisch-psychiatrischer, polizeilicher, fürsorglicher und pädagogischer Prävention wird. Dies alles aber im Kontext einer seit der Wende vom neunzehnten zum zwanzigsten Jahrhundert entstehenden, alle anderen Präventionen umfassenden und einbindenden Super-Prävention, mit dem Namen *Bevölkerungspolitik*, die mit eugenischen und rasenhygienischen Begründungen und Strategien nicht nur mit „Volk“ und „Rasse“, sondern schließlich mit der „Menschheit“ (dem Gattungswesen!) das Individuum übersteigt und in den gigantischen Projekten der Menschenökonomie des zwanzigsten Jahrhunderts seine schreckliche „Vollendung“ erfährt.

Zeitgleich mit dieser Inflation des präventiven Denkens im eugenischen Mainstream und als Teil dieser Entwicklung entsteht an der Wende vom neunzehnten zum zwanzigsten Jahrhundert die moderne professionelle Soziale Arbeit.

Auf die Bedeutung von Prävention im professionellen Selbstverständnis, in Theorie und Praxis Sozialer Arbeit, will ich mich nun konzentrieren, nicht ohne

zuvor darauf hingewiesen zu haben, dass in den „Widersprüchen“ zur Bedeutung und Funktion von Prävention in Gesellschaft und Staat bereits alles gesagt worden ist, was man aus der Sicht gesellschafts- und herrschaftskritischer Analyse heute dazu sagen kann.¹

Erstaunlicherweise wird in Teilen der Professionsgeschichtsschreibung eine Entwicklung von der obrigkeitsstaatlichen Intervention hin zur sozialstaatlich demokratischen Prävention unterstellt. Mit dieser Wertung wird Prävention als „Leitkultur“ als die den heutigen Bedingungen Sozialer Arbeit angemessene Handlungsstrategie etabliert. Tatsächlich startete die Profession nach dem Willen diverser Gründungsväter und -mütter (Wiechern, Bäumer, Salomon etc.) schon in ihren Anfängen als gesellschaftspolitisches Präventions-Großprojekt zur vorbeugenden Abwehr der proletarisch-sozialistischen Revolution gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung, deren genuines Kind die Soziale Arbeit selbst ist. Die Anstaltserziehung von Kindern und Jugendlichen wurde immer als Vorbeugung gegen „drohende oder weitere Verwahrlosung“ begründet und bezogen auf die Gesellschaft als Kriminalprävention gerechtfertigt und war doch Intervention der härtesten Art. Während in den Anfängen der Sonderbehandlung von straffälligen Kindern und Jugendlichen nach der Verabschiedung des Reichsstrafgesetzbuches 1876 die Lebensbedingungen der fast zu hundert Prozent aus dem Proletariat stammenden minderjährigen Delinquenten noch berücksichtigt wurden, hat es der um diese Zeit sich etablierende gesellschaftliche Einfluss der Psychiatrie schon zehn Jahre später geschafft, die gerade in Ansätzen entwickelte Sichtweise eines Zusammenhangs von Lebensbedingungen und Legalverhalten bei Kindern und Jugendlichen aus dem Proletariat im Ansatz zu ersticken. Mit einem umfassenden Psychopathologisierungskonzept gelang es den Psychiatern, alle nicht-erwünschten und für die bürgerliche Ordnung disfunktionalen Lebensäußerungen von Menschen aus der „arbeitenden Bevölkerung“ als Krankheits-symptome beziehungsweise Degenerationserscheinungen auf den Fokus des „Gefährlichen im Individuum“ zu konzentrieren. Nur zu bereitwillig gaben die Juristen die sie überfordernde Beurteilungskompetenz für die Genese strafbarer Handlungen von Kindern und Jugendlichen aus dem „einfachen Volke“ an die „Fachärzte für Geisteskrankheiten“ ab, die durch ihre zentrale Rolle in der jungen Jugendgerichtsbewegung eine enorme gesellschaftliche Aufwertung erfuhren und einen in der Geschichtsschreibung der Sozialen Arbeit bis heute kaum berücksichtigten dominierenden Einfluss auf die Theoriebildung und die Praxis der jungen Profession erringen konnten.

Im uralten Streit der Gewichtung von Anlage- und Umweltfaktoren bei der Ausprägung der Persönlichkeit, dominierte seit der eugenischen Zuspitzung der Evolutionstheorie im letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts die Auffassung, dass das Individuum bis in seine geistig-seelischen Dispositionen hinein von Art und Qualität des „Erbguts“ bestimmt sei. Folglich spielten die „endogenen Fak-

toren“, als deren wichtigste die „Veranlagung“ gesehen wurde, die entscheidende Rolle bei der Beurteilung von Menschen, die durch ihr nicht-angepasstes Verhalten und ihre soziale Lage in den Blick der Definitionsmächtigen aller beteiligten wissenschaftlichen Disziplinen und praktischen Berufe gerieten. Prävention sollte von nun an dreierlei leisten:

Sie sollte (1.) die „asozialen Tendenzen“, die „schädlichen Neigungen“, das „Entartete“, „Krankhafte“ – wie immer das „Gefährliche im Individuum“ auch genannte werden mochte, durch *frühzeitige Erkennung* und daraus abgeleitete *präventive Maßnahmen* möglichst neutralisieren. Damit sollte das verdächtig gewordene Individuum zu einem „nützlichen“, zumindest aber zu einem „noch brauchbaren“ Mitglied der Gesellschaft gemacht werden, womit gleichzeitig das unter den diagnostizierten „endogenen Faktoren“ Beste für den als minderwertig definierten Menschen erreicht werde. Die Hilfe für die Gesellschaft und die Hilfe für den Einzelnen konnten so mit gutem Gewissen auf einen Nenner gebracht werden.

Prävention sollte (2.) durch eugenische Maßnahmen helfen, die Verbreitung des „minderwertigen Erbguts“ durch Fortpflanzung und durch „soziale Ansteckung“ anderer, vor allem Heranwachsender, zu verhindern. Diese Prävention versprach die eugenische Verbesserung des „Volkskörpers“, zumindest aber die Verhütung einer sukzessiven Verschlechterung des „Erbstroms“, dessen Qualität angeblich für den spezifischen Volkscharakter der Deutschen verantwortlich sein sollte (die deutschen Tugenden ...!). Die mit bevölkerungspolitischen Strategien arbeitende eugenische Prävention sollte in großem Maßstab „Dekadenz“ verhindern und gleichzeitig für ein „stetiges Wachstum der erbgesunden Bevölkerung“ sorgen.

Auf dieser Präventionsfolie ließ sich kräftig mit Individuum und Gesellschaft, mit Gegenwart und Zukunft, mit Hilfe und Bewahrung jonglieren, solange von allen Beteiligten anerkannt wurde, dass sich alle „Hilfe“ für das Individuum beziehungsweise die Familie am Präventionsinteresse des übergeordneten Ganzen, der „Volksgemeinschaft“, „Volksgesundheit“, „Rasse“, „Menschheit“ auszuweisen hatte und alle kontraselektoralen Effekte vermieden wurden. Auf keinen Fall durfte die organisierte Hilfe in der Gestalt professioneller Sozialer Arbeit zu einem Instrument der „Gegenauslese“ werden, dass die Vermehrung der „Minderwertigen“ beförderte statt sie zu verhindern und im Gegenteil den „Wertvollen“ beziehungsweise „Hochwertigen“ aus dem „gemeinen Volke“ zum sozialen Aufstieg, und damit zur Regeneration der Gesellschaft zu verhelfen. Ohne Zögern ließen sich die führenden Persönlichkeiten der Sozialen Arbeit von ca. 1880 bis 1933 und darüber hinaus auf den eugenischen Mainstream ein und bezogen aus dem Arsenal der eugenischen beziehungsweise rassenhygienischen Präventionstheorien ihre Legitimationsargumente. Den Begriff „Präven-

tion“ sucht man in diesen bevölkerungspolitischen Diskursen allerdings vergeblich. Seine Funktion hat das Wort „Schutz“. Immer ging es um den „Schutz“ von Kindern und Jugendlichen vor allen möglichen Gefahren im Inneren und Äußeren, um den „Schutz des Gemeinwesens“ ebenfalls vor Gefahren aus dem Inneren des „Volkskörpers“ und von außen, vor allem durch die „jungen, geburtenstarken Völker aus dem Osten“. Dabei wurden härteste Interventionen, zum Beispiel Zwangserziehung von Jugendlichen in der Fürsorgeerziehung, die geschlossene Unterbringung von sogenannten Psychopaten in Irrenhäusern und sogenannten Arbeitsscheuen in Arbeitshäusern ebenso als „Schutz“ und „Vorbeugung“ bezeichnet und begründet, wie die „Verschickung“ proletarischer Schulkinder zur Erholung in Sommerferienlager, die Schulspeisung, die Einrichtung von Kindergärten und die eugenische Arbeit von Ehe- und Sexualberatungsstellen.

Aus diesem ungeschiedenen Misch-Masch der zweiten Präventionswelle wurde dann im Zuge von Professionalisierungsprozessen in den siebziger/achtziger Jahren der Bundesrepublik die heute dominierende dritte Auffassung von Prävention: das sogenannte Stufensystem von Primär, Sekundär- und Terziär-Prävention, wobei alle drei Stufen personenbezogen argumentieren und arbeiten. Dem gegenüber spielt die *Verhältnisprävention* die auf die Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in dieser Gesellschaft (§ 1 SGB VIII/KJHG) und auf die Verbesserung der Lebensbedingungen anderer tendenziell marginalisierter Gruppen (Menschen mit Behinderung, alte Menschen etc.) abzielt, kaum noch eine Rolle.

Die Primär-Prävention soll Kinder in der frühen Kindheit, am besten schon pränatal, zum Beispiel für „ein Leben ohne Drogen“ fitmachen. Sie soll Heranwachsende befähigen, die gesellschaftlich definierten, normativ aufgeladenen *Entwicklungsaufgaben* zu erfüllen, um sich gegen alle Gefahren und Gefährdungen, die ihnen auf dem langen und holprigen Weg zum „Erwachsenen“ drohen, durch einen ausreichenden Vorrat diverser Life-Skills schützen zu können. Und weil Kinder und Jugendliche, wie es heißt, heute in einer „Risikogesellschaft“ aufwachsen, die die klassischen Sozialmilieus aufgelöst habe, den Einzelnen auf sich selbst zurückwerfe, starke Tendenzen von Entsolidarisierung zeige, die Gefährdungspotentiale nie dagewesene Ausmaße erreicht hätten, sei Prävention die Strategie Nummer Eins in der Sozialen Arbeit, wichtiger denn je in der gut hundertjährigen Professiongeschichte. Dementsprechend wuchert und wimmelt der Professionsdiskurs in allen Praxisfeldern, Ausbildungsstätten, Forschungsprojekten und Publikationen. Wer die Präventionssemantik beherrscht, ist fein raus, wenn es um Forschungsanträge und Subventionsanteile geht. Ohne Präventionsbegründung und -versprechen keine Staats- und Privatknete mehr, denn auch Siemens und Schering sponsern nicht, wenn nicht Prävention, von was auch immer, versprochen wird. Denn Prävention heißt, „in die Zukunft investieren“:

Heute etwas tun, damit heute definierte Schäden beim Einzelnen und der Gesellschaft von morgen nicht auftreten.

Das wäre gut – und nicht einfach zu machen – wenn es um die *Verhältnisse* ginge, um das unbelastete Offenhalten von Zukunftshorizonten. Aber es geht fast ausschließlich um Verhaltensprävention im Rahmen sogenannter Beziehungsarbeit. Diese Ebene des Handelns wird von der Sozialen Arbeit als ihr „eigenes“ gesehen und gleichzeitig wird von der Mehrheit ihrer Träger und Professionellen behauptet, dass sie an den von anderen gesellschaftlichen Mächten hergestellten materiellen Lebensbedingungen ihres Klientels sowieso nichts ändern könne.

Die personen- bzw. gruppenbezogene Prävention orientiert sich in der Regel nicht an der Selbstdefinition der AdressatInnen für ein „gelingendes Leben“, sondern an den Normalitätsvorstellungen der Dominanzkultur, die im Gegenzug dann als harte Evaluationskriterien für Erfolg und Misserfolg an sie selbst angelegt werden. Sie wird zu recht an den Versprechungen gemessen, die sie naiv oder in taktischer Absicht gegenüber der Öffentlichkeit, besonders den diese Arbeit ganz überwiegend finanzierenden Fiskus abgibt. Dem Präventionsdenken sind auf der ersten Stufe alle Individuen, besonders aber Kinder und Jugendliche, potentiell Gefährdete. Einmal endogen bezogen auf die Bereitschaften zum Risikohandeln (Drogen, Gewalt, Sexualität, Orientierungslosigkeit etc.) und einmal exogen als potentielle Opfer der nichtpräventierten Bereitschaften Anderer. Sowohl die Legitimationsargumentationen und die Zielgruppen/Tätigkeitsfelder für die Primär-Prävention sind logisch unbegrenzt.

Die Sekundär-Prävention bemüht sich die in Gestalt individuellen Handelns manifest gewordenen „Gefahren“ einzugrenzen, beziehungsweise sie wieder in den Zustand der Latenz zu befördern, der die Begründung für die Terziär-Prävention hergibt, dass nämlich ohne Unterlass dem durch das „Gefährliche im Individuum“ in Kombination mit gesellschaftlichen Trends (Risikogesellschaft, Individualisierung etc.) vorprogrammierten „Rückfall“ vorgebeugt werden muss. Prävention von der Zeugung bis zum letzten Atemzug!

Diese Hypostasierung des präventiven Denkens in fast allen Bereichen der Sozialen Arbeit korrespondiert mit dem Abbau der Systeme Sozialer Sicherung, den wir gegenwärtig mit wachsender Dynamik erleben, der gleichbedeutend ist mit einer umfassenden Reduzierung von *Verhältnisprävention*. In der Angst, dass das „Gefährliche im Individuum“ durch die Verschlechterung der Lebensbedingungen und Zukunftsperspektiven für größere Teile der Gesamtbevölkerung „sozial entbunden“ werde (allfällige Klage über die Erosion des sogenannten Wertekonsens), mutiert der Sozialstaat zum *Präventionsstaat*, der die gestachelten und umgelenkten Sicherheitsbedürfnisse „seiner BürgerInnen“ ernst nimmt und in Präventionsräten, Quartiersmanagement, Kiezkonferenzen, Präventionstagen auf allen Ebenen der Gebietskörperschaften bis hin zur Bundesregierung,

in Präventionspreisschriften und -projekten und der Verleihung von Präventionspreisen, unterstützt durch eine regelrechte Präventionsmedienkampagne (Moralunternehmer und Moralkampagnen) den systematisch „Verunsicherten“, Sicherheit, Ruhe und Ordnung verspricht und im Gegenzug dafür die einsichtige und klaglose Hinnahme aller auferlegten materiellen Opfer, die auch noch präventiv als notwendig für die „Prosperität des Standortes Deutschland“ begründet werden, verlangt.

Die Soziale Arbeit hat sich dieser umfassenden gesellschaftspolitischen Verschleierungs- und Befriedungsstrategie, zu der auch die Kulturalisierung sozialer Konflikte gehört, im Ganzen nicht verweigert oder gar entgegen gestellt, sondern sie mitgetragen und gefördert. Das jüngste Beispiel für diese Praxis ist die Haltung der Träger Sozialer Arbeit zu den sogenannten Hartz-IV-Reformen. Während Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Bundesregierung in „Armutsberichten“ die Marginalisierung von Millionen BürgerInnen dokumentieren und beklagen „und Hartz IV einerseits als Metapher für den Umbau des Wohlfahrtsstaats und für eine staatlich sanktionierte Armutsproduktion steht“, schreibt Hans-Uwe Otto, wird Hartz IV „andererseits aber von den gleichen Trägern der Sozialen Arbeit als durchaus konkrete Chance zum wettbewerbsbevorzugenden Ausbau der eigenen Organisation dankbar angenommen, indem der Bundesregierung zigtausend Ein- bis Zwei-Euro-Jobs angeboten werden, um Hartz IV überhaupt realisieren zu können“ (Otto 2005: 23ff.).

In der Tat: Prävention, deren atemberaubenden Weg durch die Berufsgeschichte ich hier nur andeuten konnte, ist zu einem Fokus des professionellen Selbstverständnisses, zum zentralen Thema von Theorie und Praxis Sozialer Arbeit geworden und damit sicherlich zu einem bedeutenden Element der „Kultur“ dieses Berufs. Aber ist Kultur *per se* etwas Gutes, förderliches, zu bewahrendes? Drückt sich nicht in dem mit Überzeugung vorgetragenen Satz „Vorbeugen ist besser als Heilen“ ein quasi natürliches Kulturverständnis von Prävention aus, das seine fragwürdige Evidenz aus der scheinbar unmittelbaren Erfahrung, der Lebenspraxis selbst, bezieht: Ein „distanzloses Werkverständnis“ (Ernst Cassirer), das sich in weitgehender Übereinstimmung mit den gesellschaftlichen Vorgaben verbindet? In Sachen „Prävention“ glaubt sich die große Mehrheit der Professionellen in der Sozialen Arbeit fraglos zu verstehen und die Soziale Arbeit verkauft ihre angeblichen präventiven Leistungen als einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung eines übergreifenden Kulturkonsenses in der neoliberalen Gesellschaft des einundzwanzigsten Jahrhunderts. Gegenüber dieser verbreiteten naiven Sichtweise betont ein ideologiekritisches und wissenschaftliches Kulturverständnis die kulturellen Erscheinungen als von Menschen gemachte und von Menschen zu verändernde Ausdrucksformen. Wissenschaftliches Kulturverständnis kritisiert die Mystifizierungen des auf Evidenzerleben beruhenden Kulturverständnisses. Dem wissenschaftlichen und ideologiekritischen Kulturverständnis sind

alle kulturellen Formen Durchgangspunkte. Absolute kulturelle Formen gibt es in diesem Denken nicht – wohl aber übergeordnete Prinzipien/Werte, an denen sich die jeweils aktuelle aber auch die vergangene und die für die Zukunft gedachte kulturelle Praxis messen lassen muss: zum Beispiel die in der Charta der Vereinten Nationen und dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland modifizierten Menschenrechte, die alle dem Grundsatz der Unverletzbarkeit, Unantastbarkeit und Unteilbarkeit der Würde des Menschen verpflichtet sind, dem gegenüber sich auch die Strategien der Sozialen Arbeit ausweisen müssen. Manfred Max Mambach, an den hier erinnert sei, hat in dem von ihm herausgegebenen Buch „Der Mensch als Risiko“ schon 1983 vor dem „Präventionsstaat“ gewarnt:

„Präventive Strategien scheinen den fundamentalen Widerspruch unseres Lebens zu bestimmen: Notwendig ist das selbständige, mündige Subjekt, fähig zu Selbstbestimmung und Eigenverantwortlichkeit, an das gerade in Krisenzeiten von Politikern und Wirtschaftsmanagern unermüdlich appelliert wird, das jedoch auf der anderen Seite durch die permanente Supervision des Staats und der Unternehmen, gleichgültig ob sich diese nun als Hilfe oder Herrschaft zeigt, an seiner Entfaltung gehindert und damit negiert wird [...] Unter der Oberfläche des kulturellen Egalitarismus und den Bestrebungen für soziale Chancengleichheit entwickelt sich als Dunkelfeld ein weiteres wissenschaftlich legitimes System der Sortierung, Selektion und Platzierung von Menschen, ihrer zusätzlichen Diskriminierung und zusätzlichen Privilegierung. Man muss unter den Diskursen der Wissenschaftlichkeit, der Hoffnungen, der Glaubenssätze, die aus Sehnsüchten und Reformbestrebungen gespeist werden, die wirklichen Kraftlinien und Determinanten suchen, um die Logik und die Konsequenzen von Sozialtechniken zu erkennen, die in das gesamte menschliche Leben eindringen wollen. Wenn man solche Entwicklungen nicht einfach stillschweigend akzeptieren will, muss man zunächst ein Reflexionspotential schaffen, das vorhandene diffuse Skepsis organisiert und damit zu einem wirksamen Mittel der Abwehr macht. Was darüber hinaus die Voraussetzung von Widerstand sein kann, wird als praktische Frage zu verhandeln sein. Es kann sich dabei durchaus herausstellen, dass künftig die beste Form von Prävention die sein wird, vor Prävention zu warnen.“ (Mambach 1983: 7ff.)

Anmerkung

- 1 Neben einzelnen Artikeln und Passagen in Artikeln sei hier besonders auf das Schwerpunktheft 86/Dezember 2002 hingewiesen und aus diesem Heft auf den Beitrag von Ulrich Bröckling: „Die Macht der Vorbeugung. 16 Thesen zur Prävention“.

Literatur

- Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas 2004: Glossar der Gegenwart. Frankfurt am Main
- Freund, Thomas/Lindner, Werner 2001 (Hg.): Prävention – Zur kritischen Bewertung von Präventionsansätzen in der Jugendarbeit. Opladen
- Huber, Kurt 1951: Leibniz. München
- Kappeler, Manfred 1999: Bedeutung und Funktion von Prävention in der Jugendhilfe. In: Forum für Kinder- und Jugendarbeit. Hamburg 2. und 3. Heft
- Kappeler, Manfred 2000: Der schreckliche Traum vom vollkommenen Menschen – Rassenhygiene und Eugenik in der Sozialen Arbeit. Marburg
- Makropoulos, M. 1995: Sicherheit. In: Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 9. Darmstadt
- Mambach, Manfred Max 1983: Der Mensch als Risiko. Frankfurt am Main
- Nietzsche, Friedrich 1971: Morgenröthe III. Kritische Gesamtausgabe. Hrsgg. von G. Colli/M. Montinari
- Otto, Hans-Uwe 2005: Es ist noch nicht aller Tage Abend ... Zur Überwindung der Ambivalenz in der Selbstfindung der Sozialen Arbeit. In: Schmidt, Andrea/Tamara Musfeld (Hg.): Einmischungen. Beiträge zur Theorie und Praxis Sozialer Arbeit. Frankfurt am Main

*Prof. Dr. Manfred Kappeler, Belziger Str. 38, 10823 Berlin
E-mail: Prof.Dr.Kappeler@web.de*

Michael May

Was ist Soziale Arbeit? Ansatz einer alternativen Begriffsbestimmung

Um verschüttete Voraussetzungen der „spezifischen Rationalität“ fachlicher Diskurse um eine Professionalität Sozialer Arbeit sichtbar zu machen und einen kritischen Bezugspunkt der Theoriebildung zu gewinnen, wird vorgeschlagen, Soziale Arbeit als Arbeit am Sozialen zu fassen. In kritischer Auseinandersetzung mit aktuellen Theorien sozialen Kapitals wird zunächst eine Bestimmung „des Sozialen“ vorgenommen. Von dort ausgehend werden grundlegende Widersprüche analysiert, in die Soziale Arbeit in unserer Gesellschaft eingespannt ist, und es werden konzeptionelle Vorschläge unterbreitet, wie mit diesem im Rahmen eines „Arbeitsprinzips Partizipation“ umgegangen werden kann.

Zur Kontroverse über den Referenzrahmen und den Ausgangspunkt einer (Professions-)Theorie Sozialer Arbeit

Thomas Rauschenbach und Ivo Züchner haben „die gesellschaftliche Bedeutung und fachliche Identität der sozialen Arbeit“ (2002b: 844) als „öffentliche Reaktion auf einen politisch anerkannten sozialen Hilfebedarf von Personen und Personengruppen – gleich welcher Art und welchen Alters – in modernen Gesellschaften“ (2002a: 157; vgl. auch 2002b: 844) zu fassen versucht. Mit dieser Definition wollen sie nicht nur einen Referenzrahmen abstecken, auf den bezogen sich die Disziplin über die Her- und Bereitstellung von Wissen konstituiert und reproduziert. Von ihrem Anspruch her ist ihre Definition von Sozialer Arbeit auch bezogen auf die Profession als das gesamte fachlich ausbuchstabierte Handlungs- bzw. Praxissystem, „folglich die Realität der hier beruflich engagierten Personen sowie die von ihnen offerierten Hilfe-, Beratungs- und Bildungsleistungen auf der Basis der von der Gesellschaft an sie adressierten Ansprüche und Wünsche“ (Thole 2002: 15).

Wenn Rauschenbach/Züchner in ihrer Definition Sozialer Arbeit auf einen „politisch anerkannten sozialen Hilfebedarf von Personen und Personengruppen in modernen Gesellschaften“ (2002b: 844) rekurrieren, liegen sie in dieser Hinsicht empirisch gesehen sicher richtig. Die Frage stellt sich allerdings, welche Interessen sich dabei politisch durchgesetzt haben. Systemtheoretisch wird dieser offiziell anerkannte soziale Hilfebedarf als Exklusionsgefährdungen – zumindest teilsystemspezifischer Art – beschrieben. Dabei gerät jedoch nur allzu schnell aus dem Blick, dass es sich im Grunde genommen um das gesellschaftliche Zusammenleben betreffende, also eigentlich politische Fragen handelt. Diese mutieren zu Anforderungen von Begleitung, Beratung, Unterstützung und Betreuung im Rahmen professioneller Sozialer Arbeit, wenn die direkten und indirekten Folgeeffekte solcher ‚Exklusionsgefährdungen‘ unter dem Aspekt von Hilfsbedürftigkeit beobachtet werden.

Solche Verschiebungen in der Problemdefinition (vgl. May 2005) liegen nahe, wenn davon ausgegangen wird, dass „Soziale Arbeit als professionelle Rollenstruktur des Hilfesystems () sich nur professionell denken (lässt)“ (Hillebrandt 2002: 224). Ich schlage demgegenüber vor, Soziale Arbeit erst einmal ganz allgemein als „Arbeit am Sozialen“ zu begreifen. Es geht mir dabei vor allem darum, jene durch Ein- und Ausschließung erschaffene diskursive Ordnung zu öffnen, die im Allgemeinen als sozialpädagogisch/sozialarbeiterischer Sinnhorizont identifiziert wird (vgl. Winkler 1988: 22 ff.). Ich sehe darin zugleich auch die Basis, auf deren Grundlage sich erst jener dialektische Zusammenhang zwischen den historischen Prozessen gesellschaftlicher Reproduktion und solchen „Semantiken“ rekonstruieren lässt, mit denen aus der „Externalisierung gesellschaftlicher Reproduktionsprobleme“ (Winkler 1994: 527) Sozialpädagogik und Sozialarbeit zu sozialen Wirklichkeitskonstruktionen werden, die sich dann auch in entsprechenden Handlungsformen und Professionalitätskonzepten umsetzen.

Nicht zu eigen machen will ich mir damit den Anspruch, den Winkler in dieser Weise an eine Theorie der Sozialpädagogik stellt. Vielmehr geht es mir in diesem Beitrag weitaus bescheidener darum, die verschütteten Voraussetzungen der „spezifischen Rationalität“ sozialpädagogisch/sozialarbeiterischer Professionalitätsdiskurse wieder zugänglich bzw. sichtbar zu machen. Ganz im Sinne Foucaults (vgl. in Dreyfus/Rabinow 1987: 245) will ich damit nicht nur bestimmte „Quasi-Evidenzen“ überwinden, sondern darüber hinaus auch „differente Evidenzen hinsichtlich der Machtverhältnisse und der Diskurspraxis“ ermöglichen.

Skizze eines alternativen Begriffes Sozialer Arbeit

Wenn ich vorgeschlagen habe, Soziale Arbeit als Arbeit am Sozialen zu fassen, so umfasst dies nicht nur eine Pädagogik des Sozialen, wie sie schon Paul Natorp (1974) im Blick hatte, sondern auch eine Politik des Sozialen, wie wir sie in der

Widersprüche-Redaktion (vgl. zusammenfassend Heft 66/97) als einen auf soziale Lebensinteressen bezogenen politischen Produktionsprozesses zu fassen versucht haben. Ihren Anfangspunkt nimmt diese an elementaren Situationen, in denen Akteure in Sozialitäten beginnen, ihre menschlich gesellschaftlichen Vermögen zu verwirklichen, und so die unterdrückte und im Kapitalverhältnis verdrehte menschliche Sinnlichkeit als „Bildung am Sozialen und Bildung des Sozialen“ (Kunstreich/May 1999) zumindest momenthaft zu sich selbst kommt.

Das Soziale, das dabei gebildet wird, und an dem sich wiederum die Einzelnen als „wirkliche individuelle Gemeinwesen“ – wie Marx (vgl. MEW Bd. 40: 539) sie nennt – bilden, ist somit etwas Eigenständiges, ja, Eigensinniges, das sich weder auf psychische Prozesse in den Individuen reduzieren lässt, noch auf gesellschaftliche Strukturen. „Die wirklichen Beziehungen“ auf die mein Begriff des Sozialen zielt, „tauchen“ vielmehr – wie Negt/Kluge (vgl. 1981: 78) dies im Anschluss an den Marxschen Begriff der „Subjektivität gegenständlicher Wesenskräfte“ (vgl. MEW Bd. 40: 577) formuliert haben – „durch Ich und gesellschaftliches Ganzes (das als Produktionsprozeß nur eine Vorstellung ist) hindurch“. Sie bilden aus den einzelnen im Menschen praktisch arbeitenden Eigenschaften ein „innere(s) Gemeinwesen, also eine Gesellschaft unterhalb der Person, die mit der Gesellschaft außerhalb der Person verkehrt“ (ebd.). Dies ist der tiefere Hintergrund für meinen mit Timm Kunstreich zusammen entwickelten Vorschlag, soziale Arbeit als „Bildung am Sozialen und Bildung des Sozialen“ zu fassen.

Die „Arbeit“, die in dieser gleich im doppelten Sinne bildenden Weise am Sozialen geleistet wird, ist damit jedoch nicht eine im üblichen Sinne, und erst Recht nicht schon eine im professionellen Verständnis. „Arbeit“ wird von mir hier vielmehr zunächst einmal in einem – fast wäre ich geneigt zu sagen – rein ‚physikalischem‘ Sinne als Prozess (in der Physik = „Weg“) verschiedenster Wechselwirkungen (in der Physik = „Kraft“) verstanden. Da darin sich jedoch – wie Marx gezeigt hat – immer auch menschliche Geschichte ausdrückt, werden von mir diese sich selbst regulierenden Wechselwirkungen im Unterschied zur klassischen Physik nicht mechanistisch, sondern dialektisch zu fassen versucht. Dabei beansprucht das „materialistische Werkzeug“ (vgl. Negt/Kluge 1981: 241) der Dialektik, auf das ich hierbei zurückgreife, als Methode „den realen Bewegungsverhältnissen abgelesen“ (ebd.: 240) zu sein, „in der der Elementcharakter einer Organisierung sich verändert“ (ebd.: 239).

Die „wirklichen Beziehungen“, auf die mein Begriff des Sozialen zielt, sind also sich selbst regulierende. Ebenso wenig wie es „das Soziale“ als „zeitlose Existenzform menschlicher Sozialität“ (Rose 2000: 75) gibt, existiert eine Selbstregulierung an sich (vgl. May 2004). Als lebendige „Arbeit“ entstehen sie dadurch, dass sich zwei Eigentätigkeiten mit verschiedenen Bewegungsgesetzen berühren.

Nur eine solch abstrakte Fassung des Begriffes der „Selbstregulierung“, als einer Kategorie sozialen Zusammenhangs, ermöglicht die Verkehrsweisen zwischen beiden „Gemeinwesen“ zu analysieren:

- ▷ dem „äußeren sozialen Gemeinwesen“, in welchem Selbstregulierung als eine gesellschaftliche Kategorie bis einschließlich der selbstregulierenden Eigenschaften zwischenmenschlicher Beziehungen wirksam wird, und
- ▷ jenem „inneren – ebenfalls sozialen – Gemeinwesen“, das (um nur das wesentlichste zu nennen) „nicht nur die 5 Sinne, sondern auch die sogenannten geistigen Sinne, die praktischen Sinne (Wille, Liebe etc.)“, wie Marx (vgl. MEW Bd. 40: 542) sie nennt, integriert.

Dabei haben individuelles inneres Gemeinwesen und die Beziehungsgesellschaft konkreter Sozialitäten permanent zu tun mit der Außengesellschaft und Menschheitsgeschichte. Letztlich hat jene diese wirklichen Eigenschaften, Vermögen und Wesenskräfte – wie Marx gezeigt hat – erst hervorgebracht. Als in dieser Weise soziale stehen solche gesellschaftlichen Eigenschaften und (Arbeits-)Vermögen in gewisser Weise jede für sich und deshalb auch sich nur äußerlich in getrennten Menschen gegenüber.

Die zur Verwirklichung dieser menschlichen Wesenskräfte notwendigen sachlichen Bedingungen sind den Arbeitenden im Kapitalismus in einer Weise entfremdet, dass sie als mit eigenem Willen und eigener Seele begabte Fetische erscheinen. Allem Augenschein nach gilt dies von der Tendenz her auch für die sozialen Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens. Zum Ausdruck kommt dies auch in jenen in letzter Zeit so populären Versuchen der Ausformulierung eines Begriffes von „Sozialem Kapital“ (vgl. May 2004a): So z.B., wenn Sonja Haug (2000: 102) das „*Gesamt-Sozial-Kapital der Gesellschaft*“ nur als unbeabsichtigtes Ergebnis der Handlungsstrategien individueller Akteure zu betrachten vermag. Denn in dieser Sichtweise, die in ähnlicher Weise auch von Burt (1992), Flap (1988) und Portes/Landolt (1996) geteilt wird, spiegelt sich bloß – ohne dass dies von den entsprechenden AutorInnen reflexiv eingeholt wird –, dass im Kapitalismus der gesellschaftliche Zusammenhang über die Realisierung von Privatarbeiten unter Bedingungen des Privateigentums an Produktionsmitteln konstituiert wird. Ihr Begriff von sozialem Kapital bringt also in mystifizierter Form zum Ausdruck, dass in kapitalistischen Gesellschaften gesellschaftliche Vermögen zur Kommunikation und Kooperation auf privatistischem Niveau gehalten werden.

Demgegenüber wird in der von Putnam eingenommene Makroperspektive dem „*Gesamt-Sozial-Kapital der Gesellschaft*“ sogar insofern eine Art eigener Produktivität zugeschrieben, als es als effektive und einzigartige Lösung für verschiedene Versionen des Dilemmas kollektiven Handelns präsentiert wird (vgl. Putnam 1993: 167). Wie beim ökonomischen Kapital nicht der „Wert“ selbst

arbeitet, bewirken jedoch auch im Falle des sozialen Kapitals die „Werte“ (in Form generalisierten Vertrauens, persönlicher Pietäts-Verpflichtungen, Regeln und anderer Normen) für sich genommen gar nichts, sondern erst indem sie durch lebendige Beziehungsarbeit (re-)produziert werden – möglicherweise sogar in erweiterter Form. Und so handelt es sich bei jenen „features of social life“ („networks, norms, and trust“), die Putnam (1995: 664) als „soziales Kapital“ fasst, ebenso wie bei jenen „sozialstrukturellen Gebilde“, die Coleman (1991) darüber hinaus noch diesem Begriff zuordnet (wie z.B. Verpflichtungen und Erwartungen; Informationspotential; wirksame Sanktionen; Herrschaftsbeziehungen; zielgerichtete und auch übereignungsfähige soziale Organisationen), allesamt um nichts anderes als im Marxschen Sinne „tote Arbeit“. Hervorgegangen sind sie aus je unterschiedlichen Formen, in denen sich lebendige Arbeit bei der Herstellung von Beziehungen anwendet. Und ohne die Hinzufügung solch lebendiger Arbeit bewirkt jene tote Arbeit dessen, was als soziales Kapital bezeichnet wird, überhaupt nichts. Gleiches gilt übrigens auch für das sog. „methodische Handwerkszeug der sozialen Arbeit“ (Rauschenbach/Züchner 2002b: 843) und deren verschiedene Institutionen, bei denen es sich allesamt ebenfalls um tote Arbeit handelt, die aus sich selbst heraus nichts bewirkt.

Umgekehrt vermögen aber entsprechende Arbeitsvermögen in Beziehungsverhältnissen die eigene lebendige Unmittelbarkeit und das, was sie an Zuverlässigkeit leisten wollen, auch nicht ohne eine solch vorausgegangene Produktion ihres spezifischen Ausdrucksvermögens zu gewährleisten. D.h., sie müssen ein Stück toter Beziehungsarbeit, die zuvor Standardsituationen und Rituale für die Beziehungen hergestellt hat, in sich aufnehmen. Ja, ihre Verwirklichung in entsprechenden Beziehungen ist geradezu eine konstitutive Voraussetzung der Entwicklung und Kultivierung entsprechender Beziehungsarbeitsvermögen. Dabei unterliegen diese Arbeitsvermögen der Herstellung von Beziehungen subtilen gesellschaftlichen Prägungen – selbst dann wenn sie ganz daran ausgerichtet sein sollten, die Bedürfnisse des Gegenübers zu stillen. Auch für das Beziehungsarbeitsvermögen gilt, was Marx ganz allgemein hinsichtlich der „im ersten Beginn als naturwüchsig erscheinen(den)“ (1974: 18) Bedingungen und Voraussetzungen der Produktion ausführte: Durch den Prozess der Produktion selbst werden diese „aus naturwüchsigen in geschichtliche verwandelt“ (ebd.).

Das Verhältnis zwischen der Herausbildung entsprechender Beziehungsarbeitsvermögen und dem, wie sich Soziales in unterschiedlichen Formen gesellschaftlich manifestiert, ist somit ein dialektisches. In mystifizierter Form bringt dies die Theorie des Sozialkapitals zumindest dadurch zum Ausdruck, dass sie diese Kapitalart als eine Ressource charakterisiert, die durch erhöhte Nachfrage und Nutzung eher anwüchse als abnahme und bei Nichtnutzung sogar ganz verschwände.

Analytisch ist in dieser Hinsicht jedoch streng zu unterscheiden zwischen jenen historisch bereits konstituierten Aspekten der Sozialstruktur, die als Sozialkapital thematisiert werden, und dem, wie das Soziale in der Verwirklichung entsprechender Arbeitsvermögen selbst konstituiert wird. Beziehungsarbeit ist dabei stets – wie Negt/Kluge (1981: 893) herausgearbeitet haben – durch einen in ihr arbeitenden Widerspruch gekennzeichnet „zwischen lebendig sein und der Unmöglichkeit, auf tote Arbeit verzichten zu können“. Von zentraler Bedeutung ist somit die Frage, ob in dem jeweiligen Konstitutionsprozess die lebendige oder die tote Arbeit den Ausschlag gibt. Denn tote Arbeit, wenn sie die Macht über die lebendige gewinnt, tendiert immer dazu, jene Bedingungen zu reproduzieren, aus denen heraus sie entstand.¹ Und so werden die deshalb dann häufig misslingenden Selbstregulierungen im aktuellen Beziehungsverhältnis von den so Agierenden lediglich als nur eine weitere Bekräftigung ihres (Beziehungs-)Musters verarbeitet.

Zum Verhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen in der Produktion des Sozialen

Ich schlage also vor, „das Soziale“ als Produkt eines Arbeitsprozesses zu betrachten, in dem entsprechende Beziehungsarbeitsvermögen dadurch zur Realisierung kommen, dass sie sich entsprechender „Produktionsmittel“ des Sozialen bedienen, wie z.B. Rituale, Normen, Institutionen etc., die historisch aus ihrer lebendigen Arbeit bereits hervorgegangen sind. Im Produktionsprozess des Sozialen wirken also lebendiges Beziehungsarbeitsvermögen und die aus ihm bereits hervorgegangene tote Arbeit solcher „mehr oder weniger institutionalisierte(r) *Beziehungen* gegenseitigen Kennens und Anerkennens“ (Bourdieu 1983: 190 f.) in einem je eigenen Verhältnis als soziale Produktivkräfte zusammen. Dies gilt für die ‚privaten‘ Beziehungsverhältnisse ebenso wie für die professionellen.

Relevant werden können die historisch bereits konstituierten Aspekte der Sozialstruktur allerdings nicht nur als (Produktions-)Mittel, sondern auch als Bedingung im Sinne spezifischer Produktionsverhältnisse des Sozialen. So bedeutet es z.B. einen gravierenden Unterschied für das, was sich an Sozialem entfalten kann,

- ▷ ob eine Frau ihre eigenen Kinder betreut;
- ▷ ob sie nachbarschaftlich verbunden oder ehrenamtlich die Kinder anderer betreut;
- ▷ ob sie dies auf der Grundlage von Hartz IV im Rahmen eines 1-Euro-Jobs
- ▷ oder einer Festeinstellung als Sozialassistentin, Erzieherin, Sozial- oder Diplompädagogin tut; und
- ▷ ob sie dann bei einer staatlichen Behörde oder bei einem Verein beschäftigt ist, der von den Eltern der Kinder selbst getragen wird.

Solch höchst unterschiedliche Bedingungen, unter denen Menschen jeweils ihre sozialen (Beziehungs-)Verhältnisse produzieren, sind in entscheidendem Maße durch gesellschaftliche Produktionsverhältnisse vorbestimmt. Besonders in der Art und Weise, in der sie die Verfügbarkeit auch solcher Produktionsmittel regeln, wie z.B. Sozialkompetenzen und soziale Organisationsstrukturen, üben sie entscheidenden Einfluss darauf aus, was sich in ihrem Rahmen sozial entfalten kann. Von daher ist das Verhältnis zwischen der Herausbildung entsprechender Beziehungsarbeitsvermögen und dem, wie das Soziale unter jeweils spezifischen Produktionsverhältnissen gesellschaftlich produziert wird, nicht allein ein dialektisches (s.o.), sondern zugleich auch ein hierarchisches.

Damit einher geht eine soziokulturell höchst unterschiedliche Verteilung des Beziehungsarbeitsvermögens². Dies betrifft allerdings nun nicht nur die im Rahmen der Theorie des Sozialkapitals eventuell (z.B. bei Bourdieu 1983) mit gesehene Quantität der als tote Arbeit zur Verfügung stehenden Beziehungsmuster. Berührt davon wird auch der Anteil lebendiger Arbeit mimetischen Vermögens. Und darüber vermittelt geht es fernerhin um die Verteilung der Fähigkeit, angemessen mit jenem in der Beziehungsarbeit ständig arbeitenden Widerspruch umgehen zu können „zwischen lebendig sein und der Unmöglichkeit, auf tote Arbeit verzichten zu können“ (Negt/Kluge 1981: 893).

Was sich jedoch im Zusammenwirken lebendiger Beziehungsarbeitsvermögen mit jenen sozialen Produktionsmitteln in Gestalt „mehr oder weniger institutionalisierte(r) *Beziehungen* gegenseitigen Kennens und Anerkennens“ (Bourdieu 1983: 190 f.) jeweils situativ an Sozialem entfaltet, ist allerdings nicht einfach eine bloße Funktion entsprechender Produktionsverhältnisse. Vielmehr können solche sozialen Produktionsprozesse im Einzelfall sogar in Gegensatz zu jenen Verhältnissen treten. Und umgekehrt darf auch nicht einfach eine unproblematische Art der Aktualisierung der Beziehungsarbeitsvermögen in entsprechend seinen Prinzipien strukturierten Praxisformen des Sozialen unterstellt werden, wie dies in Bourdieus Habitus-Konzept zumindest implizit anklingt.

So ist die Ausbildung kollektiver, gesellschaftlicher Fähigkeiten in der Entwicklung der Produktivkräfte einer hochindustrialisierten Gesellschaft zwar angelegt. Da der gesellschaftliche Zusammenhang sich aber über die Realisierung von Privatarbeiten unter Bedingungen des Privateigentums an Produktionsmitteln konstituiert, werden sie im Herrschaftsinteresse auf privatistischem Niveau gehalten. Wie ich schon zu erläutern versucht habe, wird dies auch im Begriff von sozialem Kapital zumindest in mystifizierter Form zum Ausdruck gebracht.

Auch in den Produktionsverhältnissen, unter denen professionelle Soziale Arbeit geleistet wird, schlägt sich dies in spezifischer Art und Weise nieder, sind diese doch ganz zentral durch die Struktur bürgerlichen Rechts geprägt. Demnach sind auch sozialstaatliche Verbürgungen – wie Habermas (vgl. 1981: 531) ver-

deutlich hat – „als individuelle Rechtsansprüche für genau spezifizierte Tatbestände zu formulieren“. Durch diesen bürokratischen Vollzug der Ansprüche und den Zwang zur administrativen Umdefinition von Alltagssituationen tragen solche Verbürgungen, wie er hervorhebt, zugleich den Charakter von Eingriffen.

Recht gut verdeutlichen lässt sich dies z.B. am § 36 (2) des KJHG. Dort wird geregelt, dass der „zusammen mit dem Personensorgeberechtigten und dem Kind oder dem Jugendlichen“ aufzustellende Hilfeplan „Feststellungen über den Bedarf, die zu gewährende Art der Hilfe sowie die notwendigen Leistungen“ zu enthalten hat. Probleme und Interessen von Heranwachsenden sind dabei so umzudefinieren, dass sie in dem rechtlichen Rahmen des KJHG passen und den administrativen Vollzügen der Jugendhilfe entsprechen. Nancy Fraser (1994) hat eine solche, wie sie es nennt „Politik der Bedürfnisinterpretation“ als Teil „sozialpolitischer Normalitätsproduktion“ analysiert. Dabei werden, wie sie eindrucksvoll zeigt, das gesellschaftliche Zusammenleben betreffende, im Grunde politische Fragen in juristische, administrative, sozialpädagogische und therapeutische Probleme umdefiniert.

Mit der Ausgrenzung in die Privatheit sowohl im Bereich der Familie, als auch im Bereich professioneller Sozialer Arbeit, werden aber die dort als Produktionsmittel zur Reproduktion der Gattung im allgemeinen und der Ware Arbeitskraft im besonderen zur Geltung kommenden (Beziehungs-)Arbeitsvermögen von ihren Verwirklichungsbedingungen getrennt. Denn als befriedigendes Vermögen und vollständiger Prozess kann sich der historisch vor allem in der weiblichen Arbeitskraft akkumulierte Beziehungsreichtum nur selbstreguliert verwirklichen, wenn er das Ganze der Gesellschaft in einer neuen Form von Öffentlichkeit ergreift.

Ogleich die kapitalistisch-industrielle Produktion mit ihren Verwertungszwängen auf diese Weise einer systematischen Entfaltung jener Vermögen zuwider läuft, ist sie doch auf deren Wirken im Arbeitsprozess angewiesen. Allerdings sind diese Vermögen in den instrumentellen Qualifikationen – auch denen der professionellen Sozialen Arbeit – weitgehend durch den schematischen Blick der Mittel-Zweck-Perspektive verdeckt. Die Mehrzahl der in der Arbeitskraft als tote Arbeit habituierten Produktionsinstrumente können – vom Verwertungsprozess ergriffen – durchaus eine Abstrahierung erfahren. Demgegenüber setzt sich die lebendige Arbeit vor allem aus solchen nicht akkumulierbaren Eigenschaften wie Spontaneität und Sensibilität sowie kooperativen und mimetischen Vermögen zusammen. Produziert werden kann dieses Vermögen lebendiger Arbeit aber nicht im kapitalistischen Produktionsprozess selbst, sondern nur aus der Unmittelbarkeit von Beziehungsverhältnissen.

Konzeptionelle Konsequenzen

Professionelle Soziale Arbeit muss daher mit einem ständig in ihr arbeitenden Widerspruch umgehen: zwischen einerseits nicht nur lebendig sein zu wollen, sondern es im Grunde auch zu müssen, und der Unmöglichkeit andererseits, auf tote Arbeit verzichten zu können (zu der als Produktionsmittel ja spezifische Methoden ebenso gehören, wie der kompetente Umgang mit gesetzlichen und administrativen Grundlagen). Konzeptionell gesehen kann Soziale Arbeit in diesem Zusammenhang nichts anderes bedeuten als eine Stärkung jener „eigentätigen Kräfte, die die Gravitation zwischen toter Arbeit und lebendigen Arbeiten immer dann ausmachen, wenn der Zusammenhang lebendiger Arbeit zu sich selbst findet, den Ausschlag gibt“ (Negt/Kluge 1981: 69).

Zugleich ist professionelle Soziale Arbeit auch in den Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen eingespannt. Sie kann sich dabei nicht allein auf die Entwicklung der Produktivkräfte des Sozialen konzentrieren, sondern muss – damit der Zusammenhang lebendiger Arbeit zu sich selber findet – auch auf eine entsprechende Veränderung der Produktionsverhältnisse hinzuwirken versuchen. Der innerhalb von www.links-netz.de entwickelte und diskutierte Vorschlag einer „Sozialpolitik“ – ich würde es bevorzugen, lieber von „Sozialstaatlichkeit“ zu reden – „als Infrastruktur“ geht in diese Richtung.

Für die Professionellen in der Soziale Arbeit wäre in diesem Zusammenhang ein weiteres Ziel, dass ihre Verantwortlichkeit gegenüber den Trägern ersetzt wird durch eine Verantwortlichkeit gegenüber den AdressatInnen. Bis heute beherzigen die „Organizer“ in der Tradition von Saul Alinsky dies in der Art und Weise, wie sie sich finanzieren lassen. Für Professionelle, welche bei nach wie vor sozialbürokratisch orientierten Trägern beschäftigt sind, könnte diesbezüglich ein erster Schritt sein, dass sie im Aufgreifen der Tradition runder Tische ein gemeinsames Gremium zwischen einer Vertretung der Selbstorganisation der AdressatInnen und den TrägervertreterInnen anregen. Diesem käme die Funktion einer Plattform zu, auf der Probleme und Konflikte umfassend thematisiert werden können in dem Sinne, dass die Perspektiven aller an dem Problem Beteiligten (und das ist nicht selten auch die Institution selbst bzw. Teile von ihr) wechselseitig verständlich werden und nicht pharisäerhaft einseitige Problem- und Schuldzuschreibungen erfolgen.

Ein weiterer Schritt in diese Richtung könnte die Einrichtung kommunaler Ressourcenfonds sein, für die wir in der Widersprüche-Redaktion im Rahmen der Programmatik einer „Politik des Sozialen“ schon öfters plädiert haben. Dabei geht es darum, dass Initiativen, die sich um solche Gelder bewerben, selber einen Modus der Verteilung finden. Sie können damit in der Diskussion mit Konkurrenten sich nicht allein mehr darauf beschränken, ihr Interesse „gruppenegoistisch“ zu vertre-

ten. Vielmehr müssen sie sich auf ein „Gemeinwohl“ beziehen, das durch diesen Prozess politisch an Konturen gewinnt. So geht es bei dieser Idee nicht nur um eine Veränderung der Produktionsverhältnisse Sozialer Arbeit. Impliziert ist damit auch eine analoge Entwicklung der Produktivkräfte des Sozialen.

All diesen Vorschlägen ist gemein, dass sie zugleich darauf zielen, in der professionellen Sozialen Arbeit davon wegzukommen, in unangemessener Art und Weise Hilfsbedürftigkeit³ zu beobachten, besonders wenn sich diese auf sog. direkte und indirekte negative Folgeeffekte von Exklusionsgefährdungen bezieht. Dies allein schon deshalb, weil es deutliche Hinweise darauf gibt, dass Menschen ihre Lebensinteressen zunehmend in sozialen Verbindungen organisieren, die deutlich jenseits der instituierten Strukturen ablaufen. In der französischen Debatte einer sozialwissenschaftlich-kritischen Institutionenanalyse ist dies mit dem Begriff der „Transversalität“ zu fassen versucht worden (vgl. dazu ausführlich Kunstreich 1997: 15 ff.). Solche transversalen Kommunikations- und Kooperationsgeflechte liegen als praktische Kritik der funktional ausdifferenzierten gesellschaftlichen Teilsysteme quer zu den herrschenden Institutionen. Sie werden deshalb nicht nur in den Untersuchungen über „Soziales Kapital“ häufig übersehen. Auch in der Tradition Luhmanns lassen sie sich nur schwerlich beobachten, geschweige denn theoretisch fassen.

So existieren sie zwar nur in den sie realisierenden Aktivitäten. Dennoch sind sie mehr als bloße Interaktionssysteme, treffen sie doch – in der Sprache Luhmanns (vgl. 1972: 51 ff.) – „Vorkehrungen für die Anschließbarkeit weiteren Handelns“ zu der das Interaktionssystem „von sich aus“ nicht in der Lage ist, da es dazu der „Strukturvorgaben einer gesellschaftlich geordneten Umwelt“ bedarf. Diese Strukturvorgaben einer gesellschaftlich geordneten Umwelt sind bei transversalen Kommunikations- und Kooperationsgeflechten aber gerade nicht die funktional ausdifferenzierten gesellschaftlichen Teilsysteme. Wird also von Seiten professioneller Sozialer Arbeit auf transversale Aktivitäten mit „Reinklusionsvermittlung“ reagiert, so gewinnt die tote Arbeit jener Kommunikationssysteme, die als funktionale Teilsysteme der Gesellschaft die Einzelnen in einer spezifischen, von ihnen anscheinend nicht gewollten Weise kommunikativ in Anspruch nehmen, die Macht über die lebendige.

Demgegenüber hat Timm Kunstreich (1998: 404 ff.) im Rahmen des von ihm entfaltenen „Arbeitsprinzips Partizipation“ dafür plädiert, die „Responsivität postfordistischer, bürokratischer Rationalisierung, deren Ausdruck die diskursive Praxis des ‚neuen Steuerungsmodells‘ ist“, mit Hilfe transversaler Strategien antihegemonial umzudefinieren. Transversalität meint dabei nicht einfach eine bloße Negation der Organisationen. Sie entfaltet sich vielmehr vermittelt der Fähigkeit, deren Ressourcen und Funktionsweisen quasi „umzuleiten“ in quer zu den herrschenden Institutionen liegende Sozialformen.

Auf den ersten Blick hin scheint es große Parallelen zu geben, zwischen diesem von Kunstreich vorgeschlagenen professionellen Handlungsmodus und dem Konzept von Empowerment. So geht es bei Letzterem doch in erster Linie darum, „gezielte sozialpolitische Strategien dafür zu entwickeln, wie in den wachsenden gesellschaftlichen Randbereichen durch gezielte professionelle Ressourcenschöpfung Möglichkeiten von selbstorganisierten Initiativen angestoßen und systematisch gefördert werden könnten“ (Keupp 1993: 380).

Wenn jedoch auch Ziel sein soll, der lebendigen Arbeit der Selbstregulierung die Chance zu geben, wieder die Überhand über die tote Arbeit verkrusteter und herrschaftsförmiger Strukturen zu gewinnen, dann langt dies nicht aus. Denn selbst wenn transversale Sozialitäten das Produkt eines auf Lebensinteressen bezogenen Produktionsprozesses des Sozialen sind, handelt es sich bei ihnen keineswegs um lebensweltliche Oasen herrschaftsfreier Kommunikation. Es muss professioneller Sozialer Arbeit deshalb zumindest auch darum gehen, im überschaubaren Umkreis eigener Erfahrungen der Betroffenen überprüfbar zu machen, worin der Befreiungsgehalt lebendiger demokratischer Selbstorganisation und eines auf Lebensinteressen bezogenen politischen Handelns besteht gegenüber der Vorherrschaft der toten Arbeit institutionalisierter Strukturen und Handlungsroutinen.

Auch handelt es sich selbst bei transversalen Produktionen des Sozialen häufig um das geschichtliche Resultat von Prozessen, die wesentliche Anteile der Geschichte abtun. Denn die auch in transversalen Sozialitäten historisch häufig nur zerstreut hergestellten, bzw. im Prozess ursprünglicher Akkumulation mehr oder weniger gewaltsam aufgetrennten und nur als entfremdete wieder zusammengefügte Lebenseigenschaften und Arbeitsvermögen werden auch dort selten in ihrer Vollständigkeit realisiert. In den Blick kommen solche nicht verwirklichten Anteile erst dann, wenn entsprechende Vermögen in der Perspektive ihrer Verwirklichung und Kooperationsfähigkeit untersucht werden. Im Unterschied zur Beobachtung von Hilfsbedürftigkeit in Bezug auf direkte und indirekte negative Folgeeffekte von Exklusionsgefährdungen verweist diese Art der Exploration zugleich auf „objektive Möglichkeiten“. Professionelle Soziale Arbeit hätte diese nicht nur zu fokussieren, sondern zugleich katalytisch – oder wie Heinz Sünker (vgl. z.B. 1989) sagen würde: maeutisch – ihrer Verwirklichung entgegenzubringen.

Im schon erwähnten gemeinsamen Aufsatz mit Timm Kunstreich „Soziale Arbeit als Bildung des Sozialen und Bildung am Sozialen“ habe ich diesbezüglich eine Matrix entwickelt (vgl. Kunstreich/May 1999: 48 f. vgl. auch May 2005 Kap. 3.5). Mit dieser habe ich nicht nur versucht, den Zusammenhang zwischen Problemerkennntnis und der Gewährwerdung eigener Interessen zu systematisieren im Bestreben, das „objektiv real Mögliche“ zu verwirklichen. Zugleich ging es mir

damit auch um eine didaktische Schrittfolge, in denen sich eine Aufklärung von Problemsituationen folgegemaÙ als Mäeutik im Sinne Sünkers realisieren lässt. Keinesfalls positiv normiert ist damit jedoch jener Prozess einer Bildung am Sozialen, in dem das innere Gemeinwesen als „objektiv real Mögliches“ im äußeren Gemeinwesen auch als Bildung des Sozialen zum Ausdruck gebracht wird. Vielmehr kann dieses Soziale nur als eine Öffentlichkeit hergestellt werden, die zwar anknüpft an konkrete Erfahrungszusammenhänge. Gerichtet ist sie jedoch auf den lebendigen, kollektiv-gesellschaftlichen Ausdruck der darin zum Großteil nur in Form toter Arbeit organisierten individuellen Bedürfnisse und Interessen. Und nur so scheint es im Rahmen professioneller Sozialer Arbeit auch möglich zu sein, zugleich individuell und gesellschaftlich in der Bewältigung sozialer Probleme voranzukommen.

Anmerkungen

- 1 Vor diesem Hintergrund gewinnt die Theorie selbstreferenzieller Systeme ihre Plausibilität
- 2 Zumindest zeigen von Bierhoff-Alfermann (1989: 79 ff.) gesichtete Untersuchungen, aus dem Bereich der Androgynieforschung, dass die Fähigkeit, in einer unstrukturierteren Interaktionssituation „sich variabel auf Interaktionspartner einzustellen“ (ebd.: 85), in bildungsorientierten Milieus sehr viel stärker als in anderen verbreitet ist.
- 3 Damit soll nicht gelehnet werden, dass es in unserer Gesellschaft durchaus auch eine Hilfsbedürftigkeit gibt, die nicht erst durch sie selbst erzeugt wird. Während diese „natürliche“ Hilfsbedürftigkeit selbstverständlich auch eine Aufgabe professioneller Unterstützung ist, gilt es die durch die Gesellschaft erst erzeugte bzw. verschärfte als menschenunwürdige durch politische Veränderungen der Produktionsverhältnisse des Sozialen zu beseitigen.

Literatur

- Bernfeld, S. 1973: Sisyphos oder die Grenzen der Erziehung, Frankfurt
- Böhnisch, L. 1999: Die sozialintegrative Dimension der Sozialpädagogik und Sozialarbeit, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der TU Dresden, Heft 3, 48 Jg., S. 40–42
- Bommes, M./Scherr, A. 2000: Soziologie der Sozialen Arbeit. Eine Einführung in Formen und Funktionen organisierter Hilfe, Weinheim/München
- Bourdieu, P. 1983: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Kreckel, R. (Hg.): Soziale Ungleichheiten, Soziale Welt Sonderband 2, Göttingen, S. 183–198
- Burt, R. 1992: Structural Holes. The Social Structure of Competition, Cambridge
- Coleman, J.S. 1991: Grundlagen der Sozialtheorie Bd. 1: Handlungen und Handlungssysteme, München
- Dreyfus, H.L./Rabinow, P. 1987: Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik. Mit einem Nachwort von und einem Interview mit Michel Foucault, Frankfurt

- Eggemann, M./Hering, S. 1999: Wegbereiterinnen der modernen Sozialarbeit, Weinheim/München
- Fatke, R./Hornstein, W. 1987: Sozialpädagogik – Entwicklungen, Tendenzen und Probleme, in: Zeitschrift für Pädagogik 33. Jg., S. 589–593
- Foucault, M. 1981: Archäologie des Wissens, Frankfurt
- Flap, H. 1988: Conflict, Loyalty, and Violence, Frankfurt
- Fraser, N. 1994: Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht, Frankfurt
- Füssenhäuser, C./Thiersch, H. 2001: Theorien der Sozialen Arbeit, in: Otto, H.-U./Thiersch, H.: Handbuch Sozialarbeit Sozialpädagogik, Neuwied/Kriftel, S. 1876–1900
- Habermas, J. 1981: Theorie des kommunikativen Handelns, 2 Bd., Frankfurt
- Hamburger, F. 1995: Zeitdiagnose zur Theoriediskussion, in: Thiersch, H./Grunwald, K. (Hg.): Zeitdiagnose Soziale Arbeit, Weinheim, S. 11–25
- Hamburger, F. 1997: Sozialpädagogik, in: Bernhard, A./Rothermel, L. (Hg.): Handbuch Kritische Pädagogik, Weinheim: 245–256
- Haug, S. 2000: Soziales Kapital und Kettenmigration. Italienische Migranten in Deutschland, Opladen
- Hillebrandt, F. 2002: Hilfe als Funktionssystem für Soziale Arbeit, in: Thole, W. (Hg.): Grundriss Soziale Arbeit, Opladen, S. 215–227
- Keupp, H. 1993: Die (Wieder-)Gewinnung von Handlungskompetenz: Empowerment in der psychosozialen Praxis, in: Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis 3
- Kronen, H. 1980: Sozialpädagogik. Geschichte und Bedeutung des Begriffs, Frankfurt
- Kunstreich, T. 1997: Grundkurs Soziale Arbeit. Sieben Blicke auf Geschichte und Gegenwart Sozialer Arbeit Bd. I., Hamburg
- Kunstreich, T. 1998: Grundkurs Soziale Arbeit. Sieben Blicke auf Geschichte und Gegenwart Sozialer Arbeit Bd. II., Hamburg
- Kunstreich, T./May, M. 1999: Soziale Arbeit als Bildung des Sozialen und Bildung am Sozialen, in: Widersprüche 73, S. 35–52
- Luhmann, N. 1972: Einfache Sozialsysteme, in: Zeitschrift für Soziologie 72/1, S. 51–65
- May, M. 1997: Perspektiven einer ProduzentInnensozialpolitik, in: Widersprüche 66, S. 231–244
- May, M. 2004: Selbstregulierung. Eine neue Theorie der Sozialisation. Gießen
- May, M. 2004a: Versuch einer Entmystifizierung Sozialen Kapitals – Zur unterschiedlichen begrifflichen Fassung sozialen Kapitals. In: Kessl, F./Otto, H.-U. (Hg.): Soziale Arbeit und Soziales Kapital – Zur Kritik lokaler Gemeinschaftlichkeit. Wiesbaden
- May, M. 2005: Wie in der Sozialen Arbeit etwas zum Problem wird: Versuch einer pädagogisch gehaltvollen Theorie sozialer Probleme. Münster
- Marx, K. 1974: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin
- Marx, K.: Ökonomisch-philosophische Manuskripte, MEW Bd. 40
- Natorp, P. 1974: Sozialpädagogik. Eine Theorie der Willensbildung auf Grundlage der Gemeinschaft, Paderborn
- Negt, O./Kluge, A. 1981: Geschichte und Eigensinn, Frankfurt
- Niemeyer, Ch. 1998: Klassiker der Sozialpädagogik. Einführung in die Theoriegeschichte einer Wissenschaft, Weinheim/München
- Niemeyer, Ch. 2002: Sozialpädagogik, Sozialarbeit, Soziale Arbeit – „klassische“ Aspekte der Theoriegeschichte, in: Thole, W. (Hg.): Grundriss Soziale Arbeit, Opladen, S. 123–138

- Portes, A./Landolt, P. 1996: The Downside of Social Capital, in : The American Prospect 94, S. 18–21
- Putnam, R.D. 1993: Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy, Princeton
- Putnam, R.D. 1995: Tuning In, Tuning Out: the Strange Disappearance of Social Capital in America, in: Political Science and Politics XXVIII, 4, S. 664–683
- Rauschenbach, Th./Thiersch, H. 1984: Sozialpädagogik/Sozialarbeit: Theorie und Entwicklung, in: Eyferth, H./Otto, H.-U./Thiersch, H. (Hg.): Handbuch zur Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Neuwied, S. 984–1016
- Rauschenbach, Th./Züchner, I. 2002a: Theorie der Sozialen Arbeit, in: Thole, W. (Hg.): Grundriss Soziale Arbeit, Opladen, S. 139–160
- Rauschenbach, Th./Züchner, I. 2002b: Sozialarbeit/Sozialpädagogik, in: DV: Fachlexikon der sozialen Arbeit, Frankfurt, S. 842–846
- Scherr, A. 2000: Was nützt die soziologische Systemtheorie für eine Theorie der Sozialen Arbeit, in: Widersprüche Heft 77, S. 63–80
- Sünker, H. 1989: Bildung, Alltag und Subjektivität. Elemente zu einer Theorie der Sozialpädagogik. Studien zur Philosophie und Theorie der Bildung, Weinheim
- Thiersch, H. 1994: Sozialpädagogik und Erziehungswissenschaft. Reminiszenzen zu einer hoffentlich bald überflüssigen Diskussion, in: Krüger, H.-H./Rauschenbach, Th. (Hg.): Erziehungswissenschaft. Die Disziplin am Beginn einer neuen Epoche, Weinheim/München, S. 131–146
- Thole, W./Galuske, M./Gängler, H. 1998: KlassikerInnen der Sozialen Arbeit, Neuwied/Kriftel
- Thole, W. 2002: Soziale Arbeit als Profession und Disziplin. Das sozialpädagogische Projekt in Praxis, Theorie, Forschung und Ausbildung – Versuch einer Standortbestimmung, in: ders. (Hg.): Grundriss Soziale Arbeit, Opladen, S. 13–62
- Winkler, M. 1988: Eine Theorie der Sozialpädagogik, Stuttgart
- Winkler, M. 1994: Theorie der Sozialpädagogik, in: Stimmer, F. (Hg.): Lexikon der Sozialpädagogik und Sozialarbeit, Wien, S. 525–531
- Winkler, M. 1996: Theorie der Sozialpädagogik, in: Kreft, D./Milenz, I. (Hg.): Wörterbuch Soziale Arbeit, Weinheim, S. 525–531

*Prof. Dr. phil. Michael May, FH Wiesbaden, Fachbereich Sozialwesen,
Kurt-Schumacher-Ring 18, 65197 Wiesbaden
E-mail: may@sozialwesen.fh-wiesbaden.de*

Jan Kruse

Reflektierte Subjektivität als Programm einer professionellen Kultur Sozialer Arbeit

In dem Beitrag wird die These begründet, dass „reflektierte Subjektivität“ ein sowohl missachteter als auch missbrauchter Aspekt in den gegenwärtigen Wandlungsprozessen professioneller Sozialer Arbeit darstellt. Zwar stellt Subjektivität und deren Reflexion in den Methoden Sozialer Arbeit schon immer einen grundlegenden Bestandteil dar (Supervision, etc.) und ist obendrein auch keine unbekannte Größe in den gängigen Professionalisierungstheorien. Aber das Konzept der reflektierten Subjektivität ist im Zusammenhang der Dimensionen von subjektivierendem Arbeitshandeln und implizitem Wissen noch immer nicht in den sozialarbeiterischen Handlungstheorien systematisch konzeptionalisiert worden. Zudem wird reflektierte Subjektivität in den aktuellen Objektivierungsparadigmen des „New Professionalism“ konterkariert, in dem diese Paradigmen im Rahmen der Ökonomisierung des Sozialen den Prozess eines intendierten Selbstzwangs zur technologischen Selbstobjektivierung fordern. Insofern gilt es, das Konzept der reflektierten Subjektivität gerade auf diesen beiden Ebenen neu zu reflektieren und als ein zentrales Programm einer professionellen Kultur Sozialer Arbeit zu formulieren.

1 Professionalisierung Sozialer Arbeit: eine unendliche Geschichte

Im Oktober des vergangenen Jahres fand in Bielefeld eine große internationale Tagung statt mit dem Thema: „New Professionalism in Social Work. Soziale Arbeit zwischen Deprofessionalisierung und Neuer Fachlichkeit“. Im Verlauf der Tagung zeigte sich allerdings, dass sich in den Diskussionen über die „New Professionalism“ die so altbekannten und ungelösten Fragen der „Old Professionalism“ hinterrücks in den Vordergrund drängten: Die Professionalisierung Sozialer Arbeit scheint eine „never ending story“ zu sein (vgl. Kruse 2004a, 2004c), und dies wird um so deutlicher, je mehr sich Soziale Arbeit im Zuge der Öko-

nomisierung des Sozialen mit managerialen Handlungskonzeptionen auseinander setzen muss, die sich eine Optimierung und Effektivierung sozialer Dienstleistungen auf die Fahnen geschrieben haben.

Vor dem Hintergrund der nicht zu leugnenden fiskalischen Krise des Sozialstaates ist eine solche Optimierungsstrategie auf der einen Seite an sich nicht verwerflich: Zu lange scheint sich die Soziale Arbeit in ihrer oftmals völlig ineffektiven und ressourcenverschlingenden „Quasselbuden-Mentalität“ (Bossong 2003: 467) in der Wohlfahrtsgesellschaft eingerichtet zu haben. Freilich tut es weh, wenn es im Moment an den Speckgürtel geht.

Auf der anderen Seite stellt die Reprogrammierung Sozialer Arbeit als counterartige „Super-Markt“-Konzeption im Rahmen der aufkommenden „what-works“-Programme auch eine Gefährdung einer sich professionell handelnd verstehenden Sozialen Arbeit dar: Denn Professionalisierung kann nicht bedeuten, die ‚ganze Sache einfach nur zu verbilligen‘ (vgl. Kruse 2004a, 2004b). Gerade in diesem Zusammenhang tritt aber ein äußerst interessantes Phänomen zu Tage: Sind die wissenschaftlichen Diskurse über Soziale Arbeit gegenüber den sich verbreitenden Managementkonzepten i.d.R. äußerst kritisch eingestellt und stufen diese eher als einen Prozess der Deprofessionalisierung ein, werden in der Praxis Sozialer Arbeit jene Konzepte häufig als *die* Strategien der eigenen Professionalisierung angesehen. Vor dem Hintergrund dieses (scheinbaren) Widerspruches gilt es umso mehr, auf einer praxeologischen Ebene eine professionelle Kultur Sozialer Arbeit zu fundieren, die sich jeweils in der einen als auch in der anderen Hinsicht ideologiekritisch versteht und eine *Gegenkultur* darstellt. Im Folgenden soll dies mit dem Konzept der „reflektierten Subjektivität“ versucht werden.

2 Das Konzept der reflektierten Subjektivität

Das Konzept der „reflektierten Subjektivität“ entlehne ich aus den methodologischen Diskursen über die Validitätskriterien rekonstruktiver Sozialforschung (vgl. Steinke 1999), die, als empirische Methode, spätestens seit Ulrich Oevermann auch eine zentrale praxeologische Bedeutung für die Soziale Arbeit gewonnen hat. Reflektierte Subjektivität meint in diesem Zusammenhang, dass es vor dem Hintergrund konstruktivistischer Erkenntnisse über empirische Forschung keine Objektivität im hergebrachten Sinne geben kann, sondern dass die Subjektivitäten der an dem Forschungsprozess Beteiligten stets eine Perspektivengebundenheit der Forschungsergebnisse konstruieren (vgl. Reichertz 2000). Dies bedeutet aber nicht, dass empirische Forschung und deren Ergebnisse per se subjektivistisch, willkürlich und zufällig sind. Allerdings nur, wenn die subjektiven Dimensionen innerhalb des Forschungsprozesses selbst reflektiert und erforscht werden. In einer sich in dieser Hinsicht reflexiv verstehenden empiri-

schen Sozialforschung gilt dann nicht *Objektivität* als zentrales Gütekriterium, sondern *reflektierte Subjektivität* und *Selbstreflexivität*.

Das Konzept der reflektierten Subjektivität kann auf die Belange Sozialer Arbeit nun direkt übertragen werden: Soziale Arbeit – als eine „Arbeit an der Mensch-Mensch-Schnittstelle“ (Kruse 2004a) – ist auf der praxeologischen Ebene stets gezwungen, sich mit den Subjektivitäten und doppelten Kontingenzen (Luhmann) der am Interaktionsprozess Beteiligten auseinander zu setzen. Reflektierte Subjektivität wird für die Agenten Sozialer Dienstleistungen somit zu einem reflexiven Programm, auf unterschiedlichen Ebenen und in verschiedenen Dimensionen die konstruktiven Anteile der jeweiligen Interaktions- und Handlungskontexte zu reflektieren. Diese konstruktiven Anteile umfassen sowohl präsuppositionale Voraussetzungen (persönliche, soziale und kulturelle) der Interaktanten, als auch Intuition, Spontaneität und implizites Wissen (vgl. Neuweg 1999, Kruse 2004c, Schweikart 2003) der Handlungsträger sowie ‚objektive‘ Faktoren der Handlungssituation und des Handlungsablaufes.

An dieser Stelle kann aber nun der berechtigte Einwand angeführt werden, was das Konzept der reflektierten Subjektivität für die Formulierung einer professionellen Kultur Sozialer Arbeit an Innovation mit sich bringt. Ist gerade die Reflexion von Subjektivität nicht seit je her ein zentraler Bestandteil der sozialarbeiterischen Handlungspraxis? Kennen nicht alle in der Sozialen Arbeit bereits aus dem Studium das so oft karikierte berufliche Mantra „Und wie geht es dir damit?“ oder „Was macht das mit dir?“. Eine solche ‚reflektierte Subjektivität‘ bedeutet allerdings mehr eine *selbstbezügliche Reflexivität* und weniger eine *validitätsorientierte reflektierte Subjektivität*, die systematisch dazu genutzt wird, um Handlungskontexte zu validieren. Dennoch stellt die reflektierte Subjektivität in den meisten Methoden sozialarbeiterischen Handelns eine zentrale Prozessvariable dar, die über Supervision, Fall- und Teambesprechungen operationalisiert wird – zumindest in Hinblick auf die konzeptionellen Ansprüche, denn der berufliche Alltag gestaltet sich i.d.R. anders: Im Zuge der alltäglichen Fallstricke und Unübersichtlichkeiten von Praxis kann hier sogar die oftmals gegenläufige Entwicklung von Anspruch und Wirklichkeit reflektierter Subjektivität festgestellt werden (vgl. Blinkert 1976). Hinzu kommt nun auch noch vor dem Hintergrund der gegenwärtig mainstreamartigen Verwissenschaftlichung und Objektivierung der Handlungspraxis Sozialer Arbeit eine zunehmende Missachtung reflektierter Subjektivität, womit es schließlich nicht verwunderlich wird, dass es in den aktuellen Handlungs- und Professionalisierungstheorien Sozialer Arbeit noch immer keine systematische Einarbeitung des Konzepts der reflektierten Subjektivität gibt vor allem in Hinblick auf die Dimensionen von subjektivierendem Arbeitshandeln, Intuition und implizitem Wissen (vgl. Kruse 2004c, Schweikart 2003).

3 Professionalisierung durch Objektivierung? Zur *Missachtung* reflektierter Subjektivität

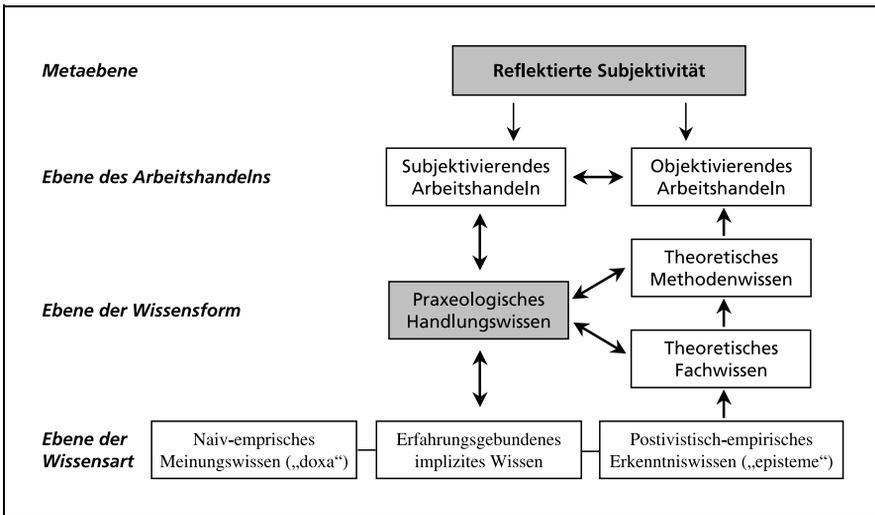
Die Soziale Arbeit befindet sich gegenwärtig in einem Prozess der Entfernung vom Subjekt (vgl. Kruse 2003). Im Vergessen der subjektivierenden Potentiale, die aus den Grundzusammenhängen des Arbeitshandelns resultieren, soll Soziale Arbeit mit wissenschaftszentrierten Praktiken der Objektivierung kontrollierbar, messbar und teilbar gemacht werden. Diese aktuelle Tendenz lässt sich mit unterschiedlichen Schlagwörtern verdeutlichen: Standardisierung, Formalisierung, Controlling, Qualitätsmanagement, Qualitätssicherung, etc. Hinter dieser programmatischen Semantik steckt der Glaube, dass die Prozesse der Objektivierung und Verwissenschaftlichung *an und für sich* mit Professionalisierung koinzidieren. Zwar hängen Wissensbasierung und Professionalisierung empirisch zusammen, doch werden die Professionsdiskurse i.d.R. vom Primat des objektivierenden Paradigma normativ beherrscht. Die Folge ist eine einseitige Konzeptualisierung der Wissensbasierung praktischer Handlungsvollzüge, welche die subjektivierenden Wissens- und Handlungspotentiale ausblendet (vgl. Kruse 2004a, 2004c). Es ist kurios, dass sich die Professionalisierungsdiskurse Sozialer Arbeit bewusst nicht auf eine solche Wissensbasierung einlassen. Dies kann einerseits als ein historisches Erbe verstanden werden, da die Soziale Arbeit seit Beginn ihrer gesellschaftlichen Etablierung auf eine objektivierend-wissenschaftliche Fundierung gesetzt hat. Andererseits sind an sich die Konzepte zum impliziten Wissen ‚wissenschaftlich‘ immer noch umstritten, was allerdings in der Natur der Sache liegt. Michael Polanyi (1985) hat jedoch die Bedeutsamkeit des impliziten Wissens, das stets erfahrungsgebunden ist, gerade für praktische Handlungsvollzüge schon in den 1980er Jahren herausgearbeitet. Und in der Industriesoziologie ist seit der Studie von Böhle und Milkau (1988) dieser Wissenstypus auch grundsätzlich anerkannt. Seltsamerweise wird aber allgemein in der personenbezogenen Arbeit kaum auf diese Konzepte Bezug genommen, und speziell in der Sozialen Arbeit praktisch überhaupt nicht (als Ausnahmen Büsing et al. 1999, Schweikart 2003). Subjektivierendes Arbeitshandeln und implizites Wissen sind jedoch Merkmale fachlichen Handelns, was die Expertiseforschung im Übrigen schon vor langer Zeit gezeigt hat. Diese Handlungspotentiale wurden jedoch lange nicht nur nicht wahrgenommen bzw. anerkannt, sondern im Rahmen tayloristischer Organisationsprinzipien sogar als Störfaktoren zu eliminieren versucht (vgl. Moldaschl 2001, Kocyba 2000), was im Übrigen zeigt, dass sie auch damals schon wahrgenommen wurden. Der Grund hierfür liegt an dem vorherrschenden Paradigma der neuzeitlich-naturwissenschaftlichen Betrachtungsweise: Der idiosynkratische Charakter von Arbeit wird in dem objektivierenden Paradigma entweder ausgeblendet oder nicht als bedeutsam erachtet – mit der Folge, dass das menschliche Arbeitsvermögen einseitig konzeptualisiert

und positivistisch verkürzt wird (vgl. Böhle 1992). Insbesondere den industriell- und arbeitssoziologischen Arbeiten zum subjektivierenden Arbeitshandeln von Böhle ist es zu verdanken, dass dieser Umstand problematisiert wurde.

Die zentralen Merkmale dieses subjektivierenden Arbeitshandeln umfassen dabei die komplexe sinnliche Wahrnehmung sowie die ganzheitliche, dialogische Interaktionsform mit der Umwelt, der keine herkömmliche Subjekt-Objekt-Dichotomisierung zugrunde liegt und die an Erfahrung und somit implizites Wissen gebunden ist. Dadurch wird die Handlungsform phänomenologisch und idiosynkratisch, ist schwer verbalisierbar und objektivierbar und wird mit begrifflichen Latenzen wie Intuition, Gefühl und Gespür umschrieben. Durch die Kontingenzen menschlicher Interaktion impliziert sie darüber hinaus auch Spontaneität, Kreativität und Improvisationsvermögen (vgl. Kruse 2004a, 2004c). Böhle (2001) sieht das Konzept des subjektivierenden Arbeitshandeln jedoch nicht in Konkurrenz zum objektivierenden Arbeitshandeln. Beide Arbeitsweisen sind komplementär zu verstehen, da sie unterschiedliches leisten, und können somit fruchtbar verknüpft werden. Das subjektivierende Arbeitshandeln kann zudem auf einer praxeologischen Ebene als eine Korrespondenz zum impliziten Wissen begriffen werden, wodurch anhand dieser beiden Aspekte eine nicht positivistisch verkürzte, wissenssoziologische Handlungstheorie Sozialer Arbeit formuliert werden kann (vgl. Kruse 2004c):

Das implizite Wissen – „tacit knowledge“ (Polanyi 1985) – stellt in zweierlei Hinsicht eine dritte Wissensart bzw. -form dar: Erstens unterscheidet es sich als Wissensart vom naiv-empiristischen Meinungswissen (griechisch: doxa) und dem positivistisch-empiristischen Erkenntniswissen (griechisch: episteme). Aufgrund seiner Erfahrungsbasiertheit ist es eine empirische Wissensart, die jedoch aufgrund ihrer „situationsflexiblen Antizipationscharakteristik“ (Büssing et al. 1999) epistemologisch andere Grundstrukturen aufweist. Zweitens unterscheidet sich das implizite Wissen als Wissensform von dem theoretischen Fachwissen (Theoriewissen) und von dem theoretischen Praxiswissen (Methodenwissen). Als handlungsfeldbezogenes Erfahrungswissen markiert es für das fachliche Arbeitshandeln eine dritte Wissensform, die als praxeologisches Handlungswissen bezeichnet werden kann. Dieses Wissen ist ein vorreflexives Wissen zweiter Ordnung, das situative Rekontextualisierungs- und Transferaufgaben leistet. Da das praxeologische Handlungswissen es vermag, das erworbene theoretische Fach- und Methodenwissen an spezifische Handlungssituationen zu adaptieren und in konkrete Handlungen zu übersetzen, stellt es eine situative Syntheseleistung auf einer idiosynkratischen Ebene dar und basiert auf dem erfahrungsgeleiteten impliziten Wissen. Als praktisches Resultat ist das implizite Wissen eine empirische Wissensform, das theoretische Fach- und Methodenwissen in Aktion zu bringen vermag. Subjektivierendes Arbeitshandeln stellt somit auch ein implizites Wissen in Aktion dar (vgl. Degele 2000).

Dieses ganzheitliche wissenssoziologische Modell muss allerdings um das Konzept der reflektierten Subjektivität ergänzt werden:



Reflektierte Subjektivität hat auf einer *Metaebene* in Bezug auf die drei Ebenen des Arbeitshandelns, der Wissensformen und der Wissensarten jeweils eine *Validierungsfunktion*: Reflektierte Subjektivität validiert als ein hintergründig ablaufendes reflexives Programm die kontextuellen Aktions- und Mischformen der Handlungsweisen, Wissensformen und Wissensarten und kontrolliert somit alle konstruktiven Anteile des gesamten Handlungskontextes: subjektive wie ‚objektive‘. Aufgrund der Komplexität dieser Aufgabe kann das Konzept der reflektierten Subjektivität jedoch nur als eine heuristische Taxonomie in Hinsicht auf die Prozessvariablen des Handlungskontextes verstanden werden. Reflektierte Subjektivität ist kein exogenes Programm im Sinne eines Bewusstseins außerhalb des Bewusstseins, das von außen evaluativ die Handlungspraxis betrachtet. Reflektierte Subjektivität kann stets nur den Versuch einer Selbsttranszendierung bedeuten.

Das Konzept der reflektierten Subjektivität stellt in diesem Zusammenhang nun eine innerhalb der positivistischen Objektivierungsversuche sozialarbeiterischer Handlungspraxis ausgeblendete bzw. sogar missachtete Größe dar: Da die Objektivierungsparadigma eine subjektivierende Wissensbasierung von Handlungsvollzügen und -kontexten weitgehend ignorieren (was ihnen die Formulierung streng analytischer, linearkausaler und eindimensionaler Prozessmodelle von Handlungsvollzügen ermöglicht), missachteten sie auch die Notwendigkeit einer reflektierten Subjektivität, welche das komplexe Zusammenspiel aller konstruktiven Anteile von Handlungsprozessen in den Blick zu nehmen versucht.

Reflektierte Subjektivität ist aber vor diesem Hintergrund nicht alleine eine *missachtete*, sondern wie wir im Folgenden sehen werden gleichzeitig auch eine *missbrauchte* Größe.

4 Professionalisierung durch selbst-objektivierende Disziplinierung? Zum *Missbrauch* von reflektierter Subjektivität

Der weitgehenden Missachtung der (zu objektivierenden Handlungsweisen komplementären) Bedeutung subjektivierender Potentiale fachlichen und professionellen Handelns in den gegenwärtigen objektivistischen Professionalisierungsstrategien Sozialer Arbeit und somit der *Missachtung* reflektierter Subjektivität als reflexive Instanz, die die konstruktiven Anteile von Handlungsvollzügen und Handlungskontexten vollständig erfasst und evaluiert, steht ein gleichzeitiger *Missbrauch* reflektierter Subjektivität gegenüber, und zwar in Hinblick auf ganz andere Subjektivierungsprozesse, die sich in den Praktiken der sich aktuell wandelnden Sozialen Arbeit durchsetzen. Denn reflektierte Subjektivität wird in den aktuellen Objektivierungsparadigmen des „New Professionalism“ konterkariert, in dem diese Paradigmen im Rahmen der Ökonomisierung des Sozialen den Prozess eines intendierten Selbstzwangs zur technologischen Selbstobjektivierung fordern. Reflektierte Subjektivität wird im Rahmen dieser Entwicklungsprozesse sowohl *simuliert*, als auch dahingehend *diszipliniert*, dass sie sich als ideologiekritischer Reflexionsmodus selbst *eliminiert*:

In Anlehnung an die französischen Philosophen Foucault und Baudrillard – der erste erfreut sich in Deutschland seit einigen Jahren immer größerer Beliebtheit, der zweite scheint außerhalb kultursoziologischer Diskurse immer noch gänzlich unbekannt – lässt sich das aktuelle Projekt der ‚Professionalisierung‘ Sozialer Arbeit als ein Projekt der *disziplinierenden Simulation* reflektieren. Zur Erläuterung dieser These müssen zwei grundlegende Theoreme in den theoretischen Werken von Baudrillard und Foucault zusammengeführt werden, was sich, wie sich hoffentlich zeigen wird, gerade zu anbietet (vgl. Kruse 2004d).

Das von Baudrillard konzipierte *Simulationsmodell* (exemplarisch Baudrillard 1982) wird bis dato wenig rezipiert (vgl. Blask 2002), obwohl er bereits Mitte der 1970er-Jahre plausibel zeigen konnte, dass sich moderne bzw. postmoderne Gesellschaften auf allen Ebenen durch erhebliche „*Simulakren*“ auszeichnen, das heißt übersetzt: durch ‚tun-wir-einfach-so-als-ob‘-Modelle. Dies hat er an seinem Beispiel des „Endes der Produktion“ (a.a.O.) – man beachte: 20 Jahre vor den deutschen Diskursen über das Ende der Arbeit und den Beginn der Tätigkeitsgesellschaft – veranschaulicht: Obwohl die ökonomische Notwendigkeit zu

arbeiten noch nie in der Geschichte der Menschheit so gering gewesen ist wie gewärtig in den postindustrialisierten Gesellschaften, richten diese ihre gesamte semantische Struktur nach dem Prinzip der Arbeit aus (vgl. Kruse 2004d), und dies zeigen die aktuellen tagespolitischen Diskurse in dramatischer Weise: Wir tun einfach so, als müssten wir arbeiten. Und wir tun einfach so, als wäre dies, was wir noch tun, einfach Arbeit. Denn ansonsten würde das soziale Kohäsionsprinzip unserer Arbeitsgesellschaft ja einfach in sich zusammenbrechen. Postmoderne Arbeitsgesellschaften erhalten sich also dadurch am Leben, dass sie die symbolische Repräsentation von Arbeit totalisieren, obwohl derer die objektive Entsprechung abhanden gekommen ist. Baudrillard arbeitet noch andere zahlreiche Simulakren heraus, die auf allen Ebenen und in allen Dimensionen der Gesellschaft wirksam sind. Insofern sind die Ausführungen von Baudrillard noch immer hoch aktuell zu lesen.

Auch in der Sozialen Arbeit lassen sich gegenwärtig nun solche Simulationsprinzipien à la Baudrillard wieder finden:

Erstens wird Soziale Arbeit als marktwirtschaftlicher Agens simuliert – wir tun einfach so, als ließe sich Soziale Arbeit marktwirtschaftlich abhandeln, das heißt es wird in der Sozialen Praxis eben bloß so getan:

1. als ob sich eindeutige Potentialanalysen formulieren ließen, obwohl die Ambivalenzen und Vieldeutigkeiten der Lebenslagen weiterhin gesehen wird,
2. als ob klare Zielgruppendefinitionen aufgestellt werden könnten, trotz der multivariaten und multidimensionalen Problemlagen der Hilfesuchenden,
3. als ob sich daraufhin eindeutige Zieldefinitionen formulieren ließen, trotz der grundsätzlichen Kontingenz der interaktionellen Arbeitszusammenhänge
4. und als ob sich der anschließende Erfolg konkret und direkt messen ließe, obwohl man sich dessen bewusst ist, dass er sich weder eindeutig noch zeitnah einstellen wird.

Zweitens wird der Adressat Sozialer Arbeit einem umfangreichen Simulationsprogramm unterzogen: Ehemals Klient, wird der Adressat Sozialer Arbeit nun als Kunde simuliert, obwohl ihm dafür die klassischen Attribute weitgehend fehlen (vgl. Kruse 2004a) und mutiert somit zum „Klientenkunden“ (Meinhold; vgl. Bossong 2003, Kruse 2005).

Alles in allem betrachtet, kann die ‚Professionalisierung‘ bzw. ‚Modernisierung‘ der Sozialen Arbeit also auch ganz anders betrachtet werden: nämlich als eine *Simulation Sozialer Arbeit*.

Im Folgenden werden wir nun sehen, dass diese Simulation aber gleichzeitig auch noch als etwas weiteres *Anderes* verstanden werden kann:

Denn neben den eben skizzierten Simulationsprinzipien greifen in der Sozialen Arbeit auf der Ebene der basalen Handlungspraktiken *disziplinatorische Subjek-*

tivierungs- und Selbstobjektivierungsprozesse im begrifflichen wie theoretischen Sinne von Foucault um sich. Das Selbstdisziplinierungsprogramm moderner Disziplinarmacht und die Ökonomisierung des Sozialen (vgl. Bröckling et al. 2000) machen auch vor dem strategischen Feld der Sozialen Arbeit nicht halt – im Gegenteil! Sowohl die programmatischen Diskurse über Soziale Arbeit, als auch die Agenten und Adressaten Sozialer Arbeit sehen sich – im übertragenen, nicht im faktischen Sinne – einer Reihe von disziplinatorischen Subjektivierungs- und Selbstobjektivierungspraktiken ausgesetzt, und sie setzen sich diesen auch selbst aus (vgl. Kruse 2004a):

Die professionstheoretischen Diskurse feiern die gegenwärtige Modernisierung Sozialer Arbeit im Sinne ihrer eigenen Ökonomisierung oftmals als Professionalisierung. Es findet ein erstaunlicher Wechsel der kompletten Semantik statt, wobei eine diskursanalytische Kritik dieser weitgehend fehlt (vgl. Kruse 2005). Zwar wird in den Diskursen über Soziale Arbeit an die Gouvernementalitätsstudien zur Ökonomisierung des Sozialen inzwischen Anschluss gefunden (vgl. Kessl/Otto 2003; Ziegler 2003), doch in der Praxis bleiben diese kritischen Betrachtungen gänzlich unbemerkt, wenn nicht gar absichtlich ignoriert.

Auf der programmatischen Ebene wird die Soziale Arbeit zum *Sozialmanagement* erkoren. Es findet ein Programmwechsel von der *Fürsorge* zur *Selbstsorge* statt (vgl. Kruse 2005). Die Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen werden in diesem Prozess zu Sozialmanagern ausgebildet oder ‚*umgebildet*‘ – und zwar im wahrsten Sinne des Wortes.

Diese Sozialmanager werden aber nicht nur an die Kette einer ganz neuen Subjektivität gelegt, sie legen sich auch selbst an diese Kette: Im Rahmen von neu eingeführten „*Geständnistechnologien*“ – zu erwähnen sind: Standardisierung, Qualitätsmanagement, Outputcontrolling, Selbstevaluation, etc. – machen sie sich zu „*Geständnistieren*“ (vgl. Foucault 1999). Die neue „*Pastoralmacht*“ ist die Beichte vor der Effizienzsteigerung reflexiver Produktivitätsquotienten.

Auch die Adressaten werden einem solchen disziplinatorischen Subjektivierungs- und Selbstobjektivierungsprozess unterworfen, und sie unterwerfen sich ihm selbst. Die Simulation des Klienten als Kunde ist eben nicht nur eine Simulation, sondern auch ein disziplinatorisches Subjektivierungsprogramm: Früher wurde für sie gesorgt, nun müssen sie erstmal für sich selbst sorgen. Denn ganz im Sinne des koproduktiven Dienstleistungsmodells müssen sie selbst voll mit anpacken.

Diese Analysen zeigen, dass die beiden zentralen Theoreme in den theoretischen Werken von Baudrillard und Foucault sehr gut miteinander anschlussfähig sind: Das Prinzip der Simulation und das Prinzip moderner Disziplinarmacht stellen zwei Kraftlinien dar, die das strategische Feld der Sozialen Arbeit bis in die feins-

ten Verästelungen beginnen zu durchziehen und sich in einem gemeinsamen Fluchtpunkt schneiden: nämlich in dem Fluchtpunkt der *disziplinierenden Simulation*. Das Ergebnis ist, dass eine reflektierte Subjektivität zwischen diesen beiden Kraftlinien sozusagen „zerrieben“ wird: Sie wird missbraucht, indem sie sowohl simuliert als gleichzeitig auch dahingehen diszipliniert wird, sich selbst aufzuheben: Eine reflektierte Subjektivität ist nicht weiter gewünscht, sie wird diszipliniert, indem der Prozess eines Selbstzwangs zur technologischen Selbstobjektivierung intendiert wird.

5 Reflektierte Subjektivität als Programm einer professionellen Kultur Sozialer Arbeit – ein kurzes Fazit

Die Ausführungen dieses Beitrages haben hoffentlich zu zeigen vermocht, dass das Konzept der reflektierten Subjektivität vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Prozesse der ‚Professionalisierung‘ Sozialer Arbeit ein notwendigerweise zu fokussierender Aspekt einer zu formulierenden und entwickelnden professionellen Kultur Sozialer Arbeit ist, die zwar einerseits den mainstreamartigen Objektivierungs-, Simulations- und Disziplinierungsprozessen Sozialer Arbeit einen Kontrapunkt – eine *Gegenkultur* – gegenüberstellt, andererseits aber nicht selbst einer regressiven Ideologie verfällt. Reflektierte Subjektivität ist so verstanden ein wissenssoziologisches, ein methodisches bzw. handlungstheoretisches und vor allem auch ein *kulturelles Programm*: Reflektierte Subjektivität stellt sowohl ein praxeologisches Instrument dar, als auch die Verkörperung einer spezifischen Haltung, die in *jeder* Hinsicht ideologiekritisch, selbstreflexiv und offen ist.

Literatur

- Baudrillard, Jean 1982: Der symbolische Tausch und der Tod. München
- Blask, Falko 2002: Jean Baudrillard zur Einführung. Hamburg
- Blinkert, Baldo 1976: Berufskrisen in der Sozialen Arbeit. Eine empirische Untersuchung über Verunsicherung, Anpassung und Professionalisierung von Sozialarbeitern. Weinheim u. Basel
- Böhle, Fritz 2001: Sinnliche Erfahrung und wissenschaftlich-technische Rationalität – ein neues Konfliktfeld industrieller Arbeit. In: Lutz, Burkart (Hg.): Entwicklungsperspektiven von Arbeit: Ergebnisse aus dem Sonderforschungsbereich 333 der Universität München/Deutsche Forschungsgemeinschaft. Berlin
- Böhle, Fritz 1992: Grenzen und Widersprüche der Verwissenschaftlichung von Produktionsprozessen. Zur industriesoziologischen Verortung von Erfahrungswissen. In: Malsch, Thomas/Mill, Ulrich (Hg.): ArBYTE: Modernisierung der Industriesoziologie?. Berlin

- Böhle, Fritz/Milkau, Brigitte 1988: Vom Handrad zum Bildschirm. Eine Untersuchung zur sinnlichen Erfahrung im Arbeitsprozess. Frankfurt/M u. New York
- Bossong, Horst 2004: Hilfe „just in time“. Vernetzung sozialer Dienstleistungen. In: Neue Praxis, 33. Jg. 2004 H. 5, S. 466–485
- Bröckling, Ulrich et al. (Hg.) 2000: Gouvernamentalität der Gegenwart: Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt/M
- Büssing, André et al. 1999: Implizites Wissen und erfahrungsgelitetes Arbeitshandeln: Konzeptualisierung und Methodenentwicklung. München (Bericht Nr. 48 aus dem Lehrstuhl für Psychologie der TU München)
- Degele, Nina 2000: Informiertes Wissen. Eine Wissenssoziologie der computerisierten Gesellschaft. Frankfurt/M u. New York
- Foucault, Michel 1999: Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I. 11. Aufl. Frankfurt/M.
- Neuweg, Georg Hans 1999: Könnerschaft und implizites Wissen: zur lehr-lerntheoretischen Bedeutung der Erkenntnis- und Wissenstheorie Michael Polanyis. Münster u.a.
- Kessl, Fabian/Otto, Hans-Uwe 2003: Aktivierende Soziale Arbeit. Anmerkungen zur neo-sozialen Programmierung Sozialer Arbeit. In: Dahme, Heinz-Jürgen et al. (Hg.): Soziale Arbeit für den aktivierenden Sozialstaat. Opladen
- Kocyba, Hermann 2000: Der Preis der Anerkennung: Von der tayloristischen Missachtung zur strategischen Instrumentalisierung der Subjektivität der Arbeitenden. In: Holtgrewe, Ursula et al. (Hg.): Anerkennung und Arbeit. Konstanz
- Kruse, Jan 2005 (im Druck): Simulation und Disziplinierung der Sozialen Arbeit: Eine kritische Analyse der Debatte um Professionalisierung und Modernisierung Sozialer Arbeit. In: Pfeifer-Schaupp, Ulrich (Hg.): Soziale Arbeit und Globalisierung. Freiburg
- Kruse, Jan 2004d: Disziplinierende Simulation. Zur Retotalisierung des Arbeitsprinzips in neoliberalen Gesellschaften – eine Auseinandersetzung mit Baudrillard und Foucault. In: Arbeit, Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik, H.4/2004, S. 390–400
- Kruse, Jan 2004c: Subjektivierendes und objektivierendes Arbeitshandeln in der Sozialen Arbeit. Zur Aktualität zweier Professionalisierungsstrategien. In: Sozialmagazin, 29. Jg. 2004 H. 11, S. 40–47
- Kruse, Jan 2004b: Die disziplinierende Simulation Sozialer Arbeit: Eine kritische Analyse der Modernisierungsdiskurse über Soziale Arbeit. In: Sozialmagazin, 29. Jg. 2004 H. 5, S. 30–37
- Kruse, Jan 2004a: Arbeit und Ambivalenz: Die Professionalisierung Sozialer und Informatisierter Arbeit. Bielefeld
- Kruse, Jan 2003: Soziale Arbeit als Disziplin und Profession – oder: Die Forderung nach einem Ende der Abgrenzung. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit (AWO), 2/2003, S. 65–70
- Moldaschl, Manfred 2001: Herrschaft durch Autonomie – Dezentralisierung und widersprüchliche Arbeitsanforderungen. In: Lutz, Burkart (Hg.): Entwicklungsperspektiven von Arbeit: Ergebnisse aus dem Sonderforschungsbereich 333 der Universität München/Deutsche Forschungsgemeinschaft. Berlin
- Polanyi, Michael 1985: Implizites Wissen. Frankfurt/M

- Reichertz, Jo 2000: Zur Gültigkeit von Qualitativer Sozialforschung [76 Absätze]. Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research [Online Journal], 1(2). Abrufbar über: http://qualitative_research.net/fqs/fqs_d/2_00inhalt_d.htm
- Schweikart, Rudolf 2003: Erfahrungswissen in der Sozialen Arbeit – eine vernachlässigte Seite von Fachlichkeit. In: Fabian, Thomas/Schweikart, Rudolf (Hg.): Brennpunkte der Sozialen Arbeit. Münster
- Steinke, Ines 1999: Kriterien qualitativer Forschung: Ansätze zur Bewertung qualitativ-empirischer Sozialforschung. Weinheim u. München
- Ziegler, Holger 2003: Jugendhilfe als Prävention – Die Refiguration sozialer Hilfe und Herrschaft in fortgeschrittenen liberalen Gesellschaftsformationen. Dissertation an der Fakultät für Pädagogik der Universität Bielefeld. Bielefeld

*Dr. Jan Kruse, Großmattenstr. 12, 79219 Staufen
E-mail: jan.kruse@debitel.net*

Kleine Verlag **aktuell**

Felizitas Sagebiel (Hrsg.)

Life Long Learning – Studieren im Alter

**Tagungsdokumentation 15 Jahre SeniorInnenstudium an der
Universität Wuppertal**

2004, ISBN 3-89370-394-2, 106 Seiten, € 11,90 / SFr 21,30

Wie sieht life long learning für Menschen aus, die das universitäre Wissenschaftsangebot ohne besondere Zweckorientierung nutzen wollen? Welche inhaltlichen und methodischen Lernmöglichkeiten bieten Universitäten „noch“ in der Gegenwart?

Von den regulären altersgemischten Lehrangeboten in Soziologie, Politikwissenschaft, Recht und Geschichte, um nur einige zu nennen, zu selbst gesteuerten altershomogenen Arbeitsgruppen bis hin zu diversen Formen des e-learning werden unterschiedliche Ansätze des wissenschaftlichen Arbeitens im Alter dargestellt. Geschlecht wird dabei als bedeutsame Kategorie für Motivation, Lernstrategien und Ergebnisse im Wuppertaler Seniorenstudium durch ein empirisches Projekt von der Herausgeberin des vorliegenden Bandes vorgestellt, das theoretisch auf Gerontologie, Pädagogik und feministische Sozialwissenschaft zurückgebunden wird.

Die Dokumentation der Jubiläumstagung zum 15-jährigen Bestehen des SeniorInnenstudiums an der Universität Wuppertal lässt Lehrende und Studierende zu Wort kommen.

Peter Szynka

Professionalität und die Kriterien für gute Arbeit bei Saul D. Alinsky (1909–1972)

Nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 herrschte in vielen Wohngebieten der amerikanischen Großstädte Arbeitslosigkeit, Hunger und Verzweiflung. In dieser Situation entwickelte Saul D. Alinsky die Praxis des *community organizing*. Damit beeinflusste er die Entwicklung der Sozialen Arbeit in den USA und der Gemeinwesenarbeit in Deutschland. Bevor Alinsky sich mit einem Institut zum Aufbau von Bürgerorganisationen selbständig machte, studierte er Soziologie und Kriminologie in Chicago. Die vorliegende Fallstudie beschreibt Alinskys Professionalisierung und seine theoretischen und praktischen Standards, die er in der Ausbildung von *Community Organizers* und in der Organisationsentwicklung angewandt hat. Dabei werden die Details einer Arbeitsweise deutlich, die bisher in der deutschen Debatte um Professionalisierung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern noch nicht hinreichend beachtet worden ist.

Community Organizing und Soziale Arbeit

Spätestens seit der deutschen Herausgabe der „Grundbegriffe und Methoden der Sozialarbeit“ durch Hans Pfaffenberger im Jahre 1958 gehört *Community Organization* oder Soziale Gemeinwesenarbeit zum Methodenkanon der Sozialen Arbeit in Deutschland. Soziale Gemeinwesenarbeit wurde zu einem wichtigen Element, wenn nicht sogar zu einem Kriterium von Professionalität. Erst durch die Einbeziehung des gesellschaftlichen Umfeldes konnte man über die rein psychologisierenden Ansätze der Sozialen Einzelhilfe und der Sozialen Gruppenarbeit hinausgehen, den Horizont der Lebenswelt eröffnen und zu einer gesellschaftlichen Praxis gelangen.

Die Praxis der Sozialen Gemeinwesenarbeit wurde in der Zeit nach der Weltwirtschaftskrise, als Armut, Hunger und Arbeitslosigkeit die Wirklichkeit in den Wohnquartieren der nordamerikanischen Großstädte bestimmte, maßgeblich durch den amerikanischen Kriminologen Saul D. Alinsky (1909–1972) weiterentwickelt. Ich werde im Folgenden von *Community Organizing* als der speziell von Alinsky geprägten Vorgehensweise sprechen.

Auf dem Höhepunkt seiner Popularität wurde Alinsky als „*Professional Radical*“ bezeichnet (Sanders 1965). Ich werde versuchen, nachzuzeichnen, wie sich Alinskys Professionalität herausgebildet hat. Ich werde zeigen, auf welcher theoretischen Grundlage sein Ansatz beruht, zu welcher Praxis er geführt hat und durch welche rechtlichen, finanziellen und inhaltlichen Rahmenbedingungen diese Praxis schließlich dauerhaft abgesichert wurden. Dabei stütze ich mich im wesentlichen auf die Ergebnisse meiner jüngst abgeschlossenen Untersuchung seines Lebens und seiner Schriften (Szyuka 2005).

Soziologie als Bezugswissenschaft und „Klinische Kriminologie“ als berufliche Perspektive

Ausgangspunkt von Alinskys eigener Professionalisierung war seine Ausbildung zum Soziologen und seine Spezialisierung zum Kriminologen an der Universität von Chicago. Zu jener Zeit war die *Chicago School of Sociology* eines der wichtigsten geistigen Zentren in der Entwicklung der amerikanischen Soziologie. Alinsky kam dort mit den Ideen und Forschungsprojekten heute so bekannter Soziologen wie Robert E. Park und Ernest W. Burgess in Berührung. Er war durch ihr Konzept der Humanökologie beeinflusst, aber auch durch die Theorien von W.I. Thomas, der die Gesellschaft als fortwährende Abfolge von Organisations-, Desorganisations- und Reorganisationsprozessen beschrieb. Er wandte in den Einwandererstadtteile Chicagos die Beobachtungs- und Interviewmethoden an, die – dem damaligen Stand der empirischen Soziologie entsprechend – vor allem durch die ethnologische Feldforschung und die journalistische Recherche beeinflusst waren (vgl. Lindner 1990).

An der *Chicago School of Sociology* lernte Alinsky außerdem den Soziologen Louis Wirth kennen, der zu seinem Mentor wurde. Wirth war wie Alinsky Jude. Er war aus Deutschland emigriert und durch die deutsche Soziologie von Simmel und Tönnies inspiriert. Vor diesem Hintergrund betrieb melieustudien über das jüdische Ghetto in Amerika. In Sorge um die Berufschancen zukünftiger Soziologen außerhalb der Universität entwickelte Wirth das Konzept der „Klinischen Soziologie“ (Wirth 1931). Darin entwarf er die Vision von interdisziplinären Teams, die sich in den Institutionen der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge an der Lösung sozialer Probleme arbeiten.

Alinsky arbeitete zu jener Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter in einem Gefängnis. Er erarbeitete dort Empfehlungen für die Resozialisierung junger Krimineller. Dabei entwickelte er ein Selbstverständnis als „Klinischer Kriminologe“, adaptierte also Wirths Konzept. Als klinischer Kriminologe entwickelte Alinsky neue Interviewmethoden, mit denen er auch unter den schwierigen

Bedingungen der Haft das Vertrauen der Gefangenen erwarb, was zu besseren Ergebnissen in der Resozialisierung führte (Alinsky 1934). In einer theoretischen Arbeit trug er zur Verabschiedung des Paradigmas der Sozialpathologie bei, in dem er den Typus des „normalen“ Kriminellen beschrieb und Kriminalität als das Ergebnis einer subkulturellen Anpassung (Alinsky 1937). Außerdem leistete wichtige Beiträge zur Erforschung des Einflusses von Gleichaltrigen (*peer-groups*) auf die Entwicklung krimineller Karrieren (Alinsky 1938b).

Durch seine Praxis im Gefängnis nahm Alinsky aber auch wahr, dass Jugendliche oft erst im Gefängnis das kriminelle Handwerk erlernen. Er gewann deshalb zunehmend die Überzeugung, dass es sinnvoller sei, Gefängnisaufenthalte von Jugendlichen ganz zu vermeiden, anstatt zu versuchen, Jugendlichen nach einem Gefängnisaufenthalt mit aufwändigen Maßnahmen und mit zweifelhaftem Erfolg zu resozialisieren. Alinsky wechselte deshalb in ein neues, von der Universität initiiertes Präventionsprogramm, das Chicago Area Project. Dort bekam er die Aufgabe, Kontakte zu den Jugendlichen eines Stadtteiles mit hoher Kriminalitätsrate zu knüpfen und sie im Alltag zu beobachten. Durch seine Mitarbeit bei einer Organisationskampagne des damals neugegründeten Gewerkschaftsverbandes CIO in diesem Stadtteil gelangte Alinsky zu der Auffassung, dass nur durch einen ganzheitlicher Ansatz, der die gesamte Lebenssituation aller Menschen im Stadtteil verbessert, die dort vorhandene Kriminalität zu verringert werden könnte. Er begann deshalb am Aufbau einer Bürgerorganisation zu arbeiten, dem *Back-of-the-Yards Neighborhood Council*.

Alinskys Kritik an mangelndem Theorie-Praxis-Transfer

In Bezug auf seine Arbeit als Kriminologe entwickelte Alinsky eine Kritik an einem Wissenschaftsbetrieb, der zwar vorgibt, die Gründe von Kriminalität zu erforschen, aber nicht wirklich bereit ist, dieses Wissen in entsprechenden Interventionen anzuwenden. Obwohl man längst wisse, was zu tun sei, würde lediglich die Forschung ad infinitum fortgesetzt. Das einzige Ziele sei es, Forschungsgelder zu akquirieren. Außerdem würde die Evaluation vorhandener Programme nicht in einer Weise betrieben, die gesicherte Aussagen über deren Wirksamkeit zuließe. Statistische Ergebnisse kämen auf der Grundlage unzureichender Daten zustande, die dann auch noch willkürlich interpretiert würden. Vergleiche und Kontrolluntersuchungen fehlten ganz, herausragende Beispiele würden ignoriert. Die kriminologische Forschung sei so zum Selbstzweck geworden (Alinsky 1955).

Alinsky sah unter diesen Umständen keine Möglichkeit mehr, seine wissenschaftliche Arbeit fortzusetzen. Er verwarf seine Arbeiten an seiner PH.D. Dissertation, in der er versucht hatte, seine Erkenntnisse zusammenzufassen. Viel-

mehr machte er sich daran, zusammen mit den „größeren gesellschaftlichen Kräften“ (Alinsky 1941), nämlich den Gewerkschaften und den Kirchen eine Bürgerorganisation zu aufzubauen. Diese sollte sich einerseits für die Verbesserung der Infrastruktur im Stadtteil einsetzen, andererseits aber auch für die Organisationskampagne der CIO engagieren und so den Streik der Arbeiter in der Fleischverpackungsindustrie für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen unterstützen. Im vorliegenden Fall, dem *Back-of-the-Yards Neighborhood Council*, war diese Strategie von durchschlagendem Erfolg. In dem weitgehend von katholischen Einwanderern aus Mittel- und Osteuropa bewohnten Stadtteil „Hinter den Schlachthöfen“ vermittelte er einen Schulterschluss zwischen den Repräsentanten der katholischen Kirche und der Gewerkschaft. Kurz nach dem bekannt werden dieser strategischen Allianz gab die Arbeitgeberseite den Forderungen der Gewerkschaft nach. Alinsky publizierte seine Strategie der stadtteilweiten Organisation von Organisationen und begründete damit die Praxis die *Community Organizing* (Alinsky 1946b).

Das „Geheimnis“ von Alinskys Professionalität

Zu jener Zeit war „ganzheitliches Denken“ für Alinsky das Geheimnis seiner Professionalität. Auf dem Weg zu Veränderungen sei *segmental thinking*, das „Denken in Schubladen“ das größte Hindernis. Probleme dürften nicht als isolierte Problemen betrachtet werden, die unabhängig von anderen Problemen existierten. Auch *Communities* (Stadtteile, Wohngebiete, ethnische Gruppen) könne man nicht als isolierte Einheiten betrachten, die nichts mit der sie umgebenden Gesellschaft zu tun hätten. Er nimmt damit eine systemische Sichtweise vorweg und beschreibt das Phänomen gesellschaftlicher Interdependenz (Alinsky 1942a).

An anderer Stelle stellt Alinsky das Prinzip der Selbstorganisation der Bürger und den Übergang von *favors to rights*, also den Übergang von der Inanspruchnahme von Wohltätigkeit zur Einforderung von Rechten als den Kern seines professionellen Handelns (Alinsky 1941). Er nimmt damit vorweg, was fünfzig Jahre später in Deutschland von Luhmann in den „Formen des Helfens im Wandel gesellschaftlicher Bedingungen“ als Übergang von der hochkultivierten zur modernen Gesellschaft beschreibt (Luhmann 1973).

Der Aufbau eines institutionellen Rahmens

Das Verlassen seines durch Forschungsmittel abgesicherten Arbeitsplatzes am *Chicago Areas Project* machte ein neues rechtlich-finanzielles Konstrukt nötig, dass die institutionelle Basis für Alinskys Arbeit bilden konnte. Mit Unterstüt-

zung der Erzdiözese Chicagos gelang es Alinsky die *Industrial Areas Foundation* zu gründen, ein Institut, dessen Aufgabe es war, selbsttragende Bürgerorganisationen aufzubauen. Auf Vermittlung des Chicagoer Bischofs Bernhard Sheil knüpfte Alinsky Kontakt zu Marshall Field III, der als Erbe eines Warenhauskonzerns eine philanthropische Stiftung unterhielt, die fortschrittliche Projekten finanziell förderte. Ebenfalls durch Vermittlung Sheils erhielt Alinsky Kontakt zu Agnes E. Meyer, der Herausgeberin der *Washington Post*, die ihn publizistisch und finanziell unterstützte. Alinskys Förderer erhielten Sitz und Stimme im Vorstand der *Industrial Areas Foundation* und gaben ihm die finanzielle und institutionelle Sicherheit, die er brauchte um seine Beratungstätigkeit durchzuführen. Daneben war Alinsky stetig auf der Suche nach weiteren Geldgebern und hielt Vorträge um die Einnahmen der *Industrial Areas Foundation* zu erhöhen. Als wichtiges Kennzeichen seiner Professionalität sollte deshalb hier seine Sorge um die materielle Basis seiner Aktivitäten und die Fähigkeit Sponsoren für seine Arbeit zu begeistern, hervorgehoben werden.

Eine Krise wird zur Chance

Alinskys Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche geriet in den 1950er Jahren in eine schwere Krise. Es ging darum, welche Position die katholische Kirche gegenüber den politischen Machenschaften des Senators McCarthy einnehmen sollte. Die Kommunistenfurcht McCarthys gewann zunehmend paranoide Züge und hatte zu einer beispiellosen Denunziation und Verfolgung amerikanischer Intellektueller geführt. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um Senator McCarthy zitiert Alinsky seinen wichtigsten Förderer Bischof Sheil mit einem Satz aus privater Runde, in dem er angeblich Senator McCarthy mit einem Stinktier verglichen haben soll, dass aus dem Haus entfernt werden müsse (Alinsky 1954a). Sheil, der großen Wert auf diplomatische Umgangsformen legte und sich zu jener Zeit Hoffnungen machte, zum Erzbischof von Omaha ernannt zu werden, reagierte verärgert. Möglicherweise zerstörte Alinsky die Karrierepläne seines Förderers. Auf jeden Fall zog sich Sheil daraufhin aus dem Vorstand der *Industrial Areas Foundation* zurück und in der Folge auch Agnes E. Meyer. Alinskys Arbeit an einer umfangreichen Biographie über den sozial engagierten Geistlichen Monsignore O'Grady wurde eingestellt. Alinsky hatte darin beschrieben, wie O'Grady in den USA die Bundesversammlung der *Catholic Charities of America* (Bundesversammlung der Amerikanischen Caritasverbände) begründete und zu einer wichtigen sozialpolitischen Kraft entwickelt hatte (Alinsky 1954b). Die *Industrial Areas Foundation* befand sich in einer schweren Krise.

Alinsky suchte daraufhin verstärkt die Unterstützung der protestantischen Kirchen und warb Mittel weiterer philanthropischer Stiftungen ein, darunter auch

der jüdischen Schwarzhaupt-Foundation, als deren Berater sein ehemaliger Hochschullehrer Louis Wirth fungierte (vgl. Tjerandsen 1980). Mit diesen Mitteln machte er sich daran, die überwiegend protestantischen Angehörigen der afroamerikanischen Minderheit zu organisieren.

Aus Alinskys Reaktion auf diese Krise können zwei weitere Merkmale professionellen Handelns abgelesen werden, die Alinsky später immer wieder betonen wird: Fachliche Unabhängigkeit und Rechtschaffenheit. Die *Industrial Areas Foundation* wäre beinahe in eine zu große Abhängigkeit von der katholischen Kirche geraten. Als Alinskys dies erkannte, bemühte er sich darum, mit unterschiedlichen Geldgebern eine neue Situation zu schaffen, in der einerseits das Gesamte der amerikanischen Bevölkerung besser repräsentiert werden konnte und in der andererseits nicht die eine Partei eine andere dominieren könnte. Damit stellte er die fachliche Unabhängigkeit der *Industrial Areas Foundation* wieder her.

Im Kern der Auseinandersetzung mit Sheil ging es Alinsky aber auch um Redlichkeit. Die Dinge sollten Alinsky zufolge so genannt werden können, wie sie sind und nicht durch diplomatische Rücksichtnahmen verschleiert werden. Wenn sich Menschen wie Stinktiere benehmen, so etwa wird Alinsky gedacht haben, dann muss man öffentlich dagegen protestieren.

Alinsky war nicht konfliktscheu. Er wird seine Vorliebe für eine klare Sprache weiter ausarbeiten (Alinsky 1971). Ein wesentliches Beispiel dafür ist seine Forderung, bei der Analyse politischer Situationen oder bei der Ausarbeitung von Strategien auf den Begriff Macht nicht zu verzichten.¹ Nur dann, wenn die Beziehungen, d.h. die Interessenlagen und Machtverhältnisse eindeutig geklärt sind, lassen sich unerträgliche Situationen verändern.

Als Alinsky in den frühen 1960er Jahren begann, die afroamerikanische Bevölkerung in ihren Stadtteilen zu organisieren, wurde er zu einem wichtigen Wegbereiter der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung.

Die Entwicklung von Führungskräften

Als wichtigstes Ziel seiner Organisationsarbeit sah Alinsky die Identifizierung und Schulung von lokalen Führungskräften an (Alinsky 1946: 64–75). Dabei ging es ihm darum, bei den Betroffenen einen Führungswillen zu entwickeln, der in der Bereitschaft und in der Fähigkeit besteht, Verantwortung für andere zu übernehmen und öffentlich für andere einzustehen. Die lokalen Führungskräfte sollten ein Gespür für ihre Möglichkeit entwickeln, durch solidarisches Handeln und auf demokratischem Wege Macht zu entwickeln, die anschließend in öffentlichen Verhandlungen eingesetzt werden kann.

Beim Aufbau einer Bürgerorganisation handelt es sich also um einen Prozess der politischen Erwachsenenbildung. Die Bewohner eines bestimmten Gebietes lernen durch Anleitung externer Experten (*Organizer*), wie sie ihre Interessen erfolgreich öffentlich zur Geltung bringen können. Durch die Identifikation gemeinsamer Ziele und durch den Aufbau solidarischer Beziehungen – also letztlich durch Organisation² – lernen sie, ihr Gemeinwesen politisch mitzugestalten. Die so ausgebildeten lokalen Führungskräfte bringen als informelle Vertreter der örtlichen Bevölkerung die Interessen ihrer Basis in die formellen Prozesse der lokalen Politik ein und nehmen Einfluss auf andere lokale Akteure in ihrer Umgebung. Das heißt, sie üben in öffentlichen Auseinandersetzungen Macht und Einfluss aus und beteiligen sich an Entscheidungen über Infrastruktur, soziale Einrichtungen, kulturelle Ereignisse etc..

Von entscheidender Bedeutung für den Erfolg von lokalen Vertretern in öffentlichen Auseinandersetzungen ist deren Fähigkeiten eine Basis in der Bevölkerung zu mobilisieren, die Gegner zu identifizieren und selbstbewusst mit ihnen zu verhandeln. Die Entwicklung dieser Kompetenzen steht daher im Mittelpunkt der Ausbildung lokaler Führungskräfte.

Lernziel Organizer

Mithilfe eine großzügigen finanziellen Unterstützung der *Midas-Mufler-Corporation*, einem Hersteller von Autozubehör, richtete Alinsky Ende der 1960er Jahre eine außeruniversitäre Langzeitausbildung für angehende *Community Organizer* ein, bei der er die Teilnehmer auch mit Stipendien unterstützen konnte. Alinsky beschreibt zehn Eigenschaften, die einen professionellen *Organizer* auszeichnen sollten (Alinsky 1971: 72–80).

Das erste was ein *Organizer* brauche, so Alinsky, sei Neugier. Ohne Neugier würde sich der *Organizer* nicht für die Menschen interessieren, die er organisieren wolle. Er könne keine Fragen stellen und Fragen sind es schließlich, die Menschen zum Nachdenken bringen.

Eine zweite Eigenschaft, die *Organizer* benötigten, sei Respektlosigkeit. Die Respektlosigkeit bezieht Alinsky ausdrücklich nicht auf Menschen oder ihre Traditionen, sondern auf ihre Ideen, Träume, Vorstellungen und die vermeintlichen Kräfte ihrer Gegner. Alles, so Alinsky, könne auch anders sein. Die *Organizer* sollen unzureichende Rationalisierungen, Analysen und Rechtfertigungen, denen sie begegnen, durchbrechen, aber nicht den Menschen, die sie äußern, respektlos gegenüberreten.

Eine dritte Eigenschaft die Alinsky fordert, ist die Phantasie. Phantasie benötige der *Organizer*, um Probleme kreativ zu lösen.

Der *Organizer* benötige viertens einen Sinn für Humor. Humor sei die Fähigkeit, absurde Ideen, Situationen und Handlungen als solche zu erkennen und darüber zu lachen.

Fünftens brauche der *Organizer* *a bit of a blurred vision of a better world*, ein wenig von einer verschwommenen Vision einer besseren Welt. Er soll nur ungefähr wissen, wie eine bessere Welt auszusehen habe. Dies soll den *Organizer* von einem Missionar unterscheiden, der genau weiß, was richtig und was falsch ist. Der *Organizer* ist optimistisch, weil er sich eine bessere Welt vorstellen kann. Seine Vorstellung von einer besseren Welt ist aber vage und verschwommen. Deshalb ist er offen für die Vorstellungen anderer Menschen und kann sich auf Diskussionen einlassen, in denen zuerst ausgehandelt wird, was anschließend verbessert werden soll.

Als sechste Eigenschaft nennt Alinsky die organisierte Persönlichkeit. Ein hoher Grad an Selbstorganisation mache es möglich, auch in einer desorganisierten Umgebung zu überleben und in einer irrationalen Umgebung rational zu handeln.

Siebtens soll der *Organizer* jemand sein, den man als *well integrated political schizoid* bezeichnen kann, also als jemanden, der zwar gut integriert ist, aber durchaus zwiespältig handeln kann. Diese etwas seltsam anmutende Forderung begründet Alinsky damit, dass Menschen oft nur dann zum Handeln motiviert werden können, wenn sie sich einer Sache 100-prozentig sicher sind. Deshalb, so Alinsky, solle man jede Angelegenheit polarisieren (Alinsky 1971: 78). Da aber bei realistischer Betrachtungsweise die Dinge nur selten zu 100 Prozent schwarz oder weiß seien, müssten die Dinge bis zu einem gewissen Grad dramatisiert und bewusst selektiv, d.h. bis zu einem gewissen Grad übertrieben dargestellt werden. Wenn man aber so (d.h. „*schizoid*“) verfährt, dann muss man natürlich anschließend auch wieder bereit sein, zu einer realistischen, ausgewogenen Betrachtungsweise zurückzukehren.

Als nächstes, achtens, brauche der *Organizer* ein unerschütterliches Selbstbewusstsein, das auch in Konflikten standhält.

Er benötige neuntens einen freien und offenen Geist und politische Relativität. Das heißt, er muss fachliche Unabhängigkeit und Offenheit bewahren und in der Lage sein, mit unterschiedlichen Parteien zu kooperieren oder auch zwischen streitenden Parteien zu vermitteln.

Beim zehnten Punkt seiner Eigenschaftsliste kommt Alinsky wieder auf die Kreativität des *Organizers* zurück. Der professionelle *Organizer*, so Alinsky, schaffe ununterbrochen Neues aus Altem.

Kriterien für gute Arbeit von Organisationen

Durch seine Rolle in der frühen Bürgerrechtsbewegung und seine Publikationen war Alinsky in den USA zunehmend prominent geworden. Es gab viele, die versuchten seine Praxis nachzuahmen. Alinsky sah es deshalb als notwendig an, die *bona-fide*-Eigenschaften von Organisationen zu beschreiben, also Kriterien, mit deren Hilfe man die Spreu vom Weizen trennen können, d.h. gute von schlechten Organisationen unterscheiden könnte. Heute würden man sagen, Alinsky habe Qualitätskriterien entwickelt. Da sich seine Kriterien sowohl auf professionelle Arbeit wie auch auf freiwilliges, bürgerschaftliches Engagement beziehen, spreche ich hier von Alinskys Kriterien für gute Arbeit von Organisationen.

In diesen Kriterien formuliert Alinsky eine Reihe von Fragen, die an vorhandenen Organisationen untersucht werden sollten:

- ▷ Ist das Programm der Organisation umfassend genug angelegt, sodass es die meisten Gruppen in der *community* anspricht und einbezieht?
- ▷ Ist das Programm konkret genug bestimmt und [ist seine Umsetzung] unmittelbar möglich?
- ▷ Haben die an der Organisation Beteiligten ein Verständnis der Natur von Macht und kennen sie den Grund, warum ihre Organisation besteht?
- ▷ Welche Begriffe benutzt die Leitung?
- ▷ Welche Haltung nehmen die wichtigsten Institutionen des Status quo [im Umfeld dieser Organisation] gegenüber dieser Bürgerorganisation ein?
- ▷ An welchen Kontroversen beteiligt sich die Organisation?
- ▷ Analysieren Sie ihre Statistiken!
- ▷ Wer sind die Leiter?
- ▷ Besteht die Mitgliedschaft wirklich oder wird sie nur behauptet?
- ▷ Handelt die Bürgerorganisation auf einer realistischen Basis, die die vorrangige Bedeutung von Eigeninteressen als Motiv der Mitglieder anerkennt? Oder denken und reden die an der Organisation Beteiligten nur in den nebulösen Begriffen eines angeblich höherstehenden Altruismus? (Alinsky 1961a)

Wir können in dieser Liste die Erfahrung von Alinskys gesamter universitären und außeruniversitären Karriere wiederfinden. Sie zeigt, wie er sich eine professionell geführte oder eine professionell beratene, d.h. nach den Regeln der Kunst handelnde Organisation vorstellt.

Solche Organisationen sind demnach inklusiv und nicht exklusiv. Sie sind in der Lage, einen repräsentativen Teil der Bevölkerung eines bestimmten Gebietes einzubeziehen und besteht nicht aus handverlesenen Mitgliedern des Status quo.

Eine Organisation – will sie erfolgreich sein – handelt nach klaren Zielen, die zuvor mit den Mitglieder ausgehandelt und abgestimmt worden sind und deshalb von allen mitgetragen werden.

Eine gute Organisation im Sinne Alinskys braucht ein ausgeprägtes Verständnis von Macht. Sie muss die Erlangung von Macht als ihren eigentlichen Daseinszweck begreifen, ohne den sie nicht im Interesse ihrer Mitglieder handeln könnte. Gleichzeitig muss sie lernen, dass Macht nur durch die Einbeziehung der Mitglieder entsteht und sie so einsetzen, dass sie deren Interessen auch tatsächlich dient.

Erfolgreich handelnde Organisationen sprechen eine klare Sprache, mit der die Dinge so benannt werden, wie sie sind. Widersprüche werden nicht durch falsche Rücksichtnahmen verschleiert.

Eine routiniert arbeitende Organisation steht in einem fruchtbaren Spannungsverhältnis zu anderen Organisationen. Sie ist in der Lage Konflikte einzugehen, durchzustehen und für sich zu entscheiden.

Sie dokumentiert ihre Erfolge, versucht aber nicht Statistiken zu missbrauchen, um ihre Unwirksamkeit zu verschleiern. Eine *bona-fide* Organisation stellt das öffentliche Interesse deutlich über das private Interesse der Organisation. Auch wenn die Organisation der Verwirklichung der Eigeninteressen ihrer Mitglieder dient, bleibt sie der umfassenderen Öffentlichkeit Rechenschaft schuldig.

Alinsky fragt weiterhin nach den Persönlichkeiten, die hinter der Organisation stehen. Er geht davon aus, dass deren Interessen, Fähigkeiten und Referenzen mit den Zielen der Organisation vereinbar sind und dass es sich um integere Menschen handelt.

Er geht weiterhin davon aus, dass erfolgreiche Organisationen über eine breite, aktive Mitgliedschaft verfügen und diese nicht nur auf dem Papier besteht. Die Forderung nach Partizipation im Inneren der Organisation und die Verwirklichung demokratischer Prinzipien in der Organisation werden auf diese Weise in den Mittelpunkt gerückt.

Er geht davon aus, dass die Tätigkeit der Organisation sich im Sinne der Interessen ihrer Mitglieder auszahlen muss. Sie sollte nicht nur einen nebulösen Altruismus propagieren.

Alinskys Erbe

Nach dem Tode Alinskys im Jahre 1972 wurde die „neue“ *Industrial Areas Foundation* in einer Weise weiterentwickelt, die ebenfalls interessant für unser Thema ist. Alinskys Nachfolger Edward T. Chambers übernahm eine Struktur, in der die Ausgaben die Einnahmen überstiegen. Er musste deshalb grundlegende Entscheidungen treffen, um die Zukunft des Instituts zu sichern.

So sorgte er dafür, dass die beratenen Organisationen ein Netzwerk bildeten und über Mitgliedschaftsbeiträge und Beratungsverträge einen Teil der laufenden Kosten trugen. Er baute eine zweiwöchigen Kurzzeit-Ausbildung, das sogenannte *10-Days-Training* auf, sodass die hieraus gewonnenen Teilnehmergebühren zu den Einnahmen beitrugen. Dem IAF-Büro wurde so ein bescheidenes Auskommen gesichert und es existiert bis heute (Szynka/Chambers 2001).

Inzwischen ist das Vorgehen, über Teilnehmergebühren über eine außeruniversitäre Ausbildung den Fortbestand einer Methode zu sichern, ein weitverbreitetes Muster geworden. In den Vereinigten Staaten gibt es inzwischen eine Reihe von Netzwerken, die Ausbildungen zum *Community Organizing* anbieten. Auch in Deutschland findet das Muster einer nachuniversitären Zusatzausbildung in den verschiedensten Bereichen Anwendung. Hochschulabsolventen, die das Gefühl haben, zwar studiert aber nichts anwendbares gelernt zu haben, können ein breites Spektrum von berufsbegleitenden Ausbildungsangeboten in Anspruch nehmen und sich zu Case-Managern, Sozialmanagern, Quartiersmanagern, Supervisoren, Konfliktschlichtern u.v.a.m. ausbilden lassen. Es würde sich lohnen, die Rolle von nach-universitärer Ausbildung bei der Entstehung und Weiterentwicklung methodischer Ansätze genauer zu verfolgen.

Die mögliche Bedeutung Alinskys für die Professionalisierung Sozialer Arbeit

Alinsky beschreibt seine Qualitätskriterien bereits Ende der 1960er Jahre. Dabei geht er bereits auf die lokale Einbettung der Organisation ein, fragt nach dem Stand ihrer politischen Analyse und der praktischen Relevanz ihrer Aktivitäten. Er greift damit den heutigen Qualitätsdiskursen und der Debatte über *Good Governance* vor, die ihrerseits auf die universelle Bedeutung von Partizipation für das Funktionieren von Organisationen und das demokratische Zusammenleben hinweisen.

Wenn man Alinskys Kriterien auf die Arbeit der deutschen Wohlfahrtsverbände anwendet, die hier zu Lande den größten Teil der Professionellen beschäftigen, dann geht man zwar über das hinaus, was er beabsichtigt hat, aber es zeigen sich einige Probleme der Sozialen Arbeit in neuem Licht. Obwohl die Probleme der Sozialen Arbeit in der Regel bekannt sind, werden die bisherigen Rationalisierungen dieser Probleme nun eher als Teil des Problems und nicht als Teil der Lösung sichtbar. Alinsky könnte in diesem Sinne eine bleibende Herausforderung in der deutschen Qualitäts- und Professionalisierungsdebatte werden. Ich möchte dies an drei Beispielen deutlich machen.

(1) *Wer sind die Leiter?* Alinskys Kriterien sind zunächst für die Beurteilung professionell angeleiteter Freiwilligenorganisationen entwickelt worden. Im Gegensatz zu den professionell angeleiteten Freiwilligenorganisationen, die Alinskys Ausgangspunkt waren, werden die deutschen Wohlfahrtsverbände in der Regel noch von ehrenamtlichen, meist berufsfremden Vorständen geleitet. Eine der bisherigen Schlussfolgerung in der Professionalisierungsdiskussion besteht nun darin festzustellen, dass es sich bei der Sozialen Arbeit in Deutschland eben nicht um eine Profession handele, sondern nur um eine Semi-Profession, u.a. weil die Vorgesetzten der Sozialarbeiter selbst in der Regel einer anderen Profession angehören. Soziale Arbeit sei eben wohlfahrtsstaatlich mitkonstituiert. Ende der Durchsage.

Alinsky zufolge entscheidet sich bei jedem Organisationsaufbau von neuem, wer dessen Konstituenten sind. Wie die Krise mit der Erzdiözese Chicago zeigt, kann sich die Konstitution einer Organisation auch verändern oder geändert werden. Selbst die Einbeziehung staatlicher Stellen kann verkraftet werden, denn schließlich ist auch der Wohlfahrtsstaat zivilgesellschaftlich mitkonstituiert. Der entscheidende Punkt für Alinsky wäre vielmehr der mangelnde Führungswille innerhalb der Profession. Alinsky zufolge würde Soziale Arbeit zu Recht solange Semi-Profession bleiben und die von ihm aufgestellten Kriterien verfehlen, wie sie aus sich heraus keinen Führungswillen entwickelt, keine Führungskompetenzen ausbildet und keinen Führungsanspruch erhebt und einlöst.

(2.) *Besteht die Mitgliedschaft wirklich, oder wird sie nur behauptet?* Im Gegensatz zu den Bürgerorganisationen Alinskys handeln die deutschen Wohlfahrtsverbände oft stellvertretend für die Betroffenen. Sie handeln als deren Lobby, ohne sie jedoch in geeigneter Weise zu beteiligen und einzubeziehen. Wohlfahrtsverbände beschreiben ihre Klienten in der Regel als hilfebedürftig und defizitär. Sie stützen eine „pathologische Definition“ ihrer Klienten. Nur selten nehmen sie ihre Nutzer als Bürger wahr, die mit oft gefährdeten Rechten ausgestattet sind und sind so in eine „politische Funktionslosigkeit“ geraten (Peters 1973: 151–164).

Alinskys Arbeit ist ein wichtiges historisches Beispiel für eine nicht-pathologische Definition der Klienten und für eine Wahrnehmung der Klienten als Experten ihrer eigenen Lebenswelt. Ein Kennzeichen seiner Organisationen ist, dass hier mit Bürgern und nicht (stellvertretend) für Klienten an der Verbesserung von Lebensverhältnissen gearbeitet wird.

(3.) *Welche Begriffe benutzt die Leitung?* Nach Alinsky ist die Anwendung einer klaren Sprache, die Widersprüche und Machtverhältnisse in der Gesellschaft nicht verschleiert, sondern ins Bewusstsein hebt und dadurch der Bearbeitung zugänglich macht, eine notwendige Voraussetzung für jede gesellschaftliche Praxis. Die politischen Auseinandersetzung der deutschen Wohlfahrtsverbände dagegen sind häufig auf Fälle beschränkt, in denen es um die wirtschaftlichen Inte-

ressen der Einrichtungen geht. Zudem werden diese Auseinandersetzungen in der Regel unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt. Dieses Vorgehen wird mit parteipolitische Neutralität, finanzieller Abhängigkeit oder diplomatische Rücksichtnahme begründet.

Alinskys Beispiele zeigen dagegen, dass man fachliche Unabhängigkeit, Parteilnahme für die Betroffenen und klare sozialpolitische Positionierungen in der Öffentlichkeit durchaus miteinander verbinden kann.

Die genannten Beispiele mögen als Hinweis darauf genügen, zu welchen Fragen die Kenntnisnahme von Alinskys Praxis und die Anwendung seiner Kriterien führen kann. Sie zeigen, wie unzureichende Rationalisierungen die Weiterentwicklung Sozialer Arbeit behindern und Stillstand rechtfertigen können. Alinsky zufolge gibt es keinen natur- oder gottgegebenen Grund, der irgend jemanden daran hindern sollte, Führungspositionen einzunehmen, Nutzer zu beteiligen und klare sozialpolitische Aussagen zu machen. Stattdessen gibt es genug gute Gründe, handelnd ineffektive Strukturen zu überwinden.

Zum Abschluss möchte ich den Kriterien, die Alinsky für sich und seine Organisationen aufgestellt hat, noch ein weiteres hinzufügen. Alinsky hat sein Handeln und seine strategischen Entscheidungen immer unter Bezugnahme auf den aktuellen Stand der wissenschaftlichen Diskussion begründet und durch Publikationen, also schreibend, für eine Fachöffentlichkeit nachvollziehbar gemacht. Dies betrifft nicht nur den Übergang von seiner wissenschaftlichen Arbeit zu einer freien Praxis als selbständiger Berater. Auch die Krisen seiner Arbeit hat er beschrieben. Dabei war er durch das zusammengesetzte chinesische Schriftzeichen für „Krise“ inspiriert, demzufolge Krisen immer eine Mischung aus „Gefahr“ und „Chance“ sind. Wie dem auch sei, hätte er seine Arbeit nicht so lückenlos beschrieben, wie er es getan hat, dann könnten wir seine Arbeit heute nicht so detailliert rekonstruieren und seine Karriere nicht so verfolgen, wie wir es hier getan haben.

Anmerkungen

- 1 Alinsky zieht sogar ein Nietzsche-Zitat heran, um dieser Position zu verdeutlichen: „Ein Psychologe hat nämlich heute darin, wenn irgendwohin, seinen guten Geschmack (-andere mögen sagen: seine Rechtschaffenheit), dass er der schändlich vermoralisierten Sprechweise widerstrebt, mit der nachgerade alles moderne Urteilen über Mensch und Ding angeschleimt ist.“ (Nietzsche, Genealogie der Moral, III, 19 in Schlechta IV, 877f. zitiert in Alinsky 1971, 50)
- 2 Die Idee durch Organisation Macht zu erzeugen spiegelt sich noch recht gut in so alten Begriffen wie „Einigkeit“, „Eintracht“ oder „Concordia“ wieder, die heute fast nur noch in sportlichen Zusammenhängen gebraucht werden, zu anderen Zeiten aber wichtige politische Inhalte transportierten.

Literatur

- Alinsky, Saul D. 1934: A Sociological Technique in Clinical Criminology. Proceedings of the Sixty-fourth Annual Congress of the American Prison Association. New York: American Prison Association, 167–178
- Alinsky, Saul D. 1937: The philosophical Implications of the Individualistic Approach in Criminology. Proceedings of the Sixty-seventh Annual Congress of the American Prison Association. New York: American Prison Association, 156–171
- Alinsky, Saul D. 1938a: Companions in Crime. Unveröffentlicht: Clifford R. Shaw, Papers, Chicago Historical Society, Chicago, Illinois
- Alinsky, Saul D. 1941: Community Organization and Analysis. In: American Journal of Sociology, May, 1941, 797–808.
- Alinsky, Saul D. 1942a: Youth and Morale. In: American Journal of Orthopsychiatry. Oct. 1942, 136–146.
- Alinsky, Saul D. 1946b: Reveille for Radicals. Chicago: University of Chicago Press
- Alinsky, Saul D. 1954a: The Bishop and the Senator. In: The Progressive, July 1954, 4–9
- Alinsky, Saul D. 1954b: John O’Grady-Come now Monsignor. Unveröffentlicht: Msgr. O’Grady Papers, Department of Archives and Manuscripts, The Catholic University of America, Washington D.C.
- Alinsky, Saul D. 1961a: X-Raying Community Organizations. In: Illinois Society of Public Health Educators: H-Edlines Vol. VIII, No. 12, 1–7. Saul Alinsky/Industrial Areas Records, The University Library, Special Collections Department, University of Illinois at Chicago
- Alinsky, Saul D. 1971: Rules for Radicals – a Pragmatic Primer for Realistic Radicals. New York: Random House (Vintage Edition)
- Lindner, Rolf 1990: Die Entdeckung der Stadtkultur. Soziologie aus der Erfahrung der Reportage. Frankfurt am Main
- Luhmann, Niklas 1973: Formen des Helfens im Wandel gesellschaftlicher Bedingungen. In: Otto, Hans Uwe/Schneider Siegfried 1973, 21–44.
- Otto, Hans Uwe/Schneider Siegfried 1973: Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit. Erster Band. Neuwied und Berlin
- Peters, Helge 1973: Die politische Funktionslosigkeit und die „pathologische“ Definition ihrer Adressaten. In: Otto, Hans Uwe/Schneider Siegfried 1973 151–166
- Pfaffenberger, Hans/Friedländer, Walter A. (Hg.) 1966: Grundbegriffe und Methoden der Sozialarbeit. Neuwied und Berlin
- Sanders, Marion 1965: The Professional Radical. Conversations with Saul Alinsky. In: Harper’s Magazin, June pp 37–47 und July pp 52–59 (weitere Ausgabe: The Professional Radical. Conversations with Saul Alinsky. New York, Harper and Row 1970)
- Szyuka, Peter 2005: Die theoretischen und empirischen Grundlagen des Community Organizing bei Saul D. Alinsky. Universität Bremen, Dissertation 2005
- Szyuka, Peter/Chambers, Edward T. 2001: „Who is going to pay you? – You are going to pay me“ Interview des Autors mit Edward Chambers am 7.1.2001 in Caputh/Potsdam (unveröffentlicht)
- Tjerandsen, Carl 1980: Education for Citizenship. A Foundation’s Experience. Santa Cruz California, Emil Schwarzhaupt Foundation Inc.
- Wirth, Louis 1931: Clinical Sociology. In: American Journal of Sociology, Vol. XXXVII, S. 49ff.

Peter Pantucek

Pseudoprofessionalisierung und Ambivalenz

Ein Lamento, eine Polemik und eine Reflexion

Das Feld der Sozialarbeit und der Diskursraum, in dem über sozialarbeiterische Professionalität geschrieben und gesprochen wird, sind anfällig für Ungenauigkeiten, für Verdrängung, für pathetische Bekenntnisse und opportunistische Heilserwartungen. Es ist also ein ganz normales Feld, in dem wir uns bewegen. Ich versuche in der Folge die polemische Analyse einiger Aspekte dieses Feldes.

Die unheilbaren Widersprüche

Das professionelle Selbstverständnis der Sozialarbeit muss sich an Bedingungen abarbeiten, die der Profession eingeschrieben sind. Zu den wichtigsten, die mich hier interessieren, gehören jene beiden:

- ▷ die direkte oder vermittelte Beauftragung der Sozialarbeit durch den Staat bei gleichzeitiger berufsethischer Verpflichtung für die KlientInnen
- ▷ die notorische Einbindung in Organisationen/Institutionen

Professionelle Sozialarbeit befindet sich in einem seltsam schillernden Verhältnis zu den staatlichen Versuchen der Lösung bzw. Prozessierung sozialer Probleme. Einerseits ist Sozialarbeit ohne die gesellschaftlich (staatlich und zivilgesellschaftlich) aufgebrauchten Geldmittel und Aufträge nicht denkbar. Der seinem Wesen nach politische Prozess der Definition sozialer Probleme produziert die Möglichkeit der Sozialarbeit und die Bedingungen ihrer konkreten Ausprägungen. Sozialarbeit ist reaktiv, und sie wird finanziert von jenen, die Bedingungen des Lebens in der Gesellschaft setzen. Professionelle Sozialarbeit kann aufgefasst werden als ein Reparaturdienst für die Unzulänglichkeiten der Programme zur Lösung sozialer Probleme. Sie arbeitet sich im Auftrag der Programmbetreiber an der Nicht-Passung der Programme im Einzelfall ab. Das eröffnet für Individuen die Möglichkeit (oder den Zwang), Sozialarbeit in Anspruch zu nehmen, wenn sie in ihrer eigenen

alltäglichen Lebensführung Probleme mit der Konstruktion der Gesellschaft und des Staates haben – oder wenn die Programme dies so vorsehen.

Die „natürliche“ Bindung der Sozialarbeit an ihr Klientel ist schwach. Sie ist über die Beauftragung und die Organisationsform der Sozialen Arbeit i.d.R. nicht gegeben. Das Klientel hat selten Mitsprache, es ist ohne Einfluss. Oft genug hat es keine Wahl, und es kann organisierte Sozialarbeit, die schlecht funktioniert, nicht durch den Entzug von Zuwendung oder Zuwendungen wirksam bestrafen. Es ist also eher erstaunlich, wenn und dass Sozialarbeit doch immer wieder ihrem Klientel Nutzen bringt. Einige Bedingungen begünstigen diese überraschende Seite der Praxis:

- ▷ die (vorerst meist naive) Motivation, die zur Berufswahl führt und die eine solide Basis für ein dauerhaftes berufliches Ethos darstellen kann
- ▷ das Setting der Sozialarbeit, das die Fachkräfte immer wieder mit der Alltagslogik des Lebens ihres Klientels konfrontiert und so Verstehen als Form der Verarbeitung dieser Erfahrungen begünstigt
- ▷ ein methodisch ausformuliertes Berufsethos, das die Verpflichtung gegenüber den KlientInnen betont und strukturiert
- ▷ die akkumulierte Erfahrung des Berufs, die respektvolle Inszenierungen und eine Betonung des Anschlusses an die soziale und Bewusstseinslage des Klientels nahe legt

Im Vergleich zu den „hard facts“ des Geldflusses scheinen jene Gegengewichte schwach, doch reichen sie, um der Sozialarbeit eine unheilbare Ambivalenz zu verleihen. Gestützt werden sie nämlich noch durch ein nettes Paradoxon: Sie kann ihren Job auch für die Auftraggeber nicht gut tun, wenn sie auf die KlientInnenorientierung verzichtet. Diese Strategie der Annäherung an die individuellen Lebenssituationen ist der eigentliche Kern ihrer Professionalität.

Sozialarbeit soll und kann mit Menschen sprechen, mit denen andere nicht mehr erfolgreich sprechen können, sie kann den Dialog organisieren, wo der Monolog der Behörden, der Medizin etc. wirkungslos geworden ist oder nie wirksam werden konnte. Diese Fähigkeit hat die berufliche Sozialarbeit entwickelt und sie ist ihr Markenzeichen. Dabei bleiben SozialarbeiterInnen allerdings AgentInnen des Machtapparats des Staates und/oder des Mainstreams der Gesellschaft. Sie sind, solange sie ihre Arbeit gut tun, mit dem Verdacht konfrontiert, VerräterInnen zu sein: sich mit ihrem Klientel zu solidarisieren, ihre Position auf der Seite der ordnenden Mächte dieser Gesellschaft zu verlassen oder bereits verlassen zu haben. So ist sie auch keine ordentliche Profession: Ihr geht die Fähigkeit zum Monolog systematisch ab. Und wo sie monologisiert, ist sie erst recht nicht professionell, sondern höchstens bürokratisch.

Für die einzelnen SozialarbeiterInnen bedeutet das praktisch: Die KlientInnen beklagen ihre Lage, und sie tun das ausführlich in den Beratungssitzungen. Der

finanziell potente Auftraggeber klagt seltsamerweise nicht, aber er zahlt. Eigentlich sollte er klagen, dass seine Programme nur bedingt funktionieren. Aus guten Gründen tut er das aber nicht: Er muss so tun, als wären die Programme generell wirksam, als wären sie geeignet, die sozialen Probleme der Gesellschaft zu beseitigen oder zumindest zu mildern. Bis zu einem gewissen Grad stimmt das ja auch.

Der Auftraggeber neigt dazu, die Schuld am Nicht-Funktionieren seiner Programme im Anwendungsfall den je betroffenen Personen anzulasten. Bis zu einem gewissen Grad scheint er damit ja auch recht zu haben. Es finden sich fast immer genügend Personen, die im Rahmen des Programmes unauffällig mitmachen. Sie sind eine stille Bestätigung für die „Richtigkeit“ des Programms. Es werden sich auch immer dankbare NutznießerInnen finden, die ihrer Begeisterung darüber, wie ihnen geholfen wurde, Ausdruck zu geben bereit sind.

Der Wohnungslose hat nach einer gewissen Zeit des Überlebens unter Bedingungen der Wohnungslosigkeit ja tatsächlich Überlebensstrategien im Großstadtdschungel gelernt und die nötigen Fertigkeiten des Alltags für das Halten einer Wohnung verlernt (oder hatte sie nie und konnte in seinem bisherigen Leben immer jemanden – meist eine Frau – finden, die an seiner Stelle das Nötige an Disziplin bei der Pflege von Körper, Kleidung und Wohnung sowie beim Bezahlen von Rechnungen aufbrachte).

Für die Auftraggeber der Sozialarbeit liegt also nahe, die Sozialarbeit als Erziehungsprogramm zu verstehen: Die Individuen sollen so erzogen werden, dass sie wenn schon nicht fit für ein Leben ohne Inanspruchnahme von Sozialprogrammen, wenigstens fit für das Programm sind, also im Laufe der Bearbeitung ihres „Falles“ immer besser zum Programm passen. Das soll Sozialarbeit an jenen bewerkstelligen, bei denen diese Fitness nicht von vornherein gegeben ist oder wo die mikrosozialen Bedingungen ungünstig sind.

Organisationen und Pseudoprofessionalisierung

Eine Grunderfahrung im Front-Line Social Work ist, dass dieser Anspruch bei manchen Fällen einlösbar ist, bei anderen aber wieder nicht. Die Programme zur Bearbeitung sozialer Probleme sind notwendigerweise in einer erklecklichen Anzahl von Fällen irreparabel unpassend.

Subjektiv kann das bedauert werden: Die Sehnsucht mancher StudentInnen und PraktikerInnen der Sozialen Arbeit nach der Eindeutigkeit und danach, die Sozialarbeit möge unzuständig werden, wenn ihre Hilfen nicht greifen und wenn die Lage zu aussichtslos wird, ist verständlich – aber sie ist kontraproduktiv, denn sie lehnt ab, die Aufgabe zu übernehmen, für die es sich lohnt, Sozialarbeit zu finan-

zieren. Absurderweise wird von manchen Leitungsebenen und auch von manchen Front-Line-SozialarbeiterInnen aber die Herstellung von Überschaubarkeit mit allen Mitteln (i.d.R. bürokratischen), die Nichtbeschäftigung mit Schwierigem als Professionalität missverstanden. Hier greift das zweite eingangs erwähnte Charakteristikum der Sozialen Arbeit: Sie ist notorisch in ihren Vollzügen an Organisationen gebunden. Da KlientInnen sich ihre SozialarbeiterInnen hierzulande nicht selbst zahlen können, muss ihre Arbeit anders finanziert werden – und sie wird es über Organisationen, die SozialarbeiterInnen anstellen. Die Organisationen bezahlen und legitimieren ihr Fachpersonal, sie stellen Arbeitsmittel, Macht und soziales Kapital zur Verfügung, das mehr oder weniger erfolgreich auch zum Nutzen des Klientels eingesetzt werden kann. Die Organisation ist ein Werkzeug der Sozialen Arbeit, aber sie ist auch ihre Existenzbedingung.

Für eine selbstständige professionelle Kultur sind das schlechte Bedingungen: Die Macht der Anstellungsträger über die Angehörigen der Profession erfährt keine Relativierung. Weder gibt es hierzulande eine einflussreiche, professionelle Normen formulierende und überwachende Organisationsform der Profession selbst, noch sind die KlientInnen der Sozialarbeit zur Wahrung ihrer Interessen organisiert. Die einzelnen Fachkräfte sind damit in ihrer Bestätigung als Profis immer wieder auf die Organisation verwiesen, bei der sie angestellt sind. Dieses Setting fördert nicht gerade professionelle Autonomie, die eine gewisse Unabhängigkeit von den Anstellungsträgern erfordert. Den gestaltenden Eingriffen der Leitungsebenen sind die SozialarbeiterInnen also verhältnismäßig ungeschützt ausgeliefert.

Wenn die Anstellungsträger allein sind, wenn ihr einziger potenter Gesprächspartner das regelnde und finanzierende politische System ist, dann ist eine Tendenz des Opportunismus unvermeidlich. Sie äußert sich unter anderem in jenen Bestrebungen, die ich als Pseudoprofessionalisierung bezeichnen möchte.

Was wäre unter Pseudoprofessionalisierung zu verstehen? Das wären all jene strukturierenden Praktiken, die auf den ersten Blick den Anschein von Professionalisierung, von Verwissenschaftlichung erwecken. Das Präfix „pseudo“ verdienen sie sich dadurch, dass sie die stets prekären und gefährdeten Möglichkeiten einer an der Eigenlogik des Falles orientierten Arbeit nicht unterstützen, sondern einschränken und untergraben. Pseudoprofessionalisierung tut so, als erhöhte sie die Professionalität, gleichzeitig storniert sie die Bedingungen der Möglichkeit von Professionalität. Pseudoprofessionalisierung ist also – unter Berücksichtigung der vorhin beschriebenen ambivalenten Existenzbedingungen von Sozialarbeit – eine notwendige Tendenz, mit der zu rechnen ist.

Ich will dies nun am Beispiel des Umgangs mit der Logik von Stillstand und Beschleunigung in der Arbeit mit dem Fall explizieren. Bedeutsam werden Zeit-

logiken und Dynamik, weil Managerialismus und Bürokratisierung als Organisationsstrategien auf eine Erhöhung der Planbarkeit von Sozialer Arbeit zielen.

Zeitlogiken und Planung

- ▷ Die Planbarkeit des Arbeitseinsatzes in der Sozialarbeit ist durch einige in der Sache liegende Faktoren deutlich eingeschränkt. Sozialarbeit als Hilfestellung bei einem nicht-gelungenen Alltag ist in ihrem Fortgang wesentlich von Prozessen abhängig, die sich ihrem direkten Zugriff entziehen. Es ist die Logik und Dynamik der wirklichen Lebenssituation der KlientInnen, die Tempo und Zeitaufwand bestimmen. Das bedeutet einmal Verlangsamung bis zum Stillstand, dann Phasen rasanter, manchmal krisenhafter Zuspitzung und Entwicklung. Dieser Ablauf ist charakteristisch für hochkomplexe Systeme, und wenn jemand ein Bild dazu braucht, so sei auf analoge Dynamiken in der Politikgeschichte verwiesen: Die relative Stagnation der politischen Situation in Europa in den 80er-Jahren und die Rasananz der Umbrüche 1989/90. Ähnliche Abfolgen von scheinbarem Stillstand und dramatischen Entwicklungen finden wir bei vielen Fällen der Sozialarbeit. Eine Untersuchung dieser Abfolge von Langsamkeit und Beschleunigung, der unterschiedlichen Zeitlogiken von Entwicklungen des Alltagslebens und der Beratung/Betreuung steht meines Wissens noch aus.
- ▷ Es sind mehrere Systemdynamiken, die für eine erfolgreiche Fallbearbeitung eine Rolle spielen: Die Körperlichkeit der KlientInnen, ihr Bewusstsein, das soziale System des nahen Umfelds, gesellschaftliche Funktionssysteme. Sozialarbeit ist methodisch unbescheiden bis zum Größenwahn: Sie interveniert in das System Bewusstsein (Beratung), nahes Umfeld und Funktionssysteme (Feldinterventionen). Ihre Interventionen sind aber sanft, und sie sind umso wirkungsvoller, als sie die Eigendynamik der Systeme zu nutzen verstehen. Es ist eine Kombination aus Größenwahn und Bescheidenheit (Wissen von der Beschränktheit der eigenen Eingriffsmöglichkeiten), die ihren Reiz und ihr Potenzial ausmachen.
- ▷ Zurück zur Logik und Ökonomie der Zeit: Die methodischen Probleme scheinen relativ klar: In Zeiten des scheinbaren Stillstands bereiten sich die großen Veränderungen vor, aber das ist nicht notwendigerweise erkennbar. Der Arbeitseinsatz ist zu diesen Zeiten relativ gut planbar, aber er zeitigt vorerst keinen erkennbaren Effekt. Es ist auch unklar, ob er jemals Wirkung zeigen wird; in Zeiten der Beschleunigung ist intensiver Einsatz angesagt, der Effekt ist sehr groß, die Planbarkeit ist gering, denn die Beschleunigung kann völlig überraschend von einem Tag auf den anderen eintreten. Aber nicht einmal dieser Ablauf ist antizipierbar. In anderen Fällen sind die Entwicklungen nämlich langsam und relativ kontinuierlich, zu einer Beschleunigung kommt

es nie. Die stattgehabte Veränderung erschließt sich erst im Rückblick: Siehe da, es hat sich ja tatsächlich etwas geändert in den letzten zwei Jahren.

- ▷ Soweit die Zeitlogik der Fälle. Für Organisationen ist ein solcher Ablauf ein Horror. Die mittelfristige Planung des Arbeitsaufwandes je Fall ist nur schwer möglich, eine diagnostisch orientierte Eingangsphase ändert da wenig. Wer weiß schon, wann die Beschleunigung eintritt? Viele Organisationen reagieren darauf mit einem gezielten Ignorieren der zeitlichen Eigenlogik der Fälle. Und siehe da: it works. Die Organisationen haben die Macht, ihren eigenen Einsatz zu bestimmen. Und wenn intensive Begleitung in Krisensituationen nicht vorgesehen ist, dann wird sie eben nicht geleistet. Das Misslingen von Interventionsprozessen lässt sich ja bequem den KlientInnen schuldhaft anlasten: Sie sind zu schlecht organisiert. Hier wird tautologisch argumentiert. Die Inanspruchnahme von Hilfe ist etwas, das man können muss, und diese Fähigkeit korrespondiert mit den Fähigkeiten, die man für ein Bestehen in der leistungsorientierten Gesellschaft sich selbst disziplinierender Individuen benötigt. You see: Das Sozialwesen tendiert dazu, die Mechanismen der Gesellschaft, in die es eingebettet ist, zu verdoppeln¹, allerdings kräftig garniert mit einer Anleihe bei den mechanistischen Planungsillusionen des untergegangenen Realsozialismus.
- ▷ Zielverordnung. Neben der unerträglichen Phrase von der „Krise als Chance“ hatte in den letzten Jahren auch jene moralisierende andere Konjunktur: „Wer kein Ziel hat, für den ist jeder Weg der richtige“. Gemeint ist sie i.d.R. nicht als Frohbotschaft der Gelassenheit, sondern als Imperativ: Du musst Ziele formulieren, einen Lebens- bzw. Behandlungsplan machen. Dokumentationssysteme werden so angelegt, dass Ziele zu benennen sind, denen jeweils Maßnahmen zugeordnet werden sollen. Was die Managementebene mit Zielen meint, ist in aller Regel die statische Zielplanung, die im Rahmen einer Zielvereinbarung mit den KlientInnen über einen mittleren oder längeren Zeitraum (3 Monate und mehr) festlegt, worum es im Interventionsprozess gehen soll. Die dahinterliegende Vorstellung ist, dass sich durch Zielformulierung und Zielvereinbarung Interventionsprozesse überschaubar und abrechenbar gestalten könnten. Wird das Ziel nicht erreicht, kann gefragt werden, warum das so gewesen sei. Wird es erreicht, kann die Arbeit als erfolgreich abgehakt werden. Praktisch begünstigt diese Vorstellung Schematismus und die Verordnung von Zielen durch die Organisation². Das Elend dieser Art von Zielplanung zeigt sich in Hilfeplänen, bei denen erkennbar die Eigendiagnosen und persönlichen Ziele der KlientInnen nicht vorkommen oder überhaupt nicht adäquat abgefragt wurden. Die Fachkräfte lösen ihr eigenes Problem, nämlich ein Formular mit Zielen zu füllen, indem sie auf das scheinbar Naheliegende zurückgreifen: Auf die Norm. Wer säuft, soll trocken werden, wer seine Kinder schlägt, soll damit aufhören, wer keine Arbeit hat, soll fit for work werden. Bei Nicht-Gelingen wird Abbruch der Hilfe in Aussicht gestellt und scheint auch legitimiert.

- ▷ Habitualisiertes Beantworten von Problemen der Lebensführung mit institutionellen Angeboten: Während das Eingehen auf die Möglichkeiten, die sich im Lebenszusammenhang der KlientInnen selbst finden, das Zulassen von Unwägbarkeiten und mitunter beträchtliche Verzögerungen bei der Fallbearbeitung erfordern würden, ermöglicht der habitualisierte Rückgriff auf institutionelle und professionelle Ressourcen oft eine rasche und in der Organisation gut akzeptierte „Lösung“ von auftauchenden Problemen³. Die Beschäftigung von Institutionen des Sozialwesens mit Personen, die einmal die Beachtung des Funktionssystems gefunden haben, kann also rasch eskalieren und Metastasen erzeugen. Aus der Perspektive einer einzelnen Organisation betrachtet, bleiben so die Fälle übersichtlich und können Entscheidungen relativ rasch getroffen werden. Eine Draufsicht auf das System lässt jedoch einen fortschreitenden Ersatz des „natürlichen“ sozialen Umfelds jener KlientInnen durch institutionalisierte Substitute erkennen.
- ▷ Schließlich generiert der Versuch einer weitgehend von der Einzelfalllogik abgekoppelten Vorstrukturierung von Fallbearbeitungsprozessen Respektlosigkeit: Er verlangt die Unterordnung der KlientInnen unter die Ablauflogik der Organisation, und zwar vorerst relativ unabhängig davon, wie drängend oder auch relativ stabil seine derzeitige Lebenssituation ist.

2003 führten in einer europäischen Großstadt einige parallele Entwicklungen dazu, dass Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen waren, eine wesentliche Verschlechterung des Services hinnehmen mussten. Gingen sie aufs Sozialamt, bekamen sie nicht Geld, sondern nur einen Gesprächstermin. Die Wartezeit auf dieses erste Gespräch betrug mehrere Wochen, zwei Monate waren die Regel.

Was war geschehen? Die neue Leitung des Sozialamts hatte einige einschneidende organisationsinterne Maßnahmen gesetzt, um die Qualität der Betreuung durch das Sozialamt zu verbessern. Statt Juristen saßen nun Sozialarbeiter in der Führungsetage.

Es wurde angeordnet, dass alle Antragsteller vor formaler Einreichung ihres Antrags auf Sozialhilfe ein Assessmentgespräch mit einem Sozialarbeiter zu führen hätten. In diesem Gespräch sollte nicht nur geklärt werden, ob der Hilfesuchende die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt, sondern es sollte auch seine Lebenslage besprochen und ggf. ein Hilfeplan erstellt werden.

Gleichzeitig entwickelte sich der Arbeitsmarkt in der Stadt ungünstig und die Bezugsvoraussetzungen für Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung wurden verschärft. Das führte dazu, dass die Zahl der Antragsteller auf Sozialhilfe sprunghaft anstieg.

Die paradoxe Folge der Bestrebungen zur Verbesserung des Services war: Das Service verschlechterte sich massiv. Oder deutlicher: Menschen, die Anspruch

auf Sozialhilfe hatten, kamen nicht oder erst nach absurden Verzögerungen zu ihrem Geld.

Dieses Beispiel verweist darauf, dass sich Ablauflogiken nicht ohne Rücksicht auf die spezielle Zeitlogik der Fälle gestalten lassen, selbst dann nicht, wenn auf den ersten Blick methodische Verbesserungen eingeführt werden.

Soziale Arbeit benötigt Schnelligkeit, und sie benötigt Verlangsamung. Sowohl das eine wie das andere. Für die Organisation ist beides ein Ärgernis.

Strategien des Überlebens in Ambivalenz

All diesen Strategien der Organisationen steht das Ethos des Berufs gegenüber. Es verlangt Achtung vor den KlientInnen, ein Eingehen auf deren Bedürfnisse, ein Engagement gegen soziale Ungerechtigkeit. Aber wie das eben so ist mit dem Ethos: Es wird allzuleicht schal und leer, vor allem, wenn es in der täglichen Arbeit und im Leben der Organisationen nicht mit Macht gekoppelt ist.

Diese Macht wäre zu erringen: Der Sozialarbeit kann es als Profession nur nützen, wenn die KlientInnen eine Stimme bei der Diskussion um Standards der Sozialen Arbeit hätten. Dazu wären allerdings selbstständige Organisationsformen erforderlich, die nicht gleichzeitig jene der Profession wären bzw. die nicht von der Sozialarbeit dominiert wären: eine Frage der Glaubwürdigkeit. Die spürbaren Vorbehalte des Berufsstandes gegen eine Kontrolle durch die NutzerInnen (oder von den NutzerInnen beauftragten Personen/Organisationen) sind kontraproduktiv. Es wäre zu wünschen, dass die Profession in ihrem Selbstverständnis endgültig in einer demokratischen Welt ankäme und die letzten (?) Reste eines patriarchalen und/oder matriarchalen Verständnisses ihrer Funktion entsorgte: Was Sozialarbeit macht, ist nicht per se und automatisch gut und moralisch sauber. Sie kommt nicht ohne Kontrolle durch die NutzerInnen aus.

Daneben bedarf es einer Formulierung professioneller Standards oberhalb der Ebene der einzelnen Organisationen. Auch dies wäre zu verstehen als ein Gegengewicht zu den Normierungsversuchen des Managerialism: eine Stärkung der Stimme der Profession gegenüber der Definitionsmacht der Leitungsebenen.

Diese Stärkung von Gegengewichten ermöglichte erst ein Aushandeln und Ausbalancieren jener Ambivalenz, die Existenzbedingung der Sozialen Arbeit ist.

Steuerung durch Sozialarbeit

Kürzlich wurde hierzulande ein neues Heim für Wohnungslose eröffnet. Die Leiterin stellte ein Konzept vor, das darauf baut, dass die künftigen Bewohner hier nur vorübergehend Unterkunft finden. Es ist ein Programm der Ertüchtigung (wenn man will: des Empowerment). Solche Programme sind für manche KlientInnen tatsächlich hilfreich, vor allem, wenn sie mit guten und langjährig bewährten Techniken der Sozialen Arbeit verbunden werden: Sanft nachgehender Sorge und konsequent zur Schau gestelltem Optimismus, dass die Lage des Klienten verbessert werden kann. Illusionär ist allerdings, dass alle davon profitieren könnten. Jene, deren Chancen für sozialen Aufstieg äußerst gering sind, für sie gibt es Perspektiven nur als *Fata Morgana*.

Interessant ist derzeit die Dominanz der Ertüchtigungsprogramme gegenüber den akzeptierenden Programmen; es fällt die Absurdität auf, dass die Ertüchtigungsprogramme immer dann Hochkonjunktur haben, wenn die gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen dafür besonders ungünstig sind. Interessant ist auch die Affinität von Ertüchtigungsprogrammen zu Zwangsprogrammen. Die Forderung nach Selbstständigkeit, von oben vorgegeben, legt den Zwang zu Selbstständigkeit nahe, das Reduzieren von Sorge für die Menschen. Das Gouvernamentalitäts-Konzept ermöglicht es, auch die Ausrichtung der Sozialen Arbeit auf die Unterstützung der Selbststeuerung der Individuen (und der Herstellung von Verhältnissen, unter denen die Selbststeuerung möglich und erfolgreich werden kann) als Techniken der Gesellschaftssteuerung zu sehen und zu beschreiben. Es verstellt aber m.E. den Blick darauf, dass Soziale Arbeit innerhalb des Diskurses über die Gestaltung der Gesellschaft bzw. der Steuerungstechniken eine relativ eigenständige Position einnimmt. Sie steht für eine individualisierende (subjektorientierte), akzeptierende (lebensweltorientierte), dialogische und somit sanfte Steuerung. In ihren besten Modellen unterstützt sie die organisierte Artikulation der Interessen ihrer Zielgruppen. Das ist dialektisch zu sehen: Eben dadurch, dass sie über beruflichen Ethos eine reine Steuerungsaufgabe verweigert, erfüllt sie ihre spezifische Steuerungsfunktion. Sie arbeitet mit der Paradoxie des Rufes von oben nach Selbststeuerung der Individuen. Methodisch geht sie davon aus, dass ihre KlientInnen sich schon selbst steuern, dass sie also schon dort angelangt sind, wo sie hin sollen. Nur so gelingt es ihr, Ermöglichung von Selbststeuerung auch als Anforderung an die soziale Umwelt der KlientInnen zu formulieren.

Die KlientInnen können nicht aus der Gesellschaft flüchten. Ihr KlientInnenstatus ist ein stigmatisierter und stigmatisierender, ein Status reduzierter Mündigkeit. Ein Ausstieg aus diesem Status kann eine Befreiung aus Unmündigkeit sein, aber auch ein Absinken auf einen Status, wo sie keine Aufmerksamkeit

mehr verdienen, wo der gelegentliche Zugriff der Polizei oder von Sicherheitsdiensten die letzten Reste von gesellschaftlicher Steuerung sind, die sie erfahren. Wenn die Selbststeuerung nach den Kriterien der Bearbeitungsprogramme nicht gelingt, wird der Ausschluss weitergetrieben.

Derzeit läuft die Soziale Arbeit Gefahr, ihre spezifische Funktion aufzugeben. Und zwar gerade deshalb, weil manche Institutionen der Sozialen Arbeit allzu eifertig versuchen, ihrem vermeintlichen gesellschaftlichen Auftrag nachzukommen. Wenn Soziale Arbeit genau das macht, was die Politik von ihr verlangt, wird sie bald entbehrlich sein. Nur dann, wenn sie die Vorgaben der Politik zwar zur Kenntnis nimmt, aber unterläuft, bleibt sie nützlich. Sie funktioniert, weil sie *nicht* in erster Linie kontrollierend, bürokratisch und pädagogisch ist. Sie bekommt Geld, weil sie *auch* kontrollierend, bürokratisch und pädagogisch ist.⁴ Sie ist Teil des Regierens, daher kann sie weiterhin sein. Sie ist besonders wirksam, wo sie ihre Existenzbedingungen unterläuft. Und jene Sozialarbeitswissenschaft ist klug, die diese grundlegende Dialektik sieht und benennen kann.

Anmerkungen

- 1 Eigentlich noch schärfer: das Sozialwesen lässt jene Spielräume nicht mehr zu, die die Gesamtgesellschaft sehr wohl offen lässt. Es ist tendenziell totalitär, will die „Betroffenen“ auch noch clean, selbstbestimmt, glücklich, gesund lebend etc. machen. Die Gesellschaft hingegen lässt Devianz zu, bietet Räume, in denen diese sich entwickeln kann. Das Sozialwesen unterwirft tendenziell jene Personen, die in seinen Einflussbereich kommen, einer Befürsorgung, die die Autonomie in der Wahl ihres Lebensstils einschränkt. Das Mittel ist u.a. die Verordnung von Zielen.
- 2 Näheres und kritisches zu dieser Art der Zielplanung findet sich bei Possehl (2002).
- 3 Christa Neuberger (2004: 177ff.) kommt zu einem ernüchternden Befund über die Einbeziehung von Ressourcen des Sozialraums bei Fällen des ASD in München – und Beobachtungen sprechen dafür, dass das in anderen Städten kaum anders ist.
- 4 Bardmann (2001) schreibt von der „Schmuddeligkeit“ der Sozialarbeit, von „Eigenschaftslosigkeit als Eigenschaft“. Er betrachtet ihre Fähigkeit, sich nicht festlegen zu lassen, als Bedingung ihrer Möglichkeiten. Man könnte sagen, Sozialarbeit tut, was sie tun soll, und tut es doch nicht. Versuche, sie dazu zu bringen, dass sie endlich tut, was sie tun soll, würden dann dazu führen, dass sie nicht mehr tun kann, was sie soll. Oder anders: Wenn Sozialarbeit nur mehr Teil der Regierung ist, verschwindet sie als Profession.

Literatur

- Bardmann, Theodor M. 2001: Eigenschaftslosigkeit als Eigenschaft. Soziale Arbeit im Lichte der Kybernetik des Heinz von Foerster. In: Das gepfefferte Ferkel. Online-Journal für systemisches Denken und Handeln November 2001: <http://www.ibs-net-world.de/ferkel/von-foerster-05.shtml> am 8.3.2002.
- Neuberger, Christa 2004: Fallarbeit im Kontext flexibler Hilfen zur Erziehung. Sozialpädagogische Analysen und Perspektiven. Wiesbaden.
- Possehl, Kurt 2002: Zielvereinbarungen mit KlientInnen in der Sozialen Arbeit. In: sozialaktuell Nr. 19: http://www.sbs-aspas.ch/deutsch/archiv.sozialaktuell/2002/artikel_1_19_02.pdf
- Timms, Noel 1997: Taking Social Work Seriously: The Contribution of the Functional School. In: British Journal of Social Work: Vol. 27 Number 5 October . Oxford (GB): Oxford University Press. S. 723–737.

*Prof. Mag. Dr. Peter Pantucek, FH St. Pölten GmbH,
Herzogenburger Straße 68, A-3100 St. Pölten
E-mail: lpantucek@fh-stpoelten.ac.at*

Kleine Verlag

aktuell

Michael Langhanky, Cornelia Frieß, Marcus Hußmann, Timm Kunstreich

Erfolgreich sozialräumlich handeln

Die Evaluation der Hamburger Kinder- und Familienhilfezentren

Impulse Werkstatt Fachhochschule, Band 13

2004, ISBN 3-89370-396-9, 208 Seiten, € 20,60 / SFr 36,20

In der aktuellen sozialen Arbeit gibt es erfolgreiche sozial-räumliche Handlungsansätze und Praxen, die einer eingehenden Untersuchung wert sind. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie die theoretisch hinreichend ausbuchstabierten Forderungen nach Lebensweltorientierung, Regionalisierung Vernetzung und Sozialraumorientierung tatsächlich in die Praxis umsetzen.

In diesem Band werden anhand solch gelingender Praxen Arbeitsprinzipien sozial-räumlichen Handelns vorgestellt, mit deren Hilfe die Organisationen eine Versäulung von Hilfen, Selbstreferenz und Konkurrenz hinter sich lassen. Stattdessen orientieren sie sich am ‚Einzelfall im Feld‘ und an dort zur Verfügung stehenden Ressourcen. Sie stellen responsive Organisationsstrukturen und eine gewinnbringende Kooperation in den Mittelpunkt ihres Handelns.

Die Ergebnisse dieses Blicks auf gelingende Praxen weiterentwickelnd, skizzieren die Autoren eine empirisch fundierte generative Grammatik sozialräumlichen Handelns. Mit diesen Überlegungen soll die Debatte um Methoden und Könnerschaft in der Sozialen Arbeit bereichert werden.



Werner Brayer

Übersetzungsdienst Schnelsen – Mittler zwischen den Welten

Nachfolgender Artikel ist kein wissenschaftlicher Bericht. Er beschreibt am Beispiel eines Projektes – dem Übersetzungsdienst in Hamburg-Schnelsen – den Versuch, im Stadtteil vorhandenen Potentialen Geltung zu verschaffen und gleichzeitig Zugänge und gesellschaftliche Teilhabe für Migrantinnen und Migranten zu ermöglichen oder zumindest zu verbessern.

Mit dem Projekt soll dem gesellschaftlichen Zustand der Ausgrenzung von Migranten und Flüchtlingen auch in sprachlicher Hinsicht begegnet und ihnen zu einer stärkeren Artikulation ihrer Bedürfnisse und Interessen verholfen werden.

„Das interkulturelle Zusammenleben von Menschen aus den verschiedenen Gesellschaften, Kulturen und Ländern hängt entscheidend von den kommunikativen Möglichkeiten der Menschen ab. Andere zu verstehen oder selbst verstanden zu werden, erfordert weitgehende sprachliche und kulturelle Kompetenzen. Sind die Ressourcen der Verständigung eingeschränkt, bleibt dem Individuum der Zugriff auf wichtige Informationen zur Gestaltung seiner sozialen, rechtlichen und gesundheitlichen Bedürfnisse weitgehend versagt. Dies gilt besonders für Arbeitsmigranten, Flüchtlinge und Spätaussiedler“. (Ramazan Salman, Plädoyer für die Einrichtung von Dolmetscherdiensten im Sozial- und Gesundheitswesen; Ramazan Salman ist Mitbegründer und Geschäftsführer des Ethnomedizinischen Zentrum Hannover)

Der Übersetzungsdienst Schnelsen trägt der Tatsache Rechnung, dass in der BRD bis heute – außer vor Gericht und in Ausnahmefällen im Gesundheitswesen, z.B. vor Operationen – ein regelhafter Einsatz von ausgebildeten ÜbersetzerInnen nicht etabliert ist. Das Fehlen eines solchen Kommunikationsinstrumentes wird seit Jahrzehnten von Menschen mit Migrationshintergrund dadurch kompensiert, dass sie Kinder, Freunde oder Verwandte mit zu Terminen bei Ärzten oder Behörden nehmen, damit diese dort für sie übersetzen. So war es auch vor dem Bestehen des Übersetzungsdienstes Schnelsen keine Seltenheit, dass z.B. Kinder ihre eigenen schulischen Leistungen aus Sicht des Lehrers den Eltern übersetzen mussten. Mag hier noch ein leichtes Schmunzeln aufkommen, lassen sich doch die Leistungen nach oben hin korrigierend „interpretieren“, wird es

völlig fatal, denkt man an Übersetzungen im Gesundheitsbereich und den entstehenden Gefährdungen aber auch Überforderungen der jeweiligen „Übersetzer“.

Bereits 1998 hatte das Kinder- und Familienzentrum Burgwedel/Schnelsen einen Übersetzungsservice mit Hilfe von Laiendolmetschern aus dem Stadtteil initiiert, insbesondere mit Blick auf eine in Burgwedel vorhandene Einrichtung für Asylsuchende und Flüchtlinge und den auf Grund vorenthaltener Integrationsmaßnahmen entsprechend eingeschränkten Deutschkenntnissen. Mit Beginn der Arbeit des Schnittstellenprojektes Schnelsen Süd im Jahre 2001 wurde – auch unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus Burgwedel – der Übersetzungsdienst Schnelsen-Süd aufgebaut und konzeptionell weiterentwickelt. Heute sind beide Ansätze zu einem gemeinsamen Dienst zusammengeführt und entfalten ihre Wirkung für ganz Schnelsen.

Wie funktioniert der Dienst?

Im Team des Übersetzungsdienstes Schnelsen sind inzwischen etwa 20 Menschen mit Migrationshintergrund aktiv, die die größten Sprachgruppen in Schnelsen abdecken, insbesondere Türkisch, Farsi, Dari, Urdu, Serbo-Kroatisch, Russisch sowie auch einige Sprachen, die seltener abgefragt werden, wie z.B. Englisch oder Spanisch, Farsi, Dari und Urdu sind Sprachen, die im Iran, in Afganistan und Pakistan gesprochen werden.

Die Übersetzer sind allesamt Laiendolmetscher. Sie beherrschen ihre Muttersprache sehr gut und verfügen natürlich über gute Deutschkenntnisse. Häufig sind es Menschen, die auf Grund von Flucht und Migration ihre Herkunftsbio-graphien durch Restriktionen und Einschränkungen hierzulande nicht fortsetzen konnten, aber über hohe intellektuelle Potentiale verfügen. Angesprochen und „geworben“ wurden die Übersetzer und Übersetzerinnen über das Kinder- und Familienzentrum (KiFaZ).

Durch eine von Anfang an enge Zusammenarbeit mit dem Ethnomedizinischen Zentrum Hannover, welches über eine langjährige Erfahrung im Einsatz von Dolmetschern insbesondere im Gesundheitsbereich und über einen entsprechenden fachtheoretischen Hintergrund verfügt, konnten für alle Übersetzer mehrere Wochenendfortbildungen organisiert werden. Dabei ging es neben ganz praktischen Fragen wie etwa Techniken des Dolmetschens, v.a. auch um Fragen der Vertraulichkeit und der Verschwiegenheit sowie immer wieder auch um Rollenkonflikte, die beim Übersetzen entstehen können.

Bekannt gemacht wurde der Dienst über einen Flyer in den verschiedenen Sprachen, die der Übersetzungsdienst abdeckt sowie einen in deutscher Sprache, der an Einrichtungen und Institutionen verteilt worden ist.

In Anspruch genommen werden kann der Übersetzungsdienst von zwei Seiten. Zum einen von den Einrichtungen, bzw. Institutionen wie Behörden, Schulen, Ärzte oder Krankenhäuser etc.. Zum anderen von den Menschen im Stadtteil direkt. Letzteres ist die Regel. In über 90 Prozent der Fälle fragen Menschen mit geringen Deutschkenntnissen direkt nach einem Übersetzer und verabreden sich mit diesem an dem entsprechenden Einsatzort. In etwa zwei von drei „Fällen“ ist dieser Ort ein Arzt oder ein Krankenhaus, d.h. ein Großteil der Einsätze des Übersetzungsdienstes findet im Gesundheitsbereich statt. Das übrige Drittel verteilt sich auf Behörden oder Einrichtungen wie Ausländerbehörde, Sozialamt, Arbeitsamt, Schule oder Jugendamt.

Rein praktisch läuft die Vermittlung über das Büro des Schnittstellenprojektes, bzw. über das KiFaZ. D.h., hier melden sich die, die einen Übersetzer benötigen und bekommen hier den entsprechenden Kontakt vermittelt.

Zwar mit steigender Tendenz aber immer eher noch selten ist die Nachfrage durch Behörden und Einrichtungen selber. Getreu dem Motto, die Amtssprache ist deutsch, werden nach wie vor unsinnige und unmögliche Anpassungsleistungen von den „Kunden“ verlangt, die diese einfach nicht erfüllen können. Das Nichtverstehen auf Behördenseite führt dann leider häufig für die Betroffenen zu nachteiligen Entscheidungen und zu Einschränkungen ihrer Rechte. Schon häufiger wird der Dienst inzwischen von Einrichtungen in Anspruch genommen, die Informationsblätter, z.B. Veranstaltungshinweise, Mitteilungen für Elternsprechtage übersetzt haben möchten. Eine weitere Einsatzebene sind Veranstaltungen wie z.B. Gesundheitsgespräche für Frauen, Elternabende an der Schule oder auch Nachmittage zur Übersetzung von Berichtszeugnissen.

Für die Nutzer und Nutzerinnen ist der Dienst kostenfrei. Formale Voraussetzung ist, dass sie aus Schnelsen kommen. Eine räumliche Ausweitung des Übersetzungsdienstes wäre zwar – gemessen an dem Bedarf an Dolmetschern in Hamburg – sinnvoll, aber unter Kostengesichtspunkten nicht zu realisieren. Schon jetzt werden jährlich weit über 1.000 Stunden übersetzt. Die Übersetzer erhalten für ihre Übersetzungstätigkeit eine kleine Aufwandsentschädigung, die aus der Zuwendung für das Schnittstellenprojekt gezahlt wird. Diese liegt deutlich unter den Honorarsätzen, die für professionelle Dolmetscher bezahlt werden.

Aber nicht nur unter Kostengesichtspunkten sondern auch aus konzeptioneller Sicht wäre eine Ausweitung und damit eine Umwandlung zu einem allgemeinen Dienst nicht unbedingt sinnvoll. Zumindest würde dadurch das Profil des Übersetzungsdienstes Schnelsen deutlich verändert.

Der Übersetzungsdienst Schnelsen ist als ein Projekt aus dem Stadtteil für den Stadtteil konzipiert und umgesetzt worden: die sprachlichen Kompetenzen eines

Teils der Bewohner des Stadtteils werden anderen Migrantinnen und Migrantinnen des Quartiers zugänglich gemacht als Hilfestellung bei der sprachlichen Bewältigung von Gesprächen mit Ärzten, Behörden, Schulen etc.. Diese Konzeption folgt dem Ansatz lebensweltliche Ressourcen zu beteiligen und zu aktivieren.

Nutzer des Übersetzungsdienstes und Übersetzer sind gleichermaßen Bewohner des Quartiers und kommen aus gleichen, bzw. ähnlichen lebensweltlichen Zusammenhängen. Oder einfacher ausgedrückt, die Sorgen und Nöte der Nutzer und Nutzerinnen unterscheiden sich nicht wesentlich von denen der Übersetzer. Diese Tatsache führt zu einem hohen Grad an Verständnis auf Seiten der Übersetzer für die Belange der Nutzer und es verhindert zum anderen weitestgehend paternalistische Sichtweisen, wie wir sie häufig in ehrenamtlichen Zusammenhängen oder aber auch in der sozialen Arbeit selber wieder finden.

Positiv wirkt sich in diesem Zusammenhang auch aus, dass in der Regel – wie bereits erwähnt – in über 90 Prozent der „Fälle“ die Nutzer auch gleichzeitig die Auftraggeber für die Übersetzer sind und eben nicht Behörden und Institutionen. Der Übersetzer wird quasi vom Nutzer zum Termin mitgebracht und ist auf Grund des bestehenden Beziehungsgeflechtes eine Unterstützungsinstanz auf Seiten des Nutzers. Umgekehrt, wenn also der Übersetzer Auftragnehmer einer Behörde wäre, wäre dieser möglicherweise viel stärker eingebunden in restriktive Handlungen und Abläufe.

Neben der individuellen Unterstützung für die einzelnen Nutzer und Nutzerinnen und auch den Serviceleistungen für Einrichtungen, hat sich im Laufe der Zeit eine weitere Handlungsperspektive des Übersetzungsdienstes entwickelt. Bedingt durch die eigenen Erfahrungen und die Tätigkeit im Übersetzungsdienst und den Erfahrungen, die hier gemacht werden, beginnen die Übersetzer ihre Position, ihre Kontakte und ihr Wissen für die Gestaltung des Gemeinwesens zu nutzen, indem sie Wege suchen, die in den Übersetzungssituationen hervortretenden Themen auf breiterer Basis in den migrantischen Communities wie in den deutschen Einrichtungen bearbeitbar zu machen:

„In den Diskussionen auf den Arbeitstreffen tritt sukzessive ein Verständnis der eigenen Position, nicht der einzelnen ÜbersetzerInnen, sondern des Übersetzungsdienstes Schnelsen als Vermittler zwischen Einrichtungen und migrantischer Bewohnerschaft zu Tage. Im gemeinsamen Erfahrungsaustausch über die absolvierten Übersetzungseinsätze werden Annahmen, Erfahrungswelten, Haltungen und Handlungsweisen der migrantischen KundInnen wie der Einrichtungen (Schule, Arzt, Behörde etc.) reflektiert. Die individuellen ‚Fälle‘ werden anhand ihrer Gemeinsamkeiten verallgemeinert. So entwickelt sich ein Wissen über Anliegen und Motivation der beiden ‚Systeme‘ migrantische Bewohnerschaft und deutsche Einrichtungen/Institutionen, sowie über systematische Kommunikationsprobleme und Missverständnisse zwischen beiden. Nachfolgend entstehen Ideen, wie dieses Wissen über die einzelnen Übersetzungssituationen hinaus in größerem Rahmen nutzbar gemacht werden kann.“

Der Übersetzungsdienst entwirft sich als eine Art Drehscheibe, die Wege schafft und initiiert, Informationen und Anliegen des einen Systems erfolgreich an das jeweils andere weiterzugeben.“ (Zitat aus dem Evaluationsbericht Juni 2003; Der Schreib- und Übersetzungsdienst Schnelsen Süd, Institut für Migrations- und Rassismusforschung)

Werner Brayer, c/o Schnittstellenprojekt Schnelsen-Süd,
Graf-Ernst-Weg 21, 22459 Hamburg
E-mail: proschnelsen@freenet.de

| | | |
|--|--|---|
|  | <p>ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT</p> | <p><input type="radio"/> Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar <input type="radio"/> Ich möchte die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. V.k.)</p> |
| | <p>In der aktuellen Ausgabe (5/05) u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> ◆ R. Müller: »Nach der Wahl ist grad' egal«, eher Kontinuität als Zäsur: Das Ende von Rot-Grün ◆ T.G.: »Rechte Kapitalismuskritik«, von der Schwierigkeit eines Kommentars angesichts der Effekte eines ranzigen Eimers roter Klassenkampf Farbe in den Medien ◆ Komitee für Grundrechte und Demokratie: »Weltmeister im Lagerbau«, Flüchtlingslager der EU ◆ »Selbstorganisation von MigrantInnen«, Kampagne zur Unterstützung der SOC in Gewächshausregion von Almeria ◆ Sissel Brodal: »«Normalisierung« in Almeria?«, internationale Delegation nimmt Situation der Landarbeiter in Andalusien und neuerliche Legalisierungskampagne unter die Lupe ◆ Klaus Dräger: »Angriff auf die EU-Arbeitszeitrichtlinie«, Kommission und Parlament wollen Schutzstandards aufweichen ◆ Exchains-Newsletter: »Kodex ist gut, Solidarität ist besser!« ◆ Renate Hürtgen: »Nicht richtig mitgespielt!«, die DDR-Arbeiter und das Staatswohl, zu Alheit/Haack: »Die vergessene ›Autonomie‹ der Arbeiter« | |
| <p>express</p> | | |
| <p>PF 102062 63020 OFFENBACH Tel. (069) 885006 Fax 821116 express-afp@t-online.de</p> | | |



Reinhart Wolff¹

1970–1975: In den Fängen totalitärer Traditionen – oder über den schwierigen Versuch, der Vergangenheit zu entkommen

Vor einigen Wochen rief mich Manfred Kappeler an und fragte, ob ich bereit wäre, heute hier auf der Festveranstaltung zu seiner Verabschiedung zu sprechen. Mir war nicht recht klar, warum er mich fragte, hatte ich doch in den letzten 30 Jahren faktisch keinen Kontakt mit ihm, dem ich in den 70er Jahren im Kontext des „Redaktionskollektivs“, wie es hieß, von „Erziehung und Klassenkampf“ – seit der 2. Nummer mit der Unterzeile: „Zeitschrift für marxistische Pädagogik“ – und dann an der Berliner Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (damals FHSS – später Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin) begegnet war. Ich zögerte zuerst, hatte ich doch eigentlich vor, mit meinen Studenten auf den „Resilienz-Kongress“ nach Zürich zu fahren; da es uns aber nicht gelungen war, das nötige Geld aufzutreiben, war der Termin im Februar wieder frei. Und irgendwie hatte ich das Gefühl einer Verpflichtung, also mich nicht entziehen zu können.

Meine Irritation nahm dann aber noch zu, als schließlich die offizielle Einladung kam, und zwar nicht, weil mein Name einmal wieder falsch geschrieben war, sondern weil ich las, was mir als Thema zugeordnet war: „*Die Kritik der totalen Institution: Heimkampagne/Erziehung und Klassenkampf/Gefesselte Jugend/Jugendpolitisches Forum*“. Was könnte, was sollte ich dazu sagen? Was hatte sich Manfred dabei gedacht? Auf was sollte sich das Wort von der „totalen Institution“ beziehen? Und um welche Kritik könnte es gehen? War eine Selbstbeschreibung oder sogar eine Selbstkritik des politischen Engagements in der Protestbewegung der 60er und 70er Jahre intendiert? Waren wir es, die „totale Institutionen“ kritisierten? Oder waren wir es nicht sogar selbst, die totalitäre, oder jedenfalls autoritäre Traditionen fortsetzten? Je mehr ich darüber nachdachte, um so weniger war es mir möglich, einen klaren Gedanken zu fassen, suchte ich ohne Erfolg nach einem Rahmen für den Vortrag, den ich von Tag zu

Tag vor mir herschob, wobei ich mir Vorwürfe zu machen begann, mich überhaupt darauf eingelassen zu haben.

Schließlich musste ich mir eingestehen, dass meine Schwierigkeiten etwas mit mir selbst – jedenfalls nicht mit Manfred Kappeler – zu tun hatten, mit meiner Abwehr, mich mit einer, meiner Geschichte zu beschäftigen, die ich zwar in meiner Analyse bei Wolfgang Hochheimer zur Sprache gebracht und bearbeitet hatte, öffentlich aber weder je bedacht, noch untersucht, sondern verschwiegen und gewissermaßen „abgelegt“ hatte. Und jetzt kam das Verdrängte wieder hoch und ich suchte in meinen Erinnerungen, wachte nachts auf und sah mich Wilfried Böse gegenüber, der dann später nach der wahnsinnigen Entführung der Air France-Maschine auf dem Flughafen von Entebbe 1976 endete, wie er uns in einer der letzten Sitzungen der Redaktion von *Erziehung und Klassenkampf* in der Nähe von Schloss Berlepsch agitierte, wir müssten jetzt schießen lernen. Oder ich rästelte herum, wer eigentlich welchen Artikel geschrieben hatte oder wer sich hinter welchen Pseudonymen verbarg – und wer überhaupt alles dazu gehört hatte. Die Redaktionsmitglieder selbst hatten sich ja klandestin hinter dem pauschalen Namen eines „Redaktionskollektivs“ verborgen gehalten, konnten wir nicht in erster Person dazu stehen, was wir veröffentlichten oder als Herausgeber verantworteten. Nicht unrealistisch, denn es wäre uns schlecht bekommen, zumal wir mit politischen Repressionen und Berufsverboten ja bereits genug zu tun hatten. Und es war ja auch nicht angenehm gewesen, permanent mit der Polizei im Schlepptau durch die Bundesrepublik zu reisen oder immer wieder von zivilen Beschattungsbeamten begleitet zu werden, die überall – nicht zuletzt in den Seminaren an der Freien Universität – herumstanden und ihre Beobachtungen machten, von welchen mir dann später (vor meiner Berufung zum Professor) einige in einer Anhörung in der Wissenschaftsverwaltung vorgehalten wurden.

Meine Irritation legte sich allerdings erst, als mir schließlich klar wurde, dass ich die Aufforderung, heute hier zu sprechen, auch als eine Chance sehen könnte, die Verleugnung der schwarzen, der totalitären Seite der Protestbewegung der 60er und 70er Jahre zu beenden und kritisch Stellung zu beziehen und damit auch eine Haltung aufzugeben, die ich mir in der Vergangenheit angewöhnt hatte, z.B. Aufforderungen, zwanzig oder 30 Jahre danach, stets ablehnte, etwas zu den 68ern zu sagen, und manchmal (verdeckt narzisstisch) hinzufügte, ich hätte keine Lust, mich als Studentenführer- oder Rädelführerdenkmal zu inszenieren. In Wirklichkeit wollte ich mich einem Teil meiner Geschichte nicht stellen, ging es um glatte Abwehr, mich ernsthaft mit der eigenen problematischen Vergangenheit, den eigenen Fehlern, der eigenen Verstrickung in die „Kontinuität eines Bruches“ – wie die Redaktion der „Widersprüche“ im Schwerpunktheft „68 wird 30“ dunkel andeutete – nämlich des Bruches mit der Tradition der Aufklärung und der Demokratie, d.h. der Kontinuität des politischen Autoritarismus

und der Gewalt auseinanderzusetzen. Und je mehr ich darüber nachdachte und mir das Material von früher zusammensuchte, das sich noch ganz oben auf meinem Bücherregal befand, hatte ich das Gefühl, dass ich einer kritischen Bilanzierung unserer Geschichte jetzt nicht mehr ausweichen konnte, die sich ja nicht – gewissermaßen ganz einfach und sachlich – als eine Geschichte „Von der Jugendfürsorge der Nachkriegszeit zur Kinder- und Jugendhilfe der Nach-Wende-Zeit“ erzählen lässt. Es bedarf schon einer kritischeren Anstrengung und es würde mir und meiner Generation möglicherweise überhaupt gut tun, eine solche kritische Bilanzierung jetzt zu versuchen, können wir doch nicht so entlastet wie C. Wolfgang Müller locker formulieren: „Also ’68. Dies vorweg: Ich bin kein ‚68er“.² Ich war einer! Und ich war dabei, jedenfalls bis etwa 1974/75. Und ob „das Suchen im Gestern“³ nach vorne weist, wird sich zeigen.

Jedenfalls habe ich mir diese Suche bisher nicht zugemutet und bin ihr bisher eher ausgewichen, zuletzt in meinem Beitrag im Rahmen der Vorlesungsreihe meiner Schüler „Theorie-Kulturen in der Sozialen Arbeit“ im Sommer-Semester 2002 an der Alice-Salomon-Fachhochschule, wie ich mit Scham feststellen muss. Hier hatte ich einseitig nur die helle Seite der Geschichte, wie man sagen kann, mit einem winzigen Hinweis auf die dunkle Seite, beleuchtet und schließlich nach Hinweisen auf die politischen Bildungsseminare der Evangelischen Studentengemeinde und die Anfänge der Protestbewegung Mitte der 60er Jahre formuliert:

„Die **Kritische Universität** – ein Projekt selbstbestimmten Lernens der protestierenden Studenten 1968, an dem ich wesentlich beteiligt war – schien uns damals eine notwendige Konsequenz aus Bildungserfahrungen und kritischer Protestbewegung zu sein. Sie war getragen von der Idee: Wissenschaft ist ein erotisches Unternehmen, voller Lust und Leidenschaft, sie zielt auf eingreifende Praxis, sprengt den Elfenbeinturm. Kritik ist ein Projekt der Freiheit. Es ist diese Erfahrung, die mir vor allem die Auseinandersetzung mit der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule und mit der Psychoanalyse vermittelte.“

Aus dieser Verbindung und den praktischen Erfahrungen der Protestbewegung (vor allem mit ihrem Impuls der Selbstorganisation) ergab sich dann auch das Projekt, in dem ich dann praktisch zum Pädagogen wurde: **die Antiautoritären Kinderläden**, an deren Gründung ich beteiligt war und die mich als Vater und Wissenschaftler wesentlich beeinflusst haben. Ihre Konzeption und Praxis habe ich vielfach beschrieben. Zwei Aspekte will ich herausstellen: (1) Erziehung ohne Zwang – so hieß der strategische Vortrag, der 1970 auf dem Dt. Jugendhilfetag in Nürnberg alle erregte⁴ – Erziehung zur Ich-Stärkung im solidarischen Gruppensammenhang, gegen die Überwältigung des Kindes durch die Übermacht der Erwachsenen und (2) außerfamiliale Erziehung als selbstorganisiertes Bündnis der Eltern, von Müttern und Vätern mit ihren Kindern, und später als Bündnis von Eltern, Kindern und Erzieherinnen und Erziehern. Was wir lernten,

lässt sich auf eine einfache Formel bringen: Wer Kinder kritisch, d.h. kreativ und selbstbewusst erziehen will, muss mit der Erziehung der Erzieher anfangen, d.h. mit der Reflexion der eigenen Erziehungserfahrungen. Sonst wird unser Erziehen blindes, wiederholungszwangmässiges Agieren.⁵ Und nun – 30 Jahre später – sind die Erfahrungen der Kinderläden wieder brandaktuell: sehen wir, dass die Familien ganz anders einbezogen, Partner der Kindertageseinrichtungen werden müssen, um mit und für Kinder Orte einer kreativen Kultur des Aufwachsens zu schaffen. Die wissenschaftliche Bilanz meiner Kinderladenerfahrungen und ihre Vertiefung stellt natürlich der mit Carol Hagemann-White erarbeitete Band, ‚Lebensumstände und Erziehung – Grundfragen der Sozialisationsforschung‘ (1975) dar den wir unter anderem als Habilitationsleistung nutzten. Hier geht es um ein kritisches Konzept menschlicher Entwicklung unter Bedingungen gegenseitiger Abhängigkeit. Schicht- und klassenspezifisch ebenso wie gender-spezifisch angelegt, fassten wir Sozialisation als Ineinander von Lebensverhältnissen und Lebensgeschichte, verstanden wir sozio-kulturelle Selbstproduktion unter Herrschaftsbedingungen als Möglichkeit zu Chance und Scheitern.

Dieser multidisziplinäre Aufbruch, der von der Psychoanalyse ebenso beeinflusst war wie von kritischer Soziologie und Sozialisationsforschung, hat mich dann immer mehr dazu motiviert, mich mit Fragen der Kindheit, Familie und Erziehung und überhaupt mit Fragen der Sozialen Arbeit zu beschäftigen, woraus sich dann das mir über mehr als zwei Jahrzehnte wichtigste Forschungsgebiet und Praxisfeld ergab – **Kindesmisshandlung und Vernachlässigung und die Praxis des Kinderschutzes**. Es war dies ein Interesse, das mir nicht allein half, die Gewalt zu thematisieren und nicht in ihr sich zu verstricken (wozu es ja viele Ansätze gegebene hatte – ich erwähne hier nur, dass Jan Raspe, der dann später zur RAF stieß, bei mir seine Diplomarbeit geschrieben hatte) und zu versuchen, sie praktisch zu überwinden. Das Projekt, das mir in diesem Zusammenhang gelang und womit ich schließlich in der Sozialarbeit angekommen war, war das **Kinderschutz-Zentrum Berlin** (gegründet im Oktober 1975) als Wissenschafts-Praxis-Modell bevölkerungsnaher, nicht-straft-orientierter Sozialarbeit.“⁶

Hier wird zwar dunkel von einer Verstrickung in die Gewalt geredet, betont wird aber, wie ich der Gefahr Mitte der 70er Jahre *entkam*, nämlich durch ihre Erforschung und das Engagement für neuen Kinderschutz, was zwar richtig ist, aber doch nur auf den glücklichen Ausgang einer Geschichte verweist, die bereits 1968 begann und mindestens bis in den sog. „deutschen Herbst“ 1977 reichte. Die tatsächliche Geschichte – vor allem nach dem nicht mehr aufzuhaltenden Untergang des SDS 1969/1970 – ist komplexer, widersprüchlicher und auch beschämender gewesen. Meine Frau, die Psychoanalytikerin Angela Bernecker-Wolff, meinte dann auch nüchtern: „Jetzt musst Du diese Geschichte an Dich rankommen lassen und Dich mit Dir selbst beschäftigen!“

Dass es sich aber um Geschichte handelt, wird einem spätestens bei einer elektronischen Recherche mit der Internet-Suchmaschine Google klar, die ohne jede Wertung das aktuelle Diskursfeld zu den mir vorgegebenen Stichpunkten in wenigen Sekunden absucht und deutlich werden lässt: Womit wir uns beschäftigen, ist im Wesentlichen zu einer Welt antiquarischer Bücher, studentischer Diplomarbeiten und historischer Abrisse geworden.

Zum Stichwort „**Jugendpolitisches Forum**“ findet sich kein einziger einschlägiger Hinweis im Internet. Aber zur „**Heimkampagne**“ verzeichnet Google.de immerhin 315 Einträge. Sie beginnen mit einem Hinweis auf einen Aufsatz eines meiner Doktoranden, Thomas Pudelko, über „Sonderwege Berlins in der Jugendberufshilfe“⁷, in dem im ersten Abschnitt unter dem Titel „Von der Heimkampagne zu selbstverwalteten Ausbildungsprojekten“ ein Zusammenhang zwischen der Berufsnot der Jugendlichen und der daraus resultierenden Jugendarbeitslosigkeit und neuen Ausbildungsprojekten hergestellt wird. Und mit Bezug auf die Revolte in den Fürsorgererziehungsheimen schreibt Pudelko:

„In der Folge gab es nicht nur in anderen Heimen aufstandsähnliche Revolten, sondern auch Ausbrüche und Versuche der Jugendlichen, Heime in Selbstverwaltung zu übernehmen. In anderen entwichen die Jugendlichen vielfach, um auf Trebe zu gehen, und waren auch nicht bereit, in die Heime zurückzukehren, welche ihnen unerträglich schienen und für sie kaum Zukunftsperspektiven bereithielten. Auch in (West)Berlin schlüpfen einige entwichene Heimzöglinge in den gerade entstandenen Kommunen und Wohngemeinschaften unter oder erkämpften sich auch so ihnen angemessen erscheinende Wohnformen, woraus die heute vielfältigen Wohnformen in der Jugendhilfe – vom, Kleinstheim über Jugendwohngemeinschaften hin zum betreuten Einzelwohnen – entstanden, die heute als Unterbringungsformen die Regel darstellen. Auf Grund des Drucks der Aktionen stimmte das Landsjugendamt Hessen der Forderung zur Gründung von Wohnkollektiven zu und im Gegenzug beendete die APO ihre Aktivitäten in den Heimen.“⁸

Im Weiteren verweist uns die Suchmaschine auf zwei Studentinnen, die Material zur Heimkampagne suchen und dann gibt es bereits den ersten Hinweis auf die RAF und auf den „Vaeter allein. Papaserver.de“, nicht zuletzt auf Tagungen zur „geschlossenen Unterbringung“. Und immer wieder finden sich Hinweise auf die Entstehung von „Alternativen zur Heimerziehung“, die von der „Heimkampagne“ angestoßen worden waren. So heißt es z.B. in einem Rückblick auf die Geschichte der Sozialistischen Selbsthilfe Köln (SSK) unter dem Titel „Die Zeiten haben sich geändert“⁹:

„Ende der 60er Jahre fliehen Jugendliche massenhaft aus den knastartigen Heimen der öffentlichen Fürsorge. In Köln leben mehr als 1000 obdachlose Jugendliche auf der Straße. An der Fachhochschule für Sozialarbeit organisieren Studenten ein Matratzenlager als Notunterkunft für die Jugendlichen. Viele Wohngemeinschaften nehmen gestrauchelte Jugendliche auf. Die Wohngemeinschaft in der 1. Etage des Saliering 41 wird zur Zuflucht für entflozene ‚Fürsorgezöglinge‘.“

Die 3.990 Einträge zum Stichwort „**Gefesselte Jugend**“ beginnen interessanterweise mit einem Hinweis auf Manfred Liebel und wir werden informiert, dass er u.a. als Herausgeber bei „paedextra“ tätig war – ein Hinweis auf „Erziehung und Klassenkampf“ fehlt, wie bei allen, die an Erziehung und Klassenkampf beteiligt waren, denn es handelt sich offenbar um ein dunkles Kapitel in der eigenen Biographie, mit der man sich im Rückblick nicht identifizieren will. Die meisten Einträge, die Google erfasst, sind natürlich vornehmlich bibliographische Hinweise, nicht zuletzt auf antiquarische Angebote, und wir werden informiert, dass wir „Gefesselte Jugend“ als Sammlerstück für 1,95 Euro erwerben können. Inhaltliche Bezüge werden nicht mehr hergestellt.

Viel spärlicher sind die Hinweise auf „**Erziehung und Klassenkampf**“, 87 insgesamt. Auch hier haben vor allem Antiquariate ihren Auftritt und bieten den ganzen Satz der Hefte von Nr. 1 bis 19/20, z. T. mit verschmutztem Umschlag, an; und natürlich fehlen auch nicht die Hinweise auf Hochschulstudiengänge, die „Erziehung und Klassenkampf“ in ihren Literaturlisten erwähnen (wie z.B. der Diplomstudiengang EW an der Uni Wuppertal; es ist der erste Eintrag in der ganzen Liste überhaupt.)

Und dann finden wir bereits einen biographischen Hinweis auf Johannes Weirich, der sich später dem Terroristen Carlos anschließt und der für eine Reihe von Bombenanschlägen verantwortlich ist – und heute in Berlin in Haft sitzt –, der damals zeitweise von Seiten des Verlags Roter Stern für „Erziehung und Klassenkampf“ als „Sekretär“ zuständig war. Interessant ist auch eine Notiz aus dem „persönlichen Bericht“ von d.e. Sattler, dem Herausgeber der im Redaktionskollektiv von E&K und im Verlag Roter Stern umstrittenen Hölderlin-Werkausgabe, worin es bezeichnenderweise heißt:

„28. oktober, kd wolff: ‚dasz Sie zweifel ueber das ‚in-das-rote-stern-program-passen‘ haben, verwundert uns nicht. Wie Sie vielleicht aber auch an unserem neuen almanach sahen, versuchen wir sehr, unsere denkenanstrengungen auch von den gaengigen schablonen der linken nicht einschränken zu lassen. So ‚paszt‘ unser programm jetzt manchen an manchen stellen nicht mehr. Unser arbeitsstil hier im verlag und unsere diskussionen haben sich darüber jedenfalls verbessert.‘ 21. november, auf der rueckreise von der redaktionskonferenz der wenig spaeter aufgegebenen zeitschrift ‚erziehung und klas-senkampf‘ besuch von kd wolff und michel leiner in kassel; vereinbart wird in der folge eine neue historisch-kritische hoelderlin-ausgabe in 20 baenden ...“¹⁰

Schließlich wird die Selbstdarstellung des Stroemfeld Verlags (www.stroemfeld.com) von Google erfasst, in der es einen Hinweis auf „Erziehung und Klassenkampf“ neben Jan Rasper: „Zur Sozialisation proletarischer Kinder“ gibt, sowie ein Artikel in der Netzeitung von Voice of Germany vom 14. Dezember 2004, in der es unter der Überschrift „Hölderlin vom Roten Stern“ heißt:

„Wenn man den Almanach «15 Jahre» Stroemfeld/Roter Stern von 1985 durchblättert ... taucht man ein in alte Zeiten. Hier KD Wolff mit langen Haaren auf Diskus-

sionspodien. Dort, Herren mit Lederjacken bei der Redaktionskonferenz der verlags-eigenen Zeitschrift «Erziehung und Klassenkampf» und da: Der Fahnen schwenkende KD auf dem Dach eines Gebäudes (das Frankfurter PX der US Army). Unten die Masse der Demonstranten, die gegen die US-Intervention in Kambodscha protes-tiert: Mai 1970. Es war das Jahr der Verlagsgründung.“¹¹

1970 war auch das Jahr, das zu einem Wendepunkt hin zu einer neuen politischen Mobilisierung wurde, vor allem von Studentinnen und Studenten und von Lehrkräften an den Hochschulen, nicht zuletzt an den sich gerade bildenden neuen Fachhochschulen für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, aber auch von Fachkräften und von Kindern und Jugendlichen in Kinderläden/Kindergärten und Schulen ebenso wie in der Sozialarbeit insgesamt, insbesondere freilich in der Jugendarbeit und in der Heimerziehung. Überall gab es selbstorganisierte Gruppen und Projekte, die sich nach drei bewegten Oppositionsjahren innerhalb der APO mit erheblicher Massenbeteiligung und – mit der Verbreitung des Fernsehens – geradezu televisionärer Wirksamkeit, weiter engagieren wollten, die aber – nach der Erschießung Benno Ohnesorgs und dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke radikalisiert – vor allem danach suchten, wie man ‚weiterkämpfen‘ könnte, wie man den Kapitalismus besiegen und beseitigen könnte, selbst unter Opferung der eigenen emanzipativen Ziele und der kreativen Versuche kritischer Selbstorganisation und provokativer Opposition, welche die Protestbewegung doch zuvor ausgezeichnet hatten, nämlich

„auf Macht und herrschende Politik neuartig zu reagieren, betroffen und spontan, selbstkritisch, frech, ohne Vor-Bilder aus der dunklen Geschichte der Arbeiterbewegung in der ersten Jahrhunderthälfte, diesem Gruselkabinett von Biederkeit, Macht-wahn, Selbstverleugnung und Täuschung – und zerbrochenen Hoffnungen. Dieser Versuch einer neuen revolutionären Politik misslang schlussendlich, aber ihre Gestalt ist doch kenntlich geworden. Sie ist nicht mit dem SDS identisch, wohl aber mit seiner tatsächlichen Wirkung und dem Interesse der Massen, um die später erfolglos, weil scheinheilig gebuhlt worden ist.“¹²

Sybylla Flügge, die kritische Feministin und Rechtswissenschaftlerin, die langjährige Lebensgefährtin meines Bruders KD Wolff und heutige Hochschullehrerin an der FH Frankfurt, charakterisiert prägnant den Umbruch, der sich damals vollzog. Sie schreibt in ihrem Beitrag „1968 und die Frauen – Ein Blick in die Beziehungskiste“:

„1968 diskutierten die SDSler alle nur möglichen Strategien für den revolutionären Umsturz: welche Organisationsform und welche Formen der Agitation am geeignetsten seien, das ‚revolutionäre Subjekt‘ zu mobilisieren und wer das eigentliche revolutionäre Subjekt sei. Es war unmöglich, über derart abstrakte Fragen einen Konsens zu erzielen. Im Frühjahr 1969 (sic!)¹³ löste sich der SDS auf und zerfiel in eine unübersehbare Zahl von Gruppen und Grüppchen. Während die sogenannten K-Gruppen sich dadurch charakterisieren lassen, daß sie in relativ straffen Organisationsformen auf eine revolutionäre Partei im Sinne Lenins, Troztkis, Stalins oder Maos abzielten, fokussierten die ‚Spontis‘, Gruppen des sogenannten antiautoritären Flügels, ihre Aktivitäten um bestimmte Zielgruppen, Projekte oder Forderungen.

Eine dritte Richtung organisierte sich als ‚Stadtguerilla‘ und nahm, organisiert in klandestinen Zellen aus jeweils wenigen Personen, den bewaffneten Kampf gegen das System auf. Es ist interessant, daß Frauen am stärksten in dieser Richtung hervortraten, während sie bei der Entwicklung revolutionärer Strategien und bei der Planung militanter Straßenkämpfe eher im Schatten blieben.“¹⁴

Alle drei Tendenzen waren in „Erziehung und Klassenkampf“ versammelt, zusammen mit einer vierten, nämlich einer schematischen „Marxologie, die sich mit ungeahnten Intensitäten in die Begriffslogik und Methodik der beiden Gründerväter des ‚wissenschaftlichen Sozialismus‘ verstrickte, so als wäre hier zu finden, ‚was die Welt im Innersten zusammenhält‘. Angelsächsische Seminar marxisten, die auch nicht gerade schlecht belesen waren, sprachen halb spöttisch, halb bewundernd von ‚the German *Ableitungsdebatte*‘,¹⁵ – vor allem in der Form einer „Politischen Ökonomie des Ausbildungssektors“, die freilich die „Kritik“ in ihrem Namen bereits im Ansatz verloren hatte.¹⁶ Sie verbanden sich allerdings zugleich mit einer experimentellen Projektpraxis – C. Wolfgang Müller hat dies in seinem Rückblick auf die 68er mit Recht „das gemeinsame Dritte“ genannt¹⁷, einer erfinderischen Suche nach neuen Wegen in der Erziehung und Bildung in Kinderläden, Kindergärten und Schulen, in der beruflichen Ausbildung und im Studium, in der Jugendarbeit, in der Familien- und Frauenberatung, in der Heim-erziehung, in der Psychiatrie, nicht zuletzt in Rundfunk, Film und Fernsehen und im Theater.

So überrascht auch nicht, dass unsere Praxis und unsere Veröffentlichungen auseinanderfielen – und das gilt sowohl für „Erziehung und Klassenkampf“, als auch für das Buch „Gefesselte Jugend“¹⁸, das im erweiterten Titel auf die KP-Veröffentlichung aus dem Jahre 1929 „Gefesselte Jugend in der Zwangsfürsorgeerziehung“ zurückgriff –, obwohl wir uns ja immer wieder darum bemühten, die Praxis zu Wort kommen zu lassen oder ihr sogar zu „dienen“, wie wir in heuchlerischer Selbstherabsetzung schrieben. Jedenfalls herrschte in dem, was wir schrieben – Papier ist geduldig – ein ziemliches Durcheinander¹⁹, stehen materialreiche empirische und historische Untersuchungen, die vor allem politischen Herrschaftsinteressen auf der Spur waren, neben schematischen Rückgriffen auf gescheiterte autoritäre kommunistische Politikkonzepte aus den 20er Jahren, reinszenierten wir den „Kampf“ gegen die innergesellschaftlichen und internationalen „Feind“, als gälte es nun, gewissermaßen mit denselben wiederholungszwangmäßigen Fraktionierungen den „Widerstand“ zu organisieren und den Faschismus niederzuwerfen, dem sich unsere Eltern in die Arme geworfen hatten.

So standen in „Erziehung und Klassenkampf“ (anfangs mit einer Auflage von 10 000 Exemplaren, zeitweilig mit 5000 Abonnenten, am Schluss etwa 2000)²⁰ neben lebendigen Projektberichten, z.B. das E&K-Doppelheft 10/11 (1973) über die Jugendzentren oder die Reportagen über das Rauch-Haus und die materialrei-

chen Studien über Arbeitslose Jugendliche (im letzten Heft von E&K, H. 18–20/1975) sorgsam redigiert von Eckhard Tramsen, oder die Beiträge „Kritischer Schulversuch Mathematik“ und die „Kritik naturwissenschaftlicher Curriculumprojekte“ (E&K, Heft 12 ,1973), Beiträge, die sich an der formelhaften und autoritären politischen Organisationsprogrammatis der 20er Jahre orientierten, die man heute nur noch mit Entsetzen lesen kann. Ich kann Ihnen und mir einige Zitate nicht ersparen. Im Editorial von E&K, die erst vom 2. Heft an den Untertitel „Zeitschrift für marxistische Pädagogik“ führte, formulierten wir:

„Die Entwicklung sozialistischer Massenorganisationen als Kampforgane des Proletariats und seiner Bündnisschichten gegen die Kapitalistenklasse kann auch im Erziehungs- und Jugendsektor nur durch einen Prozeß der Verallgemeinerung politischer Untersuchungen, die eine Einheit von Kämpfen und theoretischer Verarbeitung darstellen, eingeleitet werden.

Die Kämpfe, die von Genossen bereits geführt werden gegen das System der Klassenerziehung ... müssen auf ein Niveau gehoben werden, daß die sozialistischen Erzieher als zuverlässige und kämpferische Bündnispartner und das jugendliche Proletariat als vorantreibender Teil der revolutionären Arbeiterklasse und seiner aufzubauenden Partei zur Seite zu stehen in der Lage sind. Diese Kämpfe sind nur als Teilkämpfe zu begreifen im Gesamtzusammenhang des revolutionären Kampfes, der mit dem Ziel geführt wird, die kapitalistische Herrschaft zu stürzen. Intensiviert und auf die Spitze getrieben stellen sie aber Auseinandersetzungen dar, die dem Bürgertum mächtige Schläge versetzen und dessen Absichten und Machenschaften nachhaltig stören und durchkreuzen. Im Prozeß der politischen Praxis, im Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft, werden die Massen für den Sozialismus gewonnen, eignen sich die Massen die gesellschaftlichen Lebensprozesse an. ... ERZIEHUNG UND KLASSENKAMPF wird von Genossen²¹ aus Frankfurt, Hannover, Göttingen und Westberlin gemacht, die in den praktischen Auseinandersetzungen sich engagieren, sich am Aufbau revolutionärer Avantgardorganisationen beteiligen und an der Schaffung einer sozialistischen Erziehermassenorganisation und revolutionären Jugendorganisation mitwirken.“²²

Oder im Schlusskapitel von „Gefesselte Jugend“ wird unter dem Titel Kampf- und Organisationsaufgaben der Sozialpädagogen formuliert: „Wir wollen uns hier in erster Linie mit der Perspektive der Heimerzieher, Sozialarbeiter und Sozialpädagogen befassen, die an der Seite der dem Fürsorgeapparat ausgelieferten oder von ihm bedrohten Lehrlinge und Jungarbeiter den Kampf aufnehmen wollen gegen die heutige Heimsituation, den Fürsorgeapparat und die Fürsorgeverbände.“²³ Und dann wird Stalin²⁴ zitiert:

„Für den Reformisten ist die Reform alles, die revolutionäre Sache aber Nebensache, ein Unterhaltungsthema, ein Täuschungsmanöver. Deshalb verwandelt sich die Reform bei einer reformistischen Taktik unter Verhältnissen des Bestehens der bürgerlichen Macht unvermeidlich in ein Werkzeug zur Zersetzung der Revolution. Für den Revolutionär ist dagegen umgekehrt die revolutionäre Arbeit die Hauptsache und nicht die Reform.“²⁵

Als exemplarische Reformisten werden dann Tilmann Moser und die Herausgeber der neuen Zeitschrift „neue praxis“ ausgemacht und „Erziehung und Klas-

senkampf“ dagegen positiv abgesetzt. Als „Kampfperspektiven der sozialistischen Sozialpädagogen“ werden allerdings etwas nüchterner beschrieben:

„a. der Kampf für bessere Lebensbedingungen der Klienten, gegen die Deklassierung des Arbeiters und seiner Kinder; b. für Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Sozialpädagogen, wenn sie nicht im Widerspruch zu den Interessen der Arbeiterklasse stehen; c. für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus unter den Sozialpädagogen.

Das sind die drei Ziele des Kampfes, die es in jeder historischen Situation miteinander zu verbinden gilt. Dieser Kampf muß eingeordnet werden in den Kampf der fortschrittlichsten Organisation der Arbeiterklasse ...“²⁶

Trotz der engagierten Diskussionen auf dem Jugendpolitischen Forum 1974 in Frankfurt²⁷, das noch einmal Hunderte Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiterinnen und vor allem Studentinnen und Studentinnen versammelte, wie man Sozialarbeit und Sozialpädagogik radikal entwickeln könnte – gerade in Anbetracht der sich verschärfenden Konfliktdynamik zwischen „Revolutionärem Kampf“ (in Frankfurt nur noch abgekürzt RK genannt), Stadtguerilla und zunehmender staatlicher Repression (nicht zuletzt durch die Berufsverbote) – war diese Kampfperspektive schließlich an ihren eigenen Widersprüchen gescheitert. Im letzten Heft 18–20 von E&K hieß es dann auch, dass der politische Anspruch, Erziehung und Klassenkampf zu verbinden, nicht mehr eingelöst werden könne und dass es „in wachsendem Maße“ zu politischen Differenzen gekommen sei. Die Zeitschrift wurde daher eingestellt. Die ganze Perspektive hatte sich als nicht tragfähig erwiesen. Sie war den „Genossen mit festen Berufen, mit politischen Verpflichtungen, nicht nur am Arbeitsplatz“, wie es hieß, über den Kopf gewachsen. Dennoch hoffte man, dass sich neue Zusammenhänge entwickeln und neue Publikationen entstehen würden. Dazu, wie auch zu einem Austausch, zu dem wir mit Kontaktadresse von Thomas v. Freyberg eingeladen hatten, kam es nicht mehr.

Mit dem Ende der Zeitschrift löste sich die gesamte Gruppe gewissermaßen in Luft auf. Jeder nahm seinen eigenen Faden auf bzw. suchte nach einem produktiven Neuanfang. Zusammengearbeitet haben wir seither nicht wieder, wenn es auch hier und da noch weitere persönliche Beziehungen und Begegnungen gab.

Insgesamt muss man aber sagen, dass erst der Schock dieses Scheiterns uns die Augen dafür öffnete, wozu wir noch nicht fähig gewesen waren: Trotz der Kritik an der Nazi-Diktatur und ihrem Fortwirken in der Bundesrepublik bis weit in die 60er Jahre hinein, trotz des Engagements für die Grundrechte und gegen die autoritäre Umformung des Grundgesetzes durch die Notstandsgesetze, trotz der radikalen Opposition gegen die rücksichtslose und das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen tretende Weltmachtpolitik der USA vor allem in Indochina und Mittel- und Süd-Amerika, trotz der anti-autoritären Rebellion gegen den weit verbreiteten Erziehungs- und Fürsorgeterror, waren wir nicht wirklich

in der Demokratie angekommen. Uns fehlten Kompromissgesinnung und Pragmatismus²⁸, verstanden wir nicht, wie wichtig Gewaltlosigkeit, Dialog und Partizipation ganz grundsätzlich für eine demokratische Zivilgesellschaft sind, wirkte in unserer Praxis, welche die Kritik von Herrschaft und Gewalt intendierte, der traditionelle Autoritarismus, der Totalitarismus fort.

Theodor W. Adorno, von dem wir alle so viel gelernt hatten, dem wir aber schließlich, wie auch vielen anderen unserer Mentoren, nicht mehr zuhörten, hatte es an seinem Todestag am 6. August 1969 in einem Brief an Herbert Marcuse klar (und im übrigen mit bemerkenswerter, ja liebevoller Vorsicht) auf den Punkt gebracht:

„Die Meriten der Studentenbewegung bin ich der letzte zu unterschätzen; sie hat den glatten Übergang zur total verwalteten Welt unterbrochen. Aber es ist ihr ein Quentchen Wahn beigemischt, dem das Totalitäre teleologisch innewohnt, gar nicht erst – obwohl dies auch – als Reperkussion.“²⁹

Der Wahn war mehr als ein „Quentchen“ und führte mit dem Zerfallsprozess der Protestbewegung in eine Verkehrung all dessen hinein, das der Neuen Linken weltweit wichtig gewesen war.³⁰ Klaus Theweleit hat diese „Reduktionsbewegung“ in seinen „Bemerkungen zum RAF-Gespenst“³¹ genau beschrieben:

„Nicht nur die Sprachen wurden dicht gemacht, auch die Straße wurde geschlossen. Genau das, was erobert worden war – Straße, Öffentlichkeit, Offenheit und Sprachvielfalt nach allen Seiten – verschwand in ein, zwei, drei Jahren im Geschichtsgully. Nicht ganz, als hätte es das nicht gegeben, bei einigen hier und da ging es weiter, aber eher privat oder nostalgisch infantilisiert. Bei den öffentlich relevant bleibenden Gruppen, gerade bei den K-Gruppen und der RAF, die als übriggebliebene ‚radikale‘ Gruppen ins Zentrum der politischen Bewegung rückten, aber Sprachverengung, Denkverengung. Daraus resultiert, was ich heute ‚abstrakten Radikalismus‘ nenne, ein Radikalismus, der sich auf Gesten, auf Ansprüche, auf Forderungen beschränkt, revolutionäre Haltungen verbreitet in Sätzen, Parolen, dabei Analysen kaum mehr durchführt. Der Anspruch einer gewissen Realitäts-Kompatibilität verschwand komplett. Zu ‚stimmen‘ hatte etwas nur noch in einem rücksichtslosen abstrakten Sinn. Das ‚Konkrete‘ wanderte aus der linksradikalen Politik aus (und fand Asyl, für eine Weile, bei Frauen und Ökologen.)“

Einzelnen und in neuen „Arbeitsgruppen“ versuchten wir in den folgenden Jahren, an kritische Wissenschaft und die gelebten Formen kulturevolutionärer Selbstorganisation wieder anzuknüpfen. Dies zeichnete auch Manfred Kappeler aus, dessen Klassenkampfbegeisterung freilich dazu geführt hatte, dass ihm eine Anstellung in staatlichen Einrichtungen der Sozialarbeit und an der Fachhochschule verweigert wurde. Man hatte ihn beim Wort genommen. Kappeler engagierte sich allerdings weiter, vor allem in der Jugend- und Drogenarbeit, setzte er sich unermüdlich in der Ausbildung von Studentinnen und Studenten und mit sozialen Fachkräften dafür ein, Prozesse solidarischer Selbstveränderung zu unterstützen, hat er sich, wie sich in seinen theoretischen Beiträgen ebenso wie in seiner Praxis

(engagiert in kritischen Arbeitskreisen, Jugendwohndkollektiven, Theorie-Praxis-Gruppen, auf Tagungen und Seminaren) zeigte, nicht in abstrakten Organisationsdebatten verloren; er hat vielmehr als Bäcker, der er war, konkret „seine Brötchen gebacken“, leicht gefährdet (wie manche von uns), die „Waffe in die Hand zu nehmen“, wovon ihn allerdings, wie er selbst später in einem Interview mit einer klugen Gymnasiastin aus Franken formulierte, eher die eigene Angst und die Verantwortung für seine Kinder abhielten. Er sagte: „Ich wusste genau, wenn ich so einen Schritt vollziehen würde, dann würde ich das Leben und die Entwicklung der Menschen, für die ich Verantwortung hatte, im Kern treffen und das war ein wichtiger Grund.“ Und: „[Ich konnte] mir gar nicht vorstellen, sozusagen aus dem Untergrund heraus politische Ziele zu verfolgen.“³²

Gott sei Dank! Denn sonst wäre nicht möglich gewesen, was er dann schließlich, als Hochschullehrer hier an der TU an kritischer Wissenschaft und nicht zuletzt lebendiger Lehre – immer im Kontakt mit seinen Studentinnen und Studenten und mit den Praktikerinnen und Praktiker in der Sozialarbeit – zustande gebracht hat. Und mit Recht heißt es in der Pressemitteilung der TU Berlin zur heutigen Veranstaltung:

„In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre kam es im Kontext der Studentenbewegung zu einer Kritik der psychiatrischen Anstalten, Strafanstalten und Fürsorgeerziehungsanstalten. An dieser Kritik war Professor Kappeler praktisch und theoretisch aktiv beteiligt. Die Erfahrungen dieser radikalen, auf weit reichende Veränderungen zielenden Kritikbewegung flossen ein in den langwierigen Prozess der Reform des Jugendhilferechts, die mit dem Inkrafttreten des Kinder- und Jugendhilfegesetzes 1990/91 im wiedervereinten Deutschland vorläufig zum Abschluss kam. In diesem neuen Gesetz ist die staatliche Eingriffsmentalität weit zurückgedrängt, zugunsten einer an Unterstützung, Hilfe, Förderung und Beteiligung ausgerichteten Kinder- und Jugendhilfe. Im Rückblick kann man feststellen, dass seither ein Paradigmenwechsel im Selbstverständnis großer Bereiche von Sozialpädagogik und Sozialarbeit stattgefunden hat, an dem die Praxis, die Forschung und die Lehre von Professor Kappeler ihren Anteil hat. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit lag nach der ‚Wende‘ in der Initiierung und Aufrechterhaltung des Diskurses zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kinder- und Jugendhilfe und anderer Bereiche der sozialen Arbeit aus den alten und neuen Bundesländern. Besonders wichtig in Lehre, Forschung, Fort- und Weiterbildung waren in den vergangenen 15 Jahren die außerschulische Jugendarbeit, das komplexe Thema ‚Jugend und Drogen‘ und die Geschichte der sozialen Arbeit in Deutschland unter herrschaftskritischen Gesichtspunkten.“

Dafür hat er Dank und Anerkennung verdient. Und **ich** danke für die Anregung, mich meinen und unseren Verdrängungen zu stellen.

Anmerkungen

- 1 Vortrag auf der Festveranstaltung des Instituts für Sozialpädagogik der Technischen Universität Berlin anlässlich des 65. Geburtstages und der Verabschiedung von Prof. Dr. Manfred Kappeler, am 11. Februar 2005, in Berlin.
- 2 Müller, C. Wolfgang (1998): Ein Stück des Wegs zur gemeinsamen dritten Sache. Berliner Erinnerungen und Erfahrungen. In: *Widersprüche* Heft 68 (Juni 1998), Schwerpunktheft: „68 wird 30 – Zur Kontinuität eines Bruchs“, zitiert nach: <http://www.widersprueche-zeitschrift.de/artikel789.html>, 7.2.2005, S. 2
- 3 So der Titel des Symposiumsbeitrages von Werner Thole.
- 4 (1970) Erziehung ohne Zwang? Über einige Grundfragen antiautoritärer sozialistischer Erziehung. In: *betrifft: erziehung* 3 (9), 34–38.
- 5 Vgl. auch meine Beiträge: Wolff, R. (1991): Nach Auschwitz: Antiautoritäre Kinderladenbewegung oder die Erziehung der Erzieher. In: Beller, K. (Hg.): Berlin – Stadt pädagogischer Reformen. Berlin: Colloquium Verlag. 71–80 und: Wolff, R. (1999): Die Kinderladenerziehung als Wurzel moderner Kindertageserziehung. In: Becker, U./Hermann, A./Stanek, M. (1999) (Hg.): Chaos und Entwicklung. Theorie und Praxis psychoanalytisch orientierter sozialer Arbeit. Gießen: Psychosozial Verlag. 98–116.
- 6 Wolff, Reinhart (2002): Erfinden – Erforschen – Verändern. Auf dem Weg zu einer kritisch-konstruktivistischen Theorie Sozialer Arbeit. Vortrag im Rahmen der Vorlesungsreihe „Theorie-Kulturen in der Sozialen Arbeit“, ASFH Berlin. S. 3ff.
- 7 www.pudelko.de
- 8 a.a.O., S. 2
- 9 in: Sonderausgabe SSK, kum erus! Nr.30, S. 4
- 10 <http://www.hoelderlin.de/materialien/html/persoenerlicher-bericht-03.html>, 07.02.2005, S. 1
- 11 <http://www.netzeitung.de/voiceofgermany/317412.html> vom 7.02.2005, S. 4
- 12 Studentenbewegung 1967–69. Protokolle u. Materialien hrsg. und eingeleitet von Frank Wolff und Eberhard Windaus. Frankfurt a. M.: Verlag Roter Stern, 1977, S. 14
- 13 Tatsächlich war es am „Frühlingsanfang“ 1970, als Udo Knappe eine Erklärung „Zur Auflösung des SDS-Bundesvorstandes“ herausgab.
- 14 Flüge, Sibylla (2003): 1968 und die Frauen – Ein Blick in die Beziehungskiste. In: *Stardust*. Post für die Werkstatt. KD Wolff zum Sechzigsten, hg. von Doris Kern u. Michel Leiner. Frankfurt a. M. u. Basel: Stroemfeld/Roter Stern, S. 44–76, hier S. 64
- 15 Koenen, Gerd (2001): Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977. Köln: Kiepenheuer & Witsch. S. 202 f.
- 16 Bei Marx hieß es bekanntlich noch „Kritik der Politischen Ökonomie“. Vgl. im Übrigen auch den differenzierten Rückblick: Axmacher, Dirk H. (1984): Politische Ökonomie des Ausbildungssektors. Schicksal und Erbe einer Theorie. In: *Widersprüche*, Heft 10. Auch on-line verfügbar: <http://www.widersprueche-zeitschrift.de/artikel173.html>.
- 17 s.o.
- 18 Autorenkollektiv: Rose Ahlheim/Wilfried Hülsemann/Helmut Kapczynski/Manfred Kappeler/Manfred Liebel/Christian Marzahn/Falco Werkentin (1971): Gefesselte Jugend. Fürsorgeerziehung im Kapitalismus. Frankfurt a. M.: Suhrkamp [es 514]
- 19 Das galt auch für das Programm des Verlages Roter Stern: So wurde auf der Buchmesse 1971 an den Wänden des Verlags nicht nur für „Erziehung und Klassenkampf“

- sondern auch für KIM IL SUNG, Clara Zetkin und Kinhua – Frauenbefreiung in China geworben.
- 20 1972 hatte das BKA im übrigen die Rena-Addresskartei, die der Verlag allerdings in Kopie gesichert hatte, im Zuge einer Razzia im Verlag beschlagnahmt.
- 21 Frauen waren im Redaktionskollektiv anfangs gar nicht beteiligt, schießlich tauchte immerhin eine auf!
- 22 E + K, Heft 1/1971, S. 3 und 4.
- 23 a.a.O., S. 286
- 24 Manfred Liebel wies mich nach dieser Vorlesung darauf hin, man habe damals nach langen Debatten – gewissermaßen als Ausgleich – auch ein Zitat Ros Luxemburgs durchsetzen können!. Vgl. S. 290. Dort hieß es in der Fußnote: „In ähnlicher Weise [sic!] hatte schon Rosa Luxemburg den Zusammenhang von Sozialreform und sozialer Revolution bestimmt, wonach »der Kampf um die Sozialreform *das Mittel*, die soziale Umwälzung aber der *Zweck* ist«. *Sozialreform oder Revolution*, in: Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Bd. 1, Erster Halbband, Berlin (DDR) 1970, S. 369.“
- 25 a.a.O., S. 290
- 26 a.a.O., S. 298 f.
- 27 Unsere Freundinnen verkauften hier im übrigen zum ersten Mal den „Frauenkalender“, den sich dann später Alice Schwarzer aneignete, und warben für ihre autonomen Frauenprojekte.
- 28 John Dewey, Martin Buber, Janusz Korczak habe ich erst sehr viel später überhaupt genauer zur Kenntnis genommen; meiner kritischen Ausgangsbasis mit Siegfried Bernfeld war ich mir allerdings seit der Herausgabe der Ausgewählten Werke und seit meinem Vortrag „Erziehung ohne Zwang“ auf dem Dt. Jugendhilfetag 1970 sicher.
- 29 zit nach: Koenen, Gerd (2001): a.a.O., S. 35.
- 30 Diese Wende oder dieser Zerfall spielte allerdings auch in anderen kulturellen und politischen Verhältnissen eine Rolle, auch in den USA. Vgl. in diesem Zusammenhang: Berman, Paul (1996): *A Tale of Two Utopias. The Political Journey of the Generation of 1968*. New York; London: W. W. Norton & Co.
- 31 Theweleit, Klaus (1998): *Ghosts. Drei leicht inkorrekte Vorträge*. Frankfurt a. M.; Basel: Stroemfeld/Roter Stern. S. 17ff., hier S. 34 f.
- 32 Anne Katrin Baron: *Die Entwicklung der 68er Bewegung und Untersuchung der Veränderungen der Ziele und Ansichten der Beteiligten anhand von drei Beispielen*. Facharbeit – Geschichte. Gymnasium Röthenbach a.d. Pegnitz. 1.2.2001, S. 17. (KD Wolff, der neben Heide Berndt und Manfred Kappeler interviewt wurde, machte mir freundlicherweise die Arbeit zugänglich.)

Reinhart Wolff ist Professor für Sozialarbeit u. Sozialpädagogik an der Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin, 1990–1994 deren Rektor. Er ist Mitbegründer der Kinderläden und des Kinderschutz-Zentrums Berlin und heute Sprecher des Kronberger Kreises für Qualitätsentwicklung e.V. E-Mail: reinhartwolff@hotmail.com oder: wolff@asfh-berlin.de

Verstehen verstehen. Über sozialpädagogisches (Fall)verstehen und dessen Entstehung

Maja Heiner (Hrsg.): Diagnostik und Diagnosen in der Sozialen Arbeit. Ein Handbuch. Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Berlin 2004, 396 Seiten; 34,90 Euro

Diagnostik ist auf der Tagesordnung Sozialer Arbeit. Im Bereich Wissenschaft, Forschung und Lehre unter dem Gesichtspunkt der Verständigung über Form und Inhalt von Verfahren, die den spezifischen Erfordernissen sozialarbeiterischer Praxis entsprechen und sozialarbeitswissenschaftlich unterfüttert sind. Im Bereich der Praxis als Anwendung vorhandener Techniken, die unter dem Zwang des Handelns praktikabel erscheinen. Insbesondere die Realität diagnostischer Praxis in der Sozialen Arbeit schafft Handlungsdruck. Denn hier hat es diagnostische Konstruktionen gegeben (und es gibt sie noch immer), die sich ihre Autorität von anderen Wissenschaften kurzerhand ausliehen – oder aber alltags-theoretisch praktikable Verfahren entwickelten, die irgendwie funktionierten – oder auch nicht. Dies ist problematisch und hiermit sind Gefahren verbunden, über die viel geschrieben und diskutiert worden ist, die gleichzeitig viel ignoriert wurden und werden: Diagnostik als „üble Nachrede“, die ihre Kriterien monologisch entwickelt, ihre Ergebnisse kaum rechtfertigt und zum Zwecke (institutioneller) Machtausübung nutzte.

Und trotzdem hat sich Diagnostik nicht erledigt, weder im operativen Hilfeprozess alltäglicher Sozialer Arbeit, noch im fachwissenschaftlichen Diskurs. Und dies hat nicht nur, aber auch gute Gründe. Schon

bei Alice Salomon ist ja von sozialer Diagnose die Rede, im Zusammenhang mit dem Bemühen um die Entwicklung und Sicherung professioneller sozialer Hilfe. Heute wird ein neuer Bedarf an Verstehenskonzepten vielfach begründet: insbesondere mit der sogenannten Alltagswende Sozialer Arbeit, mit dem Bemühen um die Professionalisierung Sozialer Arbeit und der Feststellung, dass den operativ tätigen Fachkräften in vielen Bereichen „berufseigene“ Verfahren systematischen Verstehens fehlen, dementsprechend hermeneutische, rekonstruktive Verfahren des Fallverstehens dringend benötigt würden. (vgl. Hanses 2000: 358; auch z.B. Jakob/Wensierski 1997; Mollenhauer/Uhlendorff 1995; Schmidt-Grunert 1999).

Die Ausgabe 88 der Widersprüche vom Juni 2003 widmete sich diesem Thema bereits ausführlich. Hier wurden aktuelle Diagnoseverfahren als Neo-Diagnostik „diagnostiziert“ und die These diskutiert, sie seien im Grunde als Modernisierung klinischer Professionalität zu verstehen – und damit scharf zu kritisieren. Nachdem, so Timm Kunstreich, über einen langen Zeitraum die Begriffe Diagnose, wie auch Anamnese, Indikation, Behandlung entweder nicht, oder nur noch in Anführungszeichen benutzt worden seien, weil die Kritik an ihnen so umfassend gewirkt hätten, würde sich inzwischen ein anderes Bild ergeben: Diagnostik sei beim wissenschaftlichen Spitzenpersonal der Sozialen Arbeit wieder auf dem Vormarsch, entweder aus einem resignativ-instrumentalistischen Antrieb oder auf Grund der Ansicht, eine sozialpädagogische Diagnostik sei dringend erforderlich (vgl. Kunstreich, 2003, 7f.). Die Beiträge im Heft entfalten sodann die unterschiedlichen Positionen höchst aufschlußreich, zum Teil in der Form des Briefwechsel und damit der direkten Bezugnahme der Autorinnen und Autoren auf die Argumente der Vertreterinnen und Ver-

treter der Gegenposition, im Bemühen, den Dissens genau zu lokalisieren. Hier wird klar: Der entscheidende Dissens liegt nicht in der kritischen Beurteilung repressiver Machtausübung und damit verbundenen Entmündigungen, die in der Sozialen Arbeit gerade auch durch Klassifizierungen möglich sind. Er liegt also nicht in der Beurteilung von Diagnosen, die der Unterscheidung von Hilfsbedürftigkeit zwecks sozialer Ausschließung dienen. Weitgehende Einigkeit besteht im Ziel der Sicherstellung emanzipatorisch wirkender Verfahren und Methoden des Verstehens und Handelns. Zentraler Dissens besteht in Bezug auf die Frage, inwiefern professionelles Wissen höherwertiges Wissen ist, oder aber gleichwertiges und gleichrangiges Wissen, wie es im Bild von der Stadt zum Ausdruck kommt: Soziale Arbeit kenne demnach nicht „die Stadt“, sondern nur einzelne Stadtteile – nicht anders als ihr Klientel. Dies hätte zur Konsequenz, dass Verstehensprozesse ausschließlich im Dialog zwischen Fachkräften und AdressatInnen der Sozialen Arbeit stattfinden könnten, in der Form des Zusammentragens und Austauschens jeweiliger Wissensbereiche und der Entwicklung eines hieraus entstehenden „Dritten“, einem umfassendem Bild von „der Stadt“. Die erkenntnisfördernde, aber nicht-diagnostische Soziale Arbeit wäre dann hier als Assistentin und Hebamme zu beschreiben, die sich in den Dialog begibt.

Aber nochmals einen Schritt zurück: worum geht es? Es geht um die Frage, wie sich Soziale Arbeit im konkreten Fallzusammenhang ihrer eigenen Nützlichkeit gewiss werden kann: wie sie Hilfsbedürftigkeit unter dem Gesichtspunkt der richtigen Hilfeauswahl *begreifen*, also eine Sprache *für* und damit eine Verständigung *über* die ihr als Problem begegnende Ausgangslage, deren Bedingungsgefüge und prospektive Handlungsmöglichkeiten finden kann. Denn

zumindest dort, wo sie mit unterschiedlichen Maßnahmen zu intervenieren hat, muss sie die Problemlagen entsprechend voneinander abzugrenzen in der Lage sein. Diagnose meint hier sodann nicht in erster Linie das Verfahren der Sammlung und Zuordnung von Merkmalen zwecks Einfügung in eine festes Klassifikationsraster wie beispielsweise im Bereich der Medizin oder Psychiatrie. Vielmehr geht es um Aussagen über die Beschaffenheit von sozialen Problemlagen aufgrund von Beobachtungen und Untersuchungen, also eine im konkreten Fallzusammenhang stattfindende heuristische Entwicklung begründbarer Begriffe und Bilder für das „was ist, wie es wurde, was werden soll und kann“, die auf diese Weise vorläufige Geltung beanspruchen können, kommunizier- und auch widerlegbar werden.

Maja Heiner hat nun ein Handbuch herausgegeben, das sich im Hinblick auf Diagnostik und Diagnosen in der Sozialen Arbeit um Übersicht bemüht – und in das die o.e. Kritikerinnen und Kritiker mit ihrem Vorschlag einer dialogischen, nicht-diagnostischen Diagnose zumindest im Theorieteil eingebunden werden konnten. In ihm wird ein Überblick über die aktuelle theoretische Diskussion zur Diagnostik vermittelt und es werden Diagnoseverfahren vorgestellt, die in der Praxis bereits erprobt wurden oder sich in der Entwicklung befinden. Das Buch wendet sich daher an Personen, die in Feldern der Sozialen Arbeit tätig sind und ein Interesse an diagnostischen Verfahren haben, aber auch an wissenschaftliche Praktikerinnen und Praktiker, die sich an der Reflexion und theoretischen Grundlegung von „Verstehensverfahren“ beteiligen. Die Herausgeberin ist Professorin für Sozialpädagogik an der Universität Tübingen, Schwerpunkte Evaluationsforschung und Methoden der Sozialen Arbeit.

Das Buch hat drei Teile und damit Schwerpunkte. Im ersten werden Grundlagen und

Grundpositionen vorgestellt, in denen es um Geschichte, Funktion und Aufgabenstellung der Diagnostik in der Sozialen Arbeit geht. Hier wird Arbeit am Begriff geleistet, sowohl unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung als auch der Kritik. Alice Salomon wird von Kuhlmann als Theoretikerin der Sozialen Arbeit vorgestellt, die bereits in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts die Notwendigkeit einer sozialen Diagnose in der Sozialen Arbeit begründete. Kunstreich u.a. legen ihre scharfe Kritik am Diagnosebegriff dar und stellen ihr Konzept eines Dialogs als methodische Alternative vor. Schrapper und Ritscher skizzieren systemisch-konstruktivistische Ansätze, Müller legt seinen Ansatz des „multiperspektivischen Fallverstehens“ dar und Schefold ein „Modell der versierten Fachkraft“, deren Fallabklärung im Kontext von Teams und Supervision stattfindet. Armbruster und Harnach-Beck erörtern sodann die Notwendigkeit von Diagnostik bezogen auf die Arbeitsfelder Sozialpsychiatrie und Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche.

Im zweiten Teil werden Konzepte, Verfahren und Umsetzungserfahrungen vorgestellt. Hier wird fündig, wer sich für konkrete Techniken und Praxiserfahrungen mit deren Anwendung interessiert, denn es wird ein umfangreicher Querschnitt präsentiert. Vorgestellt werden narrativ-biographische Diagnoseverfahren (Fischer/Goblirsch), hermeneutische Diagnoseverfahren (Jöbgen), das in der Kinder- und Jugendhilfe bundesweit eingesetzte Verfahren EVAS (Maccenaere), das PIE-System (Adler, Hundersen, Stimmer/Rethfeld), die Arbeitshilfe des Bayerischen Landesjugendamtes „Sozialpädagogische Diagnose“ (Hillmeier), die Pro-Ziel Basisdiagnostik (Heiner, Dongus/Uetz). Beschrieben werden Konzepte einer sozialpädagogische Familiendiagnostik (Uhlendorff/Marthalder), einer „Veränderungsmessung im Betreuten Wohnen“

(Müller/Langner) sowie der Stuttgarter Kinderschutzbogen (Eisenlohr/Reich). Es berichten sodann Köhlerschmitt über „Erfahrungen mit einem Klientenfragebogen“ und Mamier über das Modellprogramm „Fortentwicklung des Hilfeplanverfahrens“. Bemerkenswert ist an diesem Teil, dass nicht nur die Konzepte dargestellt, sondern auch verschiedene Anwendungserfahrungen transparent gemacht und erörtert werden, sodass es Interessierten möglich ist, vorgestellte Techniken nachzuvollziehen und hierbei auf eine Anwendbarkeit im jeweils eigenen Bereich zu überprüfen. Bedauerlich ist, dass es einzelnen Artikeln an klarer Struktur und argumentativer Sorgfalt mangelt, sodass die Erarbeitung des sehr interessanten Materials an einzelnen Stellen mehr Mühe bereitet, als nötig wäre.

Im dritten Teil geht es um Analyse und Gestaltung der Voraussetzungen und Rahmenbedingungen der Diagnostik „um deutlich zu machen, dass die Qualität von Fallabklärungen und Lageanalysen gerade bei weniger standardisierten Diagnoseverfahren (wie sie in der Sozialen Arbeit nicht zuletzt aus partizipativem Interesse bevorzugt werden) entscheidend von der Einbettung in kollegiale Beratungszusammenhängen von produktiven interinstitutionellen Kooperationsstrukturen und unterstützenden sozialräumlichen und infrastrukturellen Bedingungen abhängt“ (7). Drei eher grundsätzliche Beiträge beschreiben Konzepte der Organisationsanalyse (Wöhrle), der Konfliktmediation innerhalb von Arbeitsteams (Wandrey) sowie der Sozialraumanalyse (Stock). Drei weitere Beiträge referieren speziellere Ansätze: Schultz schreibt über Möglichkeiten der Kooperation und Konfliktlösung zwischen Professionen am Beispiel der Kindeswohlgefährdung, Ader über das strukturierte kollegiale Fallverstehens als Verfahren sozialpädagogischer Analyse und Deutung und Armbruster re-

feriert Ansätze für eine prozessorientierte interaktionelle Diagnostik in der sozialpsychiatrischen Arbeit.

Kenntlich werden in diesem Band sowohl Gemeinsamkeiten der im Bereich Sozialer Arbeit vorhandenen Diagnose- und Verstehensverfahren, als auch der Baustellencharakter dieses Bereiches sozialpädagogischer Methodik und dessen Bedarf an Fortentwicklung. Damit löst er den eigenen Anspruch ein, die breite Vielfalt zu präsentieren, aber auch Gemeinsamkeiten zu verdeutlichen (vgl. 8).

Gemeinsam ist den Konzepten eine lebensweltorientierte Ausrichtung, eine Ressourcen- und Prozessorientierung sowie das Bemühen der Einbeziehung der KlientInnen in den jeweiligen Verstehensprozess im Hinblick auf Problemursachen und Zielperspektiven. Es zeigt sich aber auch, dass Überprüfungen und eine Fortsetzung der Debatte notwendig sind, nicht zuletzt, weil sich die Modelle und Verfahren erheblich voneinander unterscheiden. Beispielsweise – so schreibt es auch die Herausgeberin in ihrem Vorwort – im Hinblick auf die „Bedeutung, die dem Fachwissen und der Expertise der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter im Diagnoseprozess im Vergleich zur Selbsteinschätzung der KlientInnen zugemessen wird“ (7), aber auch im Hinblick auf das Verhältnis von Teilbereichsanalyse zum Gesamtzusammenhang der Lebenssituation, wie auch im Hinblick auf die Bedeutung einer Analyse der Vergangenheit.

Es ist schade, dass diesem Band von Seiten der Kritiker diagnostischer Verfahren im zweiten und dritten Teil keine alternativen, handhabbaren Konzepte und Verfahren beigesteuert werden, mit denen ähnlich prüfend verfahren werden könnte, wie dies mit anderen Konzepten erfolgen kann. Ich habe beim Lesen zudem einen einleitenden Aufsatz von kundiger Seite vermisst, in dem ein Überblick über die hier präsentier-

ten Konzepte, deren theoretische Herkunft und Entwicklungsgeschichte geschaffen wird, einschließlich genauerer Hinweise auf Verbindungen, Gegensätze und offene Forschungsfragen: sozusagen eine Einführung in die noch offene Baustelle „Diagnostik und Diagnosen in der Sozialen Arbeit“. Allerdings wird in den Darstellungen teilweise Bezug auf andere Verfahren genommen und damit ein Vergleich ermöglicht, so z.B. in der Darstellung der Pro-Ziel Basisdiagnostik, die von Maja Heiner mit anderen Diagnoseverfahren verglichen wird.

Fazit: Dies Buch ermöglicht die theoretische Auseinandersetzung mit den Grundlagen einer sich um systematisches Verstehen bemühen Sozialen Arbeit in ihrer ganzen Heterogenität und z.T. noch unvereinbaren Differenz. Es ermöglicht darüber hinaus einen Zugang zu ansonsten sehr schwer zugänglichen Instrumenten und Projekten und dadurch deren Diskussion, Überprüfung und ggf. Modifikation. Dadurch wird ein Beitrag zur Vernetzung von Wissen und zur Profilentwicklung der Disziplin Sozialer Arbeit geleistet.

Dies ist von nicht geringer Bedeutung im Angesicht des vorhandenen Zwangs und der vorhandenen Bereitschaft in Teilbereichen Sozialer Arbeit, diagnostische Verfahren „auf Gedeih und Verderb“ zu implementieren und macht dieses Buch sehr wertvoll. Denn es fördert die Klärung und Fortentwicklung „eigener“ Verfahren sozialpädagogischen Verstehens, die in der Lage sein sollen, der Komplexität der Problemlagen zu entsprechen sowie emanzipatorisch und rational begründbar zu bleiben. Und damit vergrößert es die Chance der Sozialen Arbeit, a) in zunehmendem Maße eine gemeinsame Sprache für das zu finden, was ihr als Problemen begegnet, was diesen zugrunde liegt und welche Handlungsmöglichkeiten sich ergeben und b) sich mit dieser Sprache auch im interdisziplinären Diskurs Gehör zu verschaffen.

Literatur

- Kunstreich, T. 2003: Neo-Diagnostik – Modernisierung klinischer Professionalität? Exposé für ein „Methodenheft“ der Widersprüche, in: Widersprüche, Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Nr. 88, 2003, S. 7–10
- Hanses, A. 2000: Biographische Diagnostik in der Sozialen Arbeit, in: Neue Praxis, Nr. 4, S. 356–379
- Jakob, G.; Wensierski, H.J. (Hg.) 1997: Rekonstruktive Sozialpädagogik: Konzepte und Methoden sozialpädagogischen Verstehens in Forschung und Praxis, München
- Mollenhauer, K.; Uhlenhorff, U. 1995: Sozialpädagogische Diagnosen. Über Jugendliche in schwierigen Lebenslagen, Weinheim/München
- Schmidt-Grunert, M. 1999: Methoden in der Sozialen Arbeit – zwischen Bevormundung und Aushandeln. In: Standpunkt-Sozial, Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg, FB Sozialpädagogik, Heft 3, S. 5–14
- Matthias Nauwerth,
Dr. phil., Dipl. Soziologe,
Dipl. Sozialpädagoge,
Akazienweg 15, 25474 Ellerbek,
matthias@nauwerth.de*

Die Mauer in den Köpfen (sollte weichen)

Andreas Glaeser, Divided in Unity. Identity, Germany, and the Berlin Police. The University of Chicago Press 2000; § 22

Fünf Jahre nach der Vereinigung (unification) Deutschlands untersuchte Glaeser die Bedeutung der Mauer in den Köpfen von Ost- und Westdeutschen mit dem Ziel, die Chancen und Hindernisse für ein besseres Verständnis zwischen beiden zu analysieren. 10 Jahre nach der Vereinigung ist das Buch erschienen – so lange dauerte die Analyse des 1994 bis 1996 gesammelten aufwendigen ethnographischen Materials im Rahmen der Dissertation von Glaeser – und fast 15 Jahre nach dem untersuchten historischen Ereignis erscheint nun die erste Buchbesprechung des Werkes in deutscher Sprache, das bisher wenig (zu wenig nach Meinung der Rezensentin) in Deutschland wahrgenommen wurde. Denn in thematischer, wie theoretischer und methodischer Hinsicht ist dieses Buch eine Fundgrube.

Das Thema ist aktuell, denn auch heute noch erscheint Deutschland zweigeteilt, sind die Lebens- und Arbeitschancen ungleich verteilt und der hegemoniale Charakter der Ost-Westbeziehungen wird hier aufrechterhalten, dort zurückgewiesen und dennoch z.B. in Gestalt des Solidaritätsbeitrags von beiden Seiten gestärkt.

Glaesers Befunde zeigen, dass die Vereinigung Deutschlands das Land geteilt hat. Lange – noch bis kurz nach dem aktiven Abriss der Mauer in Berlin – konnte die Idee eines einheitlichen Volkes, das „nur“ politisch getrennt war, Bestand haben. Die weitere Entwicklung jedoch zeigte: In Ostdeutschland wird der deutsche Weg in die wirtschaftliche Prosperität nicht wiederholt. Kulturelle Differenzen werden erst jetzt richtig deutlich. In einer Fülle von

Beispielen und Analysen, die sich wie ein Puzzle zu einem Bild fügen, zeigt Glaeser, wie die kulturelle Fremdheit zwischen Ost- und Westdeutschen jeden Tag gelebt und gefestigt wird. Die Zuschreibungen aus den Zeiten des kalten Krieges ebenso wie das Denken in SED-Kategorien der sozialistischen Partei sind noch lebendig. Dennoch: das „Andersmachen“ des anderen Deutschen, so die Analyse, ist nicht endgültig, sondern entwicklungsorientiert, deshalb aber nicht weniger nachhaltig. Westdeutsche versetzen Ostdeutsche in eine Zeit, die sie selbst vor langer Zeit durchlaufen haben und in einen Ort, der im Umbau begriffen ist. Die Zukunft des Ostens wird identifiziert mit der Gegenwart des Westens „Besuche in den Osten sind eine Zeitreise“. Eine Transformation in einen Zustand, in dem kategoriale Unterschiede überwunden sind, scheint möglich. Allerdings mit einem hegemonialen Anspruch, der aus der gemeinsamen Vergangenheit des Nationalsozialismus und der danach erfolgten Trennung der beiden deutschen Staaten abgeleitet wird: Die Alliierten verlangten den Westdeutschen eine „Vergangenheitsbewältigung“ ab, zu der Reeducationsprogramme gehörten. Eben dies fordern sie nun von den Ostdeutschen und meinen, die Rolle des Lehrers für die Transformation der Ostdeutschen einnehmen zu können.

Auch die Ostdeutschen sehen die Zukunft im modernen Westen und seiner sich rasant entwickelnden Technologie, wenn auch mit einem Seufzer und Bedauern darüber, dass die Tage des friedlichen, ruhigen Ostens gezählt sind. Nolens volens werden so die Ostdeutschen zu Unterstützern ihrer zeitlichen Abschiebung durch die Westdeutschen. Der zugemutete Wandel wird nicht grundsätzlich abgelehnt, aber allzu plötzlicher Wandel. Hier ist besonders lesenswert die Bewertung des Wartens durch ostdeutsche Polizeioffiziere und seine Bedeutung für die Selbsterfahrung in der DDR. War-

ten machte die gewünschten Waren erreichbar, wenn sie überhaupt erreichbar waren. Es gehörte Raffinesse dazu, in den Besitz bestimmter Dinge zu gelangen. In der schnelllebigen westlichen Gesellschaft ist Warten keine Tugend mehr, alles ist zu seinem Preis zu haben. Für die ostdeutschen Polizeioffiziere ist damit eine Ver-lusterfahrung verbunden.

Der theoretische Beitrag Glaesers besteht in dem Entwurf eines analytischen Rahmens für die Untersuchung von Identitäts- und Wandlungsprozessen, der die Besonderheit des Andersseins von Ost und West in Deutschland zu erfassen vermag: ein Tatbestand, der in den gebräuchlichen Kategorien von Identitätstheorien wie Rasse, Ethnik, Gender, Klasse, Nation, Sexualität nicht aufgeht.

Die Identität der Menschen in Ost und West nach der Vereinigung der beiden Staaten der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik in die Bundesrepublik Deutschland ist der zentrale Fokus der Untersuchung, weil ohne die Annahme einer Identität zwischen Ost- und Westdeutschen die Vereinigung kein politisches Ziel der Bundesrepublik hätte sein können: das Grundgesetz betont die unverbrüchliche Einheit des deutschen Volkes.

Diesseits dieser Sollvorstellung wird die Geschichte der beiden deutschen Staaten in Rechnung gestellt: 40 Jahre kalter Krieg, die unterschiedliche Bewältigung der gemeinsamen nationalsozialistischen Vergangenheit und die Logik der Vereinigung, die als eine fundamentale Asymmetrie gekennzeichnet wird: alle Anpassungen mussten die Ostdeutschen leisten. Dagegen steht die Frage nach einer speziellen selbsterhaltenden ostdeutschen Identität und Kultur bzw. nach den Bedingungen, unter denen sie hätte entstehen können.

Die Dimensionen des Raumes – eine in Identitätstheorien vernachlässigte Katego-

rie –, der Zeit und ihrer typischen Verbindungen in „Chronotopen“, Arbeit und Moral bilden die Folie für die Analyse der Identifikationen des Selbst und des Anderen in den Äußerungen der Polizeioffiziere. Glaeser betont mit dem Begriff der Identifikationen, den er anstelle von „Identität“ gebraucht, den offenen, prozessualen und alltagsorientierten Charakter seines Konzepts, dessen relevante o.g. Dimensionen sich in der Feldarbeit herausgeschält haben. Aus kurzen verbalen Äußerungen wird schnell ein ganzes Netz von Identifikationen gesponnen, indem die zugrundeliegenden kognitiven Prinzipien, nach denen das Selbst mit der Welt verknüpft wird, entfaltet und gedeutet werden. Beeindruckend sind die vielfältigen theoretischen Bezüge, die zur Interpretation der Daten herangezogen werden: Ricoeurs Theorie der Narrationen, Burkes rhetorische Analysen, Fabians Konzept der Allochronismen, Fries Anatomie der Kritik, Bakhtins Chronotopen, Saids Orientalismus, Lakoffs Metaphern, und natürlich Bourdieu, Schütz/Luckmann, Weber, um nur einige zu nennen, die wie Versatzstücke zu einem vielschichtigen Interpretationsgemälde zusammengefügt werden. Es gleicht dem mehrdimensionalen Netz von Identifikationen, mit denen das Selbst verknüpft ist und die Welt mit dem Selbst.

Auf methodischer Ebene schließlich bietet die Untersuchung vor allem durch die Entfaltung ihrer theoretischen Grundlagen ein Lehrstück für die Anwendung ethnographischer Methoden: biographische Interviews werden in der gemeinsamen Arbeitsumgebung von west- und ostdeutschen Polizeioffizieren gemacht und dem Rhythmus der Arbeitstätigkeit angepasst. Glaeser begleitete die Polizisten auf ihrer Streife zu Fuß und in ihren Autos, ist bei ihrer Arbeit in den Revierwachen dabei und bewegt sich auf den verschiedenen hierarchischen Ebenen. Die Politik der Identität wird auf-

grund einer Untersuchung des Organisationskontextes analysiert mit den Aspekten der Lohnstruktur, der Nachqualifizierung der ehemaligen Volkspolizei – Offiziere oder ihrer Überprüfung auf Zusammenarbeit mit der Stasi und gegebenenfalls Entlassung. Diese Untersuchung ist nach Glaeser für das Verständnis der Transformation der Volkspolizei in die Berliner Landespolizei ebenso wichtig wie die direkten Kommunikationskontakte der teilnehmenden Beobachtung und der biographischen Interviews. Eine Verknüpfung beider Bereiche sollen Interviews mit hochrangigen Berliner Polizei Offizieren leisten, die politisch verantwortlich für die Zusammenlegung der beiden Polizeikräfte waren. Ergänzt wurden diese Interviews mit durch die Interviewpartner zugänglich gemachten Dokumenten.

Die Auswahl von ost- und westdeutschen Polizeioffizieren und von Bezirken¹, wo beide zusammentreffen und gemeinsam ihre den Staat erhaltende tägliche Arbeit tun, möchte ich schlicht als pfiffig bezeichnen. Ihre Nähe zum jeweils anderen Staat, ihr Aufeinander- Angewiesen-Sein und die zentrale Rolle der gegenseitigen Anerkennung, die Mischung von praktischer, bei dem der Raum eine wichtige Rolle spielt, und Schreibtischarbeit, das Vorhandensein klarer Hierarchien, der direkte Einfluss von politischen Entscheidungen wie der, in Berlin Ost-Offiziere in den Westen, West-Offiziere in den Osten zu schicken und Streifenwagen mit je einem West- und einem Ostoffizier zu bestücken, bieten eine Fülle an Ansatzpunkten für die Analyse der Identitätsprozesse unter der Berücksichtigung von organisationalen und politischen Kontexten.

Die unglaubliche Fülle theoretischer Ansätze für die Auswertung des Materials, die immer knapp und verständlich dargelegt werden, bevor sie für die eigenen Zwecke modifiziert werden, führt zu einer dichten Be-

schreibung der Ost-West-Trennung 5 Jahre nach der Angliederung der DDR. Dass diese Vielfalt auch verwirrend ist, soll nicht verschwiegen werden.

Kritisch bleibt auch die Verallgemeinerung der Identifikationsprozesse der Polizeioffiziere auf Deutsche, die so vom Autor nicht vollzogen, aber suggeriert wird. Die tiefgreifende Umgestaltung der DDR nach der Vereinigung wird in vielen Einzelheiten auf beiden Ebenen deutlich: in der Schilderung der Ereignisse durch den Autor und ihrem Reflex in den Äußerungen der Polizeioffiziere. Beides vermischt sich manchmal bzw. erscheint nicht säuberlich getrennt. Dies tut aber dem Wert der Untersuchung insgesamt keinen Abbruch, da nicht das eine durch das andere ersetzt wird, sondern immer beide Ebenen aufscheinen. Dennoch ist zu fragen, ob die Narrationen in ihrer Aussagekraft voll ausgeschöpft werden und nicht manchmal zu früh theoretische Erklärungen herangezogen werden, die den immanenten Sinn der Interviewtexte überlagern.

Eine Übersetzung dieses Werks ins Deutsche wäre jedenfalls ein Gewinn für die Beantwortung der Frage nach den Chancen für den Fortgang der deutschen Einheit, eine Bereicherung für die ethnographische und narrative Methodologie und die theoretische Weiterentwicklung des prozessualen Aspekts von Identifikationstheorien.

Anmerkung

- 1 Köpenick und Potsdam wurden ihm für die Feldarbeit zugänglich gemacht und es lohnt schon allein die Lektüre der Charakteristik dieser Stadtteile und ihrer Polizeireviere, um das Buch zu empfehlen.

Margret Bülow-Schramm

Univ. HH, Interdisziplinäres Zentrum für Hochschuldidaktik

Sedanstr. 19, IV. Stock, 20146 Hamburg

buelow-schramm@prouni.uni-hamburg.de



Wolfgang Braun und Matthias Nauerth
(Hrsg.)

**Lust an der Erkenntnis
Zum Gebrauchswert
soziologischen Denkens
für die Praxis Sozialer Arbeit**

Impulse Werkstatt Fachhochschule
Band 14

2005, ISBN 3-89370-404-3, 250 Seiten
€ 22,00 / SFr 38,60

- Fachkräfte der Sozialen Arbeit müssen ihr berufliches Handeln innerhalb des gesellschaftlichen (Verstrickungs-)Zusammenhangs wahrnehmen können. Doch nicht nur das: zudem müssen sie ihre Blickschärfe in den verschiedenen Arbeitsfeldern umsetzen. Dafür kann die Soziologie wichtige Beiträge leisten. Denn sie beschreibt den Menschen als soziales Wesen, das seine Geschichte selbst macht und die Verhältnisse durch Handeln erzeugt, verfestigt – aber auch verändern kann. Soziologie hat daher für die Soziale Arbeit einen herausragenden Gebrauchswert, weil sie den Blick auf die eigene gesellschaftliche Funktion, auf soziale Problemlagen und auf eine helfende Praxis schärft.
- In diesem Buch sind soziologische Texte versammelt, in denen Hinweise zu einer für die Soziale Arbeit nützlichen soziologischen Perspektive gegeben werden. Die Autorinnen und Autoren zeigen ihre eigene soziologische Denkart und Produktionsweise so auf, dass deren Gebrauchswert für eine Praxis Sozialer Arbeit kenntlich wird. Bei aller Unterschiedlichkeit ist den Texten gemeinsam, dass sie ein Zeugnis der Lust an soziologischem Denken geben und damit zum Denken im Horizont Sozialer Arbeit auffordern.
- Es ist das Anliegen dieses Buches, Soziale Arbeit zu einer lustvollen Praxis soziologischen Denkens zu verführen.

Mit Beiträgen von Erika Bock-Rosenthal, Wolfgang Braun, Helga Cremer-Schäfer, Frigga Haug, Wolfgang Fritz Haug, Timm Kunstreich, Michael Lindenberg, Hildgard Mogge-Grotjahn, Stefan Müller-Doohm, Matthias Nauerth.



Die Wiederentdeckung der Gleichheit oder: Zum Teufel mit der Differenz – le ras-le-bol du difference!

Elisabeth Badinter: Die Wiederentdeckung der Gleichheit. Aus dem Französischen von Petra Willim. Ullstein Verlag, Berlin 2004, 190 Seiten, 18 Euro

Im vergangenen Jahr erschien in der deutschen Übersetzung das anregende, aufregende und Widerspruch herausfordernde Buch: „Die Wiederentdeckung der Gleichheit – schwache Frauen, gefährliche Männer und andere feministische Irrtümer“ von Elisabeth Badinter, Professorin für Philosophie und Geschichte an der Pariser Ecole Polytechnique und Feministin der ersten Stunde. Badinter wurde in Deutschland vor allem bekannt durch ihr 1981 erschienenes Buch: „Die Mutterliebe. Geschichte eines Gefühls vom 17. Jahrhundert bis heute“, in welchem sie Mutterliebe als Mythos und gleichermaßen als Trick zur Zähmung von Frauen in den häuslichen vier Wänden entlarvte und damit dem Streben der Frauen nach Gleichberechtigung und der Frauenbewegung als politischer Praxis gute Argumente an die Hand gab. Nahezu 25 Jahre später ist für Elisabeth Badinter von dem damaligen hoffnungsvollen Aufbruch in Richtung Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen kaum noch etwas auffindbar; deren Realisierung im gesellschaftlichen und beruflichen Bereich stagniert trotz bester Voraussetzungen, die Frauen mittlerweile vorweisen. Aber statt sich über diesen Zustand zu empören, wird gejamert, so Badinter, unter Berufung auf ein Differenzparadigma, das die Welt in wehrlose unterdrückte Frauen und unsensible gefährliche Männer teilt. Gegen diesen „feministischen Irrtum“ diese „vikti-

mistische Philosophie“ (S. 23) polemisiert Badinter heftigst und leidenschaftlich und setzt ihre Perspektive einer rigorosen Gleichheit beider Geschlechter dagegen, welche sich auf das *jegliche* Geschlechtsunterschiede überragende universelle Prinzip der Menschenrechte beruft. Der Titel der 2003 in Frankreich erschienen Originalausgabe: „fausse route“ entspricht dem Anliegen Badinters insofern eher als der für die deutsche Ausgabe gewählte Titel.

Über weite Strecken liest sich das flott und populär geschriebene Buch als Provokation und Anklageschrift gegen diejenigen Feministinnen, die sich dem Differenzansatz verpflichtet sehen, allem voran gegen das amerikanische Dreigespann Dworkin, McKinnon und Brownmiller. Ihre feministische Sichtweise und deren Rezeption in Frankreich im Verlauf der 90er Jahre regt Badinter derart auf, dass sie in berechtigter Kritik an einem biologistischen Differenzdenken häufig über das Ziel hinausschießt. Dabei geschieht es, dass sie relevante Themen und wichtige aktuelle Diskurszusammenhänge einfach ausklammert. Es verblüfft schon ein wenig, wie Badinter penetrant differenztheoretischen Denkansätzen unisono einen Biologismus und Essentialismus unterschiebt, wie sie sexuelle Freiheit der Frauen mit Empfängnisverhütung gleichsetzt oder dass sie das gesamte riesige Feld der privat geleisteten Sorgearbeit, deren Organisation und Aufteilung zwischen Frauen und Männern zu Lasten der Frauen überhaupt nicht thematisiert.

In vier thematisch brisanten Schwerpunkten belegt Badinter ihre Kritik an der „fausse route“ des Differenzfeminismus nieder. Zunächst befasst sie sich mit dem Frauenbild, das sie durch den modernen feministischen Diskurs, insbesondere der radikalen amerikanischen Feministinnen mit seinem Schwerpunkt auf der Gewalt gegen Frauen, hervorgebracht sieht: Frauen stets als Opfer von männlicher Gewalt in

ihren verschiedenen Varianten („Eine neue Abhandlung über die Methode“). Unter Hinzuziehung amerikanischer und französischer Empirien belegt sie, dass die Popularität und Juristifizierung des Begriffes sexuelle Gewalt natürlich zu einer Vermehrung sexueller Verbrechen führt, je nach dem wo die Definitionsmacht sitzt. (Erinnern wir uns z.B. an die Hysterie im Zusammenhang mit der Popularisierung von sexuellem Missbrauch und dem eifrigen Suchen nach Anzeichen für solchen!)

Den berechtigten kritischen Einwand gegen einen weinerlichen und allzu platten „Opfer-Feminismus“ entwertet Badinter aber sogleich in ihrem zweiten Schwerpunkt („Auslassungen“), in welchem sie den Nachweis antreten will, dass Gewalt nicht nur ein männliches Attribut ist. In einem Parkcoursritt durch die europäische Geschichte (auch der deutsche Nationalsozialismus wird angetippt) und mittels empirischen Materials aus dem Bereich des Strafrechtes führt sie Gewalt von Frauen vor und klagt deren Nicht-Thematisierung durch Feministinnen an. Badinter unterstellt, dass solche Art Auslassungen System haben, denn letztlich gehe es den Differenzfeministinnen ja darum, das Bild einer in zwei Teile gespaltenen Menschheit zu beweisen: Hier die weiblichen Opfer der männlichen Unterdrückung, und dort die allmächtigen Täter. Anstatt nun einer Personalisierung von Gewalt (Frauen sind genau so schlimm wie Männer!) durch Betonung deren herrschaftlich-struktureller Dimension kritisch zu begegnen, stößt Badinter mit ihrem eifrigen Suchen nach Gewalttäterinnen aber ins gleiche Horn.

Hieran knüpft ein weiterer thematischer Kritikpunkt an: Die Sichtweise des Differenzfeminismus auf die männliche und die weibliche Sexualität („Widerspruch“). Badinter konstatiert, dass, obwohl sexuelle Klischees nach allem, was ihr an empirischen Daten zugänglich ist, ihre prägende Kraft all-

mählich verlieren, die Idee eines Unterschiedes zwischen männlichem und weiblichem Begehren wirkmächtig bleibt und als Waffe des Differenzfeminismus genutzt wird. „Die ständige Ausweitung des Begriffes sexueller Verbrechen und deren seit einigen Jahren verschärfte Verfolgung zeichnen das Bild eines legalen, moralischen und geheiligten Sex, der in radikalem Gegensatz zu jener sexuellen Freiheit steht, die die jüngeren Generationen nutzen ...“ (S. 128). Die Perspektive der Differenz geht dahin, die männliche Sexualität zu zähmen. Als Beleg bringt Badinter Bilder aus deutschen Klos ins Spiel, die einen stehend urinierenden Mann zeigen, der mit einem dicken roten Balken durchgestrichen ist. „Beim Wasserlassen aufrecht zu stehen, gilt als Gipfel von Vulgarität und als suggestives Zeichen latenter Gewalt, kurz als eine widerliche Machogeste. Einstweilen sträuben sich die Männer, wagen es aber nicht, offen Widerstand zu leisten. Viele junge Väter fühlen sich von ihrer Partnerin genötigt, ihrem Sohn diese neue, eigentlich weibliche Körpertechnik beizubringen“ (S. 128) Das ist nur noch komisch, aber für Badinter ein Beleg, um das derzeitige Dilemma zwischen den Geschlechtern zu charakterisieren: „Beide Geschlechter stellen sich als Opfer des jeweils anderen dar, nur dass die Frauen mit erhobener Stimme sprechen und die Männer murmeln. Die Frauen äußern ihren Überdruß oder ihre Wut über die immer noch ungleiche Verteilung der Macht und der Pflichten. Die Männer fühlen sich jeder Eigenheit beraubt, nur noch als Adressaten widersprüchlicher Erwartungen. Sie sollen gleichzeitig die Tugenden ihrer Großväter bewahren und die ihrer Großmütter erwerben.“ (S. 135) Was Wunder also, wenn die Männer ihr Unbehagen und ihren Groll gegenüber den Frauen äußern und zurückschlagen?

In der Lesart Badinters geht dieser unerquickliche Zustand auf die Kappe des Diffe-

renzfeminismus, der über moralische Macht verfügt und somit die Fähigkeit besitzt, Schuldgefühle gegenüber den Opfern zu erzeugen. Aber hiermit noch nicht genug. Indem Badinter den Differenzfeminismus ausschließlich biologistisch-ontologisch eng führt und ihm einen „unaufhebbaren Gegensatz zwischen Männern und Frauen“ (S. 146) einschreibt, kann sie ihn auch für die verhängnisvolle Gleichsetzung von *Frau*=Weiblichkeit=Fähigkeit zur Mutterschaft in Haft nehmen.

Die Folgen dieser Gleichung strickt Badinter in ihrem vierten Themenabschnitt („Regression“) dann weiter, belegt durch empirisches ausgewähltes Material:

Fähigkeit zur Mutterschaft=Natur=Mutterinstinkt=Stillen=Teilzeit. Der Vorwurf geht an die Differenzperspektive, den Frauen einen Instinkt zuschreiben, der sie dazu prädisponiert, zu Hause zu bleiben (S. 158). Und so endet Badinter letztendlich dort, wo sie schon einmal, vor 24 Jahren, mit der Aufdeckung des „Mutterinstinkts“ als Konstrukt und Zurichtung, begonnen hatte. Heute aber sind es die Differenzfeministinnen, die ihrer Meinung nach dominant am Konstrukt mitwirken.

Im Epilog insistiert Badinter: „Gleichheit lebt von Gleichem, nicht von Verschiedenem. Der Gedanke der Parität, welche die Gleichheit in der Differenz fordert, ist eine Zeitbombe. Sehr bald führt sie dazu, den Unterschied zu überschätzen und die Gleichheit zu relativieren.“ (S. 161). Deshalb muss es vorrangig darum gehen, für die Nichtunterscheidung der Geschlechterrollen zu kämpfen. „Zusätzliche Kinderkrippen und bessere Möglichkeiten zur häuslichen Kinderbetreuung leisten dafür mehr als sämtliche Diskurse über Parität“ (S. 159).

So notwendig es ist, die alte Forderung nach vergesellschafteten Formen der Reproduktionsarbeit zu stellen, so taugt sie doch nur bedingt für eine Perspektive, die sich Ge-

schlechtergleichheit auf die Fahnen schreiben möchte. Aus vielen Studien wissen wir mittlerweile, dass eine ausreichende Kinderbetreuung längst noch nicht die Gleichheit der Geschlechter im Erwerbsleben garantiert. Vielmehr haben sich informelle patriarchale Machtstrukturen in den Organisationen auf den weiblichen Ansturm längst eingestellt, um die männliche Vorherrschaft dort zu sichern. Und zweitens blendet Badinters Gleichheitsperspektive den Bereich der privaten Sorgearbeit nahezu vollständig aus; ihr Gleichheitsmodell beinhaltet die doppelt vergesellschaftete Frau und den einfach vergesellschafteten Mann. In beiden Bereichen: sowohl dem der organisationsstrukturellen männlichen Machterhaltung als auch dem der privaten von Frauen erledigten Sorgearbeit liegen seit einigen Jahren interessante Forschungsergebnisse vor, die den radikalen Gleichheitsfeminismus der 70er Jahre in Beweisnot bringen müssten.

Womöglich ist es einfach so, dass Badinter nach über 30 Jahren Engagement für die Gleichberechtigung von Frauen in Gesellschaft und Beruf enorm enttäuscht ist über die Hartnäckigkeit, mit der sich das Geschlechterverhältnis in seiner hierarchischen Form zeigt? Und nicht nur ihr geht es so, sie befindet sich in guter Gesellschaft, denn an verschiedenen Orten finden zur Zeit eher verzagte Bestandsaufnahmen statt. So bilanzierte die UN-Frauenrechtskommission zehn Jahre nach der vierten Weltfrauenkonferenz von Peking höchst Widersprüchliches: Fortschritte in den Frauenrechten wurden zwar erreicht, aber die strukturellen Ungleichheiten bestehen weiter. Und in der Süddeutschen Zeitung erscheint eine Artikelreihe mit dem Titel „Frauen und Männer: Neueste Ermittlungen im Krisengebiet“, die dem Phänomen nachgeht, dass sich anscheinend alles, aber letztlich doch gar nichts im Verhältnis der Geschlechter geändert habe. „Feminismus

war gestern, Patriarchat vorgestern. Heute begegnen sich Männer und Frauen auf Augenhöhe. Oder etwa nicht?“ So lautet der Vorspann zu dieser Artikelserie.

Dass Badinter in ihrer Enttäuschung nun über den Differenzfeminismus herfällt und ihn bzw. eine seiner Variante zum Buhmann macht, der wesentlichen Anteil am nicht gleichberechtigten Verhältnis der Geschlechter hat, ist allerdings maßlos überzogen. Ist es doch ein großes Verdienst des Feminismus der Differenz, immer wieder darauf hingewiesen zu haben, dass eine unbedingte Gleichheitsperspektive zu allermeist die Angleichung des weiblichen Geschlechtes an das menschlich-männliche bedeutet und ausblendet, dass für Frauen und Männer aufgrund einer strukturell festgezurten geschlechterbezogenen Arbeitsteilung unterschiedliche Existenz-, Denk-, Gefühls- und Verhaltensweisen real sind. Diese Problematik und die Tatsache, dass schlichte Gleichheitsforderungen ergänzungs- und erweiterungsbedürftig sind, wurden bereits ausgiebig 1989 auf dem Kongress „Differenz und Gleichheit“ in Frankfurt am Main erörtert. Seitdem gibt es unterschiedliche Bemühungen, die Patt-Situation zwischen dem Gleichheits- und dem Differenzparadigma weiter zu entwickeln, sei es durch Ansätze der Neu-Interpretation von „Gleichheit“ und „Differenz“, sei es durch die Suche nach einem dritten normativen Prinzip oder auch durch den völligen Rückzug aus der normativen Theoriebildung. Nancy Fraser bemerkt zu diesem Dilemma:

„Überdies besteht die theoretische Sackgasse zwischen Gleichheit und Differenz objektiv und kann weder einfach umgangen noch sinnvoller Weise akzeptiert werden. Es gibt auch keinen ‚gänzlich ande-

ren‘, dritten Begriff, der uns daraus hervorzubringen könnte. ... Ich schlage vor, dass wir die Gleichheit der Geschlechter begrifflich neu fassen. Sie ist meiner Ansicht nach eine komplexe, keine einfache Idee. Dies bedeutet, mit der Annahme zu brechen, dass Geschlechtergleichheit mit einem einzigen Wert oder einer einzigen Norm – ob nun Gleichheit, Differenz oder etwas anderes – identifiziert werden kann. Statt dessen sollten wir sie als eine komplexe Vorstellung begreifen, die eine Pluralität verschiedener normativer Prinzipien umfasst, von denen einige mit der Gleichheits-Seite, einige mit der Differenz-Seite assoziiert sind.“ (Fraser 1997, Die halbierte Gerechtigkeit, Frankfurt: 74)

Einen wichtigen Hinweis gibt Badinter, wenn sie aufmerksam macht auf den Einzug von geschlechterdifferenzen Kategorien in die offizielle Politik. Seit den Amsterdamer Verträgen und der Verpflichtung der europäischen Mitgliedsländer, Gender Mainstreaming in alle politischen Felder zu implantieren, muss man sich sorgfältig gewärtigen, in welcher Weise die Tendenz einer Differenzierung von Männern und Frauen sich in politischen Programmen manifestiert: inwieweit diese Chancen eröffnen, die Gewordenheit des Geschlechterverhältnisses und die sie erhaltenen Strukturen aufzudecken und zu verändern oder ob sie eher dazu genutzt werden, bestehende Ungleichheiten zu legitimieren und zu verfestigen.

*Prof. Dr. Barbara Rose
Ev. FH für Sozialpädagogik
des Rauhen Hauses
Horner Weg 170, 22111 Hamburg
brose@rauhenhaus.de*

Wandlungsprozesse der Jugendphase?

Lenz, Karl; Schefold, Werner;

Schröer, Wolfgang;

Entgrenzte Lebensbewältigung.

Jugend, Geschlecht und Jugendhilfe.

Juventa Verlag, Weinheim

München 2004, 17 Euro

Als Werner Schefold und Lothar Böhnisch 1985 ihr Buch „Lebensbewältigung“ veröffentlichten, war ihnen sicher nicht bewusst, dass das von ihnen im Buch vorgestellte Modell der Lebensbewältigung nicht an Aktualität einbüßen wird. Das Lebensbewältigungsparadigma erfährt bis heute eine breite Rezeption und bestimmt die Entwicklung der Sozialpädagogik als Wissenschaft von der Sozialen Arbeit wesentlich mit.

Die Grundannahme des Lebensbewältigungstheorems ist, dass sozialintegrative Muster an sinnstiftender Geltung verlieren, während Fragen der Bewältigung von anomischen, risikobehafteten und emotional belasteten Situationen den Lebenslauf von Individuen stärker bestimmen. Daraus ergibt sich nach Böhnisch/Schefold für die Sozialpädagogik ein veränderter Handlungsbedarf, der die Person in das Zentrum sozialarbeiterischer Tätigkeit rückt. Die 20 Jahre, die seit der Veröffentlichung vergangen sind, scheinen das Lebensbewältigungskonzept zu bestätigen. Sowohl Böhnisch als auch Schefold gehen in ihren Schriften bis heute davon aus, dass sich die Prozesse des Verlustes sinnstiftender und regulierender Potenzen sowie der Auflösung sozialer Ordnungen (wie z.B. in Arbeit/Politik; Geschlechterordnung; institutionalisierten Lebenslauf; der Institution Familie; handlungsregulierenden Normen; in Erziehungs- und Bildungsarrangements) nicht nur vorhanden sind, sondern sich beschleunigt

und verstetigt haben. Dies führt dazu, dass Individuen „in offene, ungesicherte Verhältnisse freigesetzt“ werden und „gezwungen“ sind, in diesen zu handeln und handlungsfähig zu bleiben. Diese neue Qualität des Lebensbewältigungsparadigmas versuchen Schröer, Lenz und Schefold in dem Buch „Entgrenzte Lebensbewältigung“ an den drei Gegenständen *Jugend*, *Geschlecht* und *erzieherische Hilfen* exemplarisch aufzuzeigen. Sie konzipieren dabei ihre Forschungsgegenstände als offene Projekte, mit dem Potential zu weiterführender Diskussion. Hierin liegt die generelle Stärke der Beiträge von Schröer, Lenz und Schefold für die aktuelle sozialpädagogische Theoriebildung begründet.

In ihren Beiträgen gehen die Autoren von der Prämisse aus, dass die Sozialpädagogik am Beginn des 21. Jahrhunderts vor grundlegenden sozialpolitischen Herausforderungen steht. Sie muss sich unter den Bedingungen des gesellschaftlichen und ökonomischen Transformationsprozesses selbst neu verorten. Hierfür bietet nach Ansicht von Schröer, Lenz und Schefold das Paradigma der Lebensbewältigung Raum, um dem Anspruch von Sozialpädagogik auf Seiten der Praxis gerecht zu werden. Dieser besteht darin, Individuen bei der Entwicklung eigener Lebensperspektiven zu begleiten (Bedarfs-, Ressourcen- und Sozialraumorientierung) und empirisch abgesicherte Theorien zu entwerfen. Als zentrale Begriffe werden von den Autoren bei der Entwicklung ihrer Positionen die Kategorien Entgrenzung, Freisetzung und Bewältigung vorgegeben.

Mit seinem Beitrag „Befreiung aus dem Moratorium? Zur Entgrenzung von Jugend“ wendet sich Schröer dem Gegenstand Jugend aus einer aktuellen Perspektive zu. Er will mit seinem Beitrag erreichen, dass sich die Sozialwissenschaften mit Fragen der internen Entstrukturierung der Jugendphase auseinandersetzen, weg

von dem Blick auf die Lebensphase Jugend ausschließlich im Kontext des institutionalisierten Lebenslaufes, dem Bildungsmoratorium und der Vorbereitung auf das Erwachsenenalter mit seiner Erwerbszentriertheit. Schröer weist aber zugleich eindringlich darauf hin, dass die Lebensphase Jugend nicht nur von internen Entgrenzungstendenzen gekennzeichnet (Gleichzeitigkeit von beruflicher und privater Orientierung, von jugendlichem Experimentierverhalten und sozialem Statusdruck; YoYo-Konstellation; Job als informelles Lernfeld von Jugendlichen/jungen Erwachsenen; gestreckter Bildungsraum für einen Teil der Jugendlichen/jungen Erwachsenen, Verarbeitung der Jugendphase) ist. Genauso zentral für die Wandlungsprozesse der Jugendphase („der digitale Kapitalismus sucht sich seine Jugend“, S. 21) ist für ihn der (entgrenzte) Vergesellschaftungskontext. Neu ist nach Schröer u.a., dass die Jugend selbst nicht nur Verarbeitungsprozessen („Verarbeitung des Jugendalltags“, S. 44) unterworfen, sondern die Jugendlichen sich auf eine Erwerbstätigkeit vorbereiten sollen, die noch gar nicht existent ist. Schröer sieht es deshalb als zentral an, das „Skript“ des sich entgrenzenden Jugendlebens neu zu schreiben, und sich Fragen nach der psychosozialen Dynamik der Handlungsfähigkeit der Jugendlichen sowie der gesellschaftspolitischen Rückbindung von Jugend zu stellen. Prekär sind für Schröer vor allem die Übergänge zwischen den einzelnen Phasen der Lebenslage Jugend (von der Schule zur Ausbildungszeit, von der Lehre zur Erwerbstätigkeit, Zeiten zwischen Berufstätigkeiten), da diese sich nicht nur als biographische Herausforderung begreifen lassen, sondern auch als Zeiten individueller Krisenbewältigung und sozialpolitischer Unterstützungsarrangements. Aus der Verarbeitung der Jugendphase leitet er ab, dass die „Arbeitsgesellschaft [...] selbst [als] ein Lernfeld der Selbstbildung für

Jugendliche“ (S. 45) wahrgenommen werden muss. Es erfordert von den Jugendlichen als auch von der Kultur, Jugendlichen als „Anbieter und Produzent“ des eigenen „Humankapitals“ zu begreifen, die zudem „die eigenen Lernprozesse steuern“ (S. 51). Der Status des Jugendlichen verändert sich hierdurch grundlegend, weg vom Moratoriumsverständnis hin zum „Bürgerstatus“, der jedoch durch die Kinder- und Jugendhilfe erst noch entdeckt werden muss.

Die sozialwissenschaftlichen und sozialisationstheoretischen Diskussionen sollten sich – so Schröers eindringliches Plädoyer – dem Forschungsgegenstand Jugend unter den von ihm benannten Entgrenzungstendenzen zuwenden und Fragen nach den „Paradoxien zwischen Zumutungen, Erwartungen und Erreichbarkeiten“ thematisieren, die sich aus der Freisetzung aus dem Jugendmoratorium ergeben. Für Schröer sind es vor allen Fragen, die aus den veränderten Anforderungen an Jugend resultieren, und die „Mischungen von Arbeit, Bildung und Jugendleben“ als Konstellation der Lebenslage Jugend konstituieren.

Bereits in der Überschrift „Entgrenztes Geschlecht. Zu den Grenzen des Konstruktivismus“ macht Lenz auf die beiden zentralen Insistierungen seiner Überlegungen aufmerksam. Er setzt sich in seinem Beitrag zum einen mit den Grenzen des konstruktivistischen Geschlechterparadigmas im Kontext einer sich strukturell wandelnden Gesellschaft (Stichwort: digitaler Kapitalismus) auseinander. Zum anderen will er mit dem Geschlechterkonstrukt von Böhnisch (sich verstanden wissend als Beitrag zur kritischen Männerforschung), Begrenzungen des konstruktivistischen Geschlechtermodells überwinden und eine Geschlechtertheorie formulieren, welche die Ebenen von Kultur als auch von Sozialstruktur, Interaktion und (Tiefen)Psychologie miteinander verbindet.

Bevor Lenz die Chancen und Begrenzungen des konstruktivistischen Paradigmas thematisiert, distanziert er sich von modernen Re-Naturalisierungsansätze der Geschlechter-, „Forschung“ (Gray, Schwanitz, Pease/Pease), die seiner Meinung nach dazu beitragen, die Differenzthese neu zu installieren. Insbesondere kritisiert er am Re-Naturalisierungsmodell, das mit der Festschreibung der Geschlechterdifferenz die Statusunterschiede der Geschlechter und der unterschiedlichen Lebenschancen und -perspektiven als naturgegeben deklariert und Chancen zu deren Veränderungen gelehnet werden. Jedoch sind die realen Prozesse in modernen Gesellschaften nach Lenz durch Prozesse des „Verschwindens des ‚großen‘/‘kleinen‘ Unterschieds“ strukturiert, was er als „Tendenz der Annäherungen der Geschlechter“ beschreibt und beispielhaft an drei Bereichen festmacht: den Studentinnenzahlen an deutschen Hochschulen, dem rasanten kulturellen Wandel der Sexualität im 20. Jahrhundert sowie Veränderungen in der Erwerbsquote von Frauen. Geschlecht ist für Lenz also mehr als nur „ein biologisches Phänomen“ (S. 92), aber auch mehr als die Annahme des Konstruktivismus, der von einer fortlaufenden sozialen Reproduktion der Geschlechterordnung durch das institutionelle Arrangement der Geschlechter und den Diskurs (Butler, Kessler, McKenna, Garfinkel, Zimmermann, Hirschauer, Goffmann u.a.) ausgeht. Für Lenz bleibt die konstruktivistische Geschlechterforschung hierdurch „blind gegenüber zahlreichen Veränderungstendenzen“. Seine Kritik an der konstruktivistischen Geschlechterforschung macht er an zwei Punkten fest: der Nichtthematisierung von (1) gesellschaftlichen Hintergrundstrukturen und (2) personaler Tiefendynamik. Hier sieht Lenz auch die Stärken der Forschungen von Böhnisch zur Geschlechterfrage wie des Lebensbewältigungsparadigmas. Bezogen

auf die gesellschaftliche Ebene ist es die Verbindung vom Wirtschaftssystem und den Regulationsmechanismen des politischen Systems mit der Geschlechterproblematik (vor allem von Seiten des Mann-Seins und der Männlichkeit), im Hinblick auf die personale Tiefendynamik ist es die Thematisierung der anthropologischen Differenz von Mann und Frau (Naturnähe der Frau; Verlegenheit des Mannes). Durch das Aufeinanderbeziehen von Gesellschaft (Lebenslage) und Subjekt (Lebensbewältigung) gelingt es Böhnisch nach Lenz im Gegensatz zur konstruktivistischen Geschlechterforschung, die Gleichzeitigkeit der Ungleichzeitigkeit von Prozessen zu erfassen. Dies betrifft insbesondere die Geschlechternivellierung (Geschlechterverhältnisse) sowie die Verstetigung und Reproduktion von Geschlechterunterschieden in den alltäglichen Beziehungen („Freisetzung der Geschlechterunterschiede im privaten Raum“; z.B. in Krisensituationen und der Praxis der Arbeitsteilung).

Lenz leitet aus seinen Darlegungen zur konstruktivistischen Geschlechterforschung sowie zur kritischen Männerforschung ab, dass durch die Verschränkung beider Modelle neue Erkenntnisse gewonnen werden können. Einem noch zu entwerfenden Theorieprogramm der Geschlechterforschung bleibt es nach Lenz vorbehalten, nicht nur die (noch) bestehenden Geschlechterunterschiede zu erforschen, sondern auch „die zentrale Wandlungsdynamik der Entgrenzung des Geschlechts“ mit aufzunehmen sowie die „Unterschiede innerhalb einer Geschlechterklasse“ (S. 146) zu untersuchen.

In dem sich anschließenden Beitrag „Erziehungshilfen im gesellschaftlichen Kontext“ thematisiert Schefold Fragen der Entgrenzung und Freisetzung von erzieherischen Hilfen in der Moderne. Er verbindet dies mit einem Plädoyer für eine neue Form der Bindung erzieherischer Hilfen an die Ge-

sellschaft. Erzieherische Hilfen gilt es nicht nur als ein Funktionssystem im Sinne der Systemtheorie wahrzunehmen. Statt dessen fordert Schefold – ganz in der Tradition des Lebensbewältigungsparadigmas – den dynamischen Zusammenhang von sozialen Rahmenbedingungen (soziale Benachteiligung, Defizite in der sozialstaatlichen Versorgung und im sozialstaatlichen Ausgleich) und erzieherischen Hilfen ein. Für ihn werden die erzieherischen Hilfen hierdurch zum „Testfall für die Verlässlichkeit sozialstaatlicher Verpflichtungen“ (S. 159). Indem Schefold immer wieder auf die Bindung der erzieherischen Hilfen an den gesellschaftlichen Kontext und die Sozialpolitik insistiert, kann er auch neue Anforderungen an die Leitlinien erzieherischer Hilfen (Bedarfs-, Ressourcen- und Sozialraumorientierung) – sprich deren Entgrenzung – thematisieren mit dem Ziel der „Passung von Ressourcen des Helfersystems und der Bedarfslagen der Adressaten“ (S. 191). Hierfür wählt er als relevantes Beispiel die Darstellung der „Ambulanten Erziehungshilfen“ mit ihrem Bezug auf die Sozialregion, und der Überwindung des „differenzierten, spezialisierten, in Einrichtungen, Adressatenbildern, Arbeitsformen und Standards institutionalisierten Systems“ (S. 199).

Für Schefold beinhaltet die Entgrenzung von erzieherischen Hilfen die Überwindung deren Versäulung und Angebotsorientierung. Hilfen sind als ‚Maßanzüge‘ zu arrangieren“ (S. 200), die sowohl die Biographie des Adressaten wahrnehmen als auch die Hilfen so gestalten, dass sie „zu einem Projekt [werden], in dem problem- und lösungsbezogen im Prinzip alle Akteure, die in einer biografischen Phase das Aufwachsen beeinflussen (können), beteiligt sind“ (S. 200).

Allen drei Beiträgen ist gemeinsam, dass Schröder, Lenz und Schefold den Blick für Entgrenzungen sowohl auf kultureller als auch sozialer Ebene öffnen, ohne die aufgeworfenen Fragestellung selbst abschließend zu beantworten. Der Leser kann also auf weitere Forschungsergebnisse der Autoren hoffen wie er auch selbst durch die Beiträge zum Weiterdenken und eigenständigen Forschen angeregt wird.

*Gerd Stecklina,
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
an der Technische Universität Dresden
Institut für Sozialpädagogik,
Sozialarbeit und Wohlfahrtswissenschaften
Gerd.Stecklina@mailbox.tu-dresden.de*

Fortbildung Ausstieg aus dem BAT

Kurzbeschreibung: Enormer Kostendruck und die Tarifierhöhungen für die Jahre 2003 und 2004 zwingen viele Einrichtungen und Betriebe zum Handeln. Im Seminar werden die Möglichkeiten der Arbeitgeber dargestellt – vom Personalabbau durch betriebsbedingte Kündigungen bis hin zum Austritt aus dem Arbeitgeberverband. Beim Ausstieg aus dem BAT treten zahlreiche Probleme auf, die mit hohen Haftungsrisiken verbunden sind. Fehler, z.B. bei der Zusatzversorgung, können den Bestand des Unternehmens gefährden. Das Seminar vermittelt Ihnen einen umfassenden Überblick über die Möglichkeiten der Ablösung des BAT, z.B. nach Austritt aus dem Arbeitgeberverband, die Gestaltungsmöglichkeiten bei Auslagerung von Einrichtungen, Aufgaben und Bereichen, die arbeits- und tarifrechtlichen Auswirkungen des Betriebsübergangs, die zum Teil enormen Haftungsrisiken und zeigt Vor- und Nachteile der verschiedenen Modelle auf. Sie profitieren von konkreten, praxisorientierten und rechtlich abgesicherten Lösungen.

*Termin: 23.09.05; Ort: Berlin
Kontakt: Haufe Akademie,
Hindenburgstr. 64, 79102 Freiburg
Email: iris.paech@haufe.de*

Fortbildung BAT-Arbeitsrecht für Einsteiger

Die Kenntnis des BAT-Arbeitsrechts auf dem aktuellsten Stand ist unverzichtbares Grundwissen für jeden Mitarbeiter in der Personalarbeit. Systematisches Wissen statt Einzelfallwissen erleichtert die tägliche Arbeit und hilft Ihnen, einen Überblick über den komplizierten BAT zu gewinnen. In dieser Schulung erfahren Sie u.a., wie Sie Mitarbeiter richtig eingruppiieren, die Vergütung korrekt berechnen und Arbeitsverträge wirksam befristen. Welche Rechte von Aushilfen Sie beachten müssen und wie Sie Ihre Personalverwaltung effektiv gestalten. Sie erhalten konkrete Antworten auf die Fragen. An zahlreichen Praxisbeispielen lernen Sie umsetzbare Lösungen für die arbeits- und tarifrechtlichen Probleme kennen und sind anschließend in der Lage, jeden Einzelfall zielgerichtet und rechtssicher zu lösen.

*Termin: 26.09.05 bis 29.09.05; Ort: Köln
Kontakt: Haufe Akademie,
Hindenburgstr. 64, 79102 Freiburg
Email: iris.paech@haufe.de*

Tagung Jugendhilfe und Justiz

Jugendhilfeeinrichtungen führen seit Jahren geschlossene Unterbringung und Untersuchungshaftvermeidung durch; seit 2003 in einem Modellprojekt auch den Jugendstrafvollzug. Das geplante Jugendstrafvollzugsgesetz sieht eine deutliche Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Jugendstraffälligenhilfe und Jugendhilfe vor. Auf der Tagung wird diskutiert werden, wie aus dem Blick der Jugendhilfe diese Zusammenarbeit zu gestalten ist und wo die Grenzen der Zusammenarbeit verlaufen.

*Termin: 4.–6.10.2005, Frankfurt am Main
Veranstalter: Referat Jugendhilfe des Deutschen Caritasverbandes e.V., Freiburg, in Kooperation mit:*

*Referat Basisdienste und besondere Lebenslagen des Deutschen Caritasverbandes, Bundesverband katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfen e.V. (BVkE),
Kath. Bundes-Arbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe (KAGS)*

*Weitere Informationen und Anmeldung:
Deutscher Caritasverband e.V.,
Referat Basisdienste und
besondere Lebenslagen,
Marianne Schwehr,
Karlstraße 40, 79104 Freiburg
Email: Marianne.schwehr@caritas.de
Internet: http://www.kags.de/html/jugendhilfe_und_justiz.html*

Fortbildung Grundkurs Sterbende begleiten

Kursreihe aus drei Bausteinen

Baustein 1: 9.–11.09.2005

Umgang mit Abschied, Trauer, Sterben und Tod im Spiegel der eigenen Biografie.

Baustein 2: 14.–16.10.2005

Begleiten –

Kommunikation mit Sterbenden

Baustein 3: 25.–27.11.2005

Die Lebensqualität von Sterbenden erhalten – organische Prozesse des Sterbens, Umgang mit Schmerz und alternative Formen der Schmerzlinderung, Rituale und religiöse Vorstellungen.

*Weitere Informationen unter
www.hvhs-frille.de.*

*Kontakt: Heimvolkshochschule
Alte Molkerei Frille,
Mitteldorf 1, 32469 Petershagen
Email: info@hvhs-frille.de*



Ulrike Vogel (Hrsg.)

Was ist weiblich – was ist männlich?
Aktuelles aus der Geschlechterforschung in den Sozialwissenschaften

Wissenschaftliche Reihe, Band 157

2005, ISBN 3-89370-402-7, 200 Seiten
€ 19,90 / SFr 34,90

- Trotz der Erkenntnisse der Frauen- und Geschlechterforschung sind im Alltagsbewusstsein – bis in die Wissenschaft hinein – immer wieder Unterscheidungen von Eigenschaften für Frauen und Männer zu finden, die letztlich gängige Geschlechterklischees bestätigen.
- Um Studierenden, aber auch allen übrigen Interessierten den aktuellen Stand sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse zur Unterscheidung ›was ist weiblich, was ist männlich‹ zu vermitteln, kommen in diesem Band acht Repräsentantinnen der deutschsprachigen Frauen- und Geschlechterforschung in den Sozialwissenschaften zu Wort. *Carol Hagemann-White*, *Angelika Wetterer* und *Regine Gildemeister* beziehen sich in ihren Beiträgen vor allem auf die Entstehung von Geschlechterunterschieden in Interaktionen, *Regina Becker-Schmidt* und *Gudrun-Axeli Knapp* auf die Auswirkungen gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse auf Geschlechterungleichheiten und *Beate Kraus* sowie *Margareta Steinrücke* auf die Konzeptionen Bourdieus zu Ungleichheiten unter den Geschlechtern. *Sigrid Metz-Göckel* beschäftigt sich mit Möglichkeiten der Rekrutierung weiblicher Eliten.
- Diese Expertinnen eröffnen zugleich wesentliche theoretische Zugänge der Diskussion um die Definition von Gleichheiten und Ungleichheiten unter den Geschlechtern: So sind die interaktionistischen Ansätze auf den Mikro- und Meso-Bereich, die gesellschaftskritischen Ansätze auf den Makro-Bereich soziologischer Analyse bezogen und der Ansatz Bourdieus auf allen drei Ebenen wichtig.
- Dieses Buch ist zum unkomplizierten Einstieg in ein hochaktuelles Thema gedacht und bietet mit seiner jeweils weiterführenden Literatur auch Möglichkeiten zur Vertiefung.

Widersprüche

Eine Übersicht über alle noch lieferbaren
Bände der Widersprüche unter
www.widersprueche-zeitschrift.de

Lieferbar sind u.a.:

Heft 65: Zur Politischen Produktivität von
Gemeinwesenarbeit
128 Seiten, € 11,00

Heft 66: Gesellschaft ohne Klassen?
Politik des Sozialen wider Ausgrenzung und
Repression
256 Seiten, € 11,00

Heft 67: Multioptionale Männlichkeiten?
132 Seiten, € 11,00

Heft 68: '68 wird 30. Zur Kontinuität eines
Bruches
116 Seiten, € 11,00

Heft 69: Soziale Politiken International
116 Seiten, € 11,00

Heft 70: abseits fallen.
Abstieg bis zum Ausschluß?
108 Seiten, € 11,00

Heft 71: Biologisierung des Sozialen?
112 Seiten, € 11,00

Heft 72: Glücklose Arbeit – Arbeitsloses
Glück. Zum gesellschaftlichen Diskurs über
Arbeit und Arbeitslosigkeit
123 Seiten, € 11,00

Heft 73: Transversale Bildung – wider die
Unbilden der Lerngesellschaft
120 Seiten, € 11,00

Heft 74: 1989 – 1999 – 2010:
Brüche und Reformperspektiven
198 Seiten, € 11,00

Heft 75: Der „Dritte Sektor“:
Modernisierung von Markt und Staat?
118 Seiten, € 11,00

Heft 76: Zivilgesellschaft von oben.
Regulation der Kooperation
118 Seiten, € 11,00

Heft 77: Der kontraktuelle Sozialstaat –
Herrschaft des Managements?
Ende der Profession?
112 Seiten, € 11,00

Heft 79: Alles im Griff. Prävention als
Sozialtechnologie
118 Seiten, € 11,00

Heft 80: Wir können auch anders –
Soziale Utopie heute
116 Seiten, € 11,00

Heft 81: Da war doch was ...!? Zugänge zur
Erinnerung an Nazizeiten
116 Seiten, € 11,00

Heft 82: Raum-Effekte. Politische Strategien
und kommunale Programmierung
128 Seiten, € 11,00

Heft 83: Zur globalen Regulierung des
Bildungswesens
128 Seiten, € 11,00

Heft 84: Der oder die Sozialstaat? Doing
Gender europäischer Wohlfahrtsregime
108 Seiten, € 11,00

Heft 85: Politische Bildung – Bildung des
Politischen?
120 Seiten, € 11,00

Heft 86: Safety first – Smile you're on camera
132 Seiten, € 11,00

Heft 87: Selbsttechnologien –
Technologien des Selbst
104 Seiten, € 11,00

Heft 88: Neo-Diagnostik –
Modernisierung klinischer Professionalität?
136 Seiten, € 11,00

Heft 89: Zum Umbau von Bildung und
Sozialstaat
124 Seiten, € 11,00

Heft 90: Noch auf Kurs? – Zehn Jahre
'Neue Steuerung' in der Jugendhilfe
116 Seiten, € 11,00

Heft 91: Scheiternde Erfolge oder:
Die Früchte politischer Emanzipationsprojekte
116 Seiten, € 11,00

Heft 92: Familienunternehmen –
zur neoliberalen (Neu)Ordnung der Familie
136 Seiten, € 11,00

Heft 93: Eliten-Schwindel.
Gesellschaft zwischen Demokratisierung und
Privilegierung
92 Seiten, € 11,00

Heft 94: Kampf ums Herz.
Neoliberale Reformversuche und Macht-
verhältnisse in der ‚Gesundheits-Industrie‘
104 Seiten, € 11,00

Heft 95: Genders neue Kleider?
Dekonstruktivistischer Postfeminismus,
Neoliberalismus und die Macht
130 Seiten, € 11,00

Kleine Verlag

Kleine Verlag